

STADT VOERDE (Niederrhein)

Haupt- und Finanzausschuss

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, 10.10.2017, 17:01 Uhr bis 19:15 Uhr
im Kleinen Sitzungssaal Raum 137 des Rathauses

Anwesenheiten

Öffentliche Sitzung

Zur Geschäftsordnung

- a Prüfung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- b Feststellung der Tagesordnung
- c Feststellung von Ausschließungsgründen gemäß §§ 31, 43 (2) und 50 (6) GO NRW

Tagesordnung

1. Einwohnerfragestunde
2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 04.07.2017
3. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)
Adressweitergabe an Bundeswehr (16/629 DS)
4. Änderung der Hauptsatzung (16/630 DS)
5. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung (16/631 DS)
6. Erlass einer Archivsatzung und einer neuen Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Voerde (16/632 DS)
7. Errichtung einer 4-gruppigen Kindertageseinrichtung zum Kindergartenjahr 2018/19 (16/649 DS)
8. Förderung der Prävention in der Jugendhilfe im Bereich der Stadt Voerde hier: Fortführung des Projektes "Startchancen" (16/645 DS)
9. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im III. Quartal 2017 (16/659 DS)
10. 5. Änderung der Hundesteuersatzung (16/660 DS)
11. Controllingberichte zum 30.06.2017 (16/641 DS)
12. Beteiligungsbericht des Jahres 2016 (16/654 DS)
13. Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages (16/643 DS)
14. Gründung einer gemeinsamen Marketinggesellschaft "DeltaPort Niederrheinrhäfen GmbH" (16/648 DS)

- | | | |
|------|---|-----------------------------|
| 15. | Bebauungsplan Nr. 134 „Wohnquartier Pestalozzischule“
hier: Satzungsbeschluss | (16/635 DS) |
| 16. | Sanierung Sportanlage "Am Tannenbusch"
hier: Sachstand nach baufachlicher Prüfung der OFD NRW und nach ersten Submissionen | (16/642 DS) |
| 16.a | Sanierung Sportanlage "Am Tannenbusch"
hier: Sachstand nach baufachlicher Prüfung der OFD NRW und nach ersten Submissionen | (16/642 DS
1. Ergänzung) |
| 17. | Ausbau des Regenwasserkanalnetzes in der Gartenstraße und Südstraße
in Voerde-Friedrichsfeld | (16/644 DS) |
| 18. | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung;
Kooperationsvereinbarung und Breitbandausbau in Voerde | (16/652 DS) |
| 19. | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 20. | Anfragen gemäß § 17 Abs. 2 und § 26 der Geschäftsordnung | |

Sitzungsverlauf

Bürgermeister Dirk Haarmann eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere die Zuhörer und die Vertreterin der Presse.

Öffentliche Sitzung

Zur Geschäftsordnung

a Prüfung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Haarmann stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 8 Abs. 1 in Verbindung mit § 26 und § 27 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse fest.

b Feststellung der Tagesordnung

Bürgermeister Haarmann teilte mit, dass die Beratung der Drucksache 16/638 samt 1. Ergänzung von der Tagesordnung abgesetzt werden müsse, da zunächst eine Informationsveranstaltung des Investors erfolgen solle. Die Drucksache würde anschließend in der nächsten Sitzungsfolge im November/Dezember 2017 beraten werden.

Zudem nahm er Bezug auf die Zustellung der Drucksache 16/661 am 09.10.2017 und seiner Mail an den Ältestenrat vom selben Tage, in der er diesbezüglich die Erweiterung der Tagesordnung der heutigen Sitzung angekündigt habe. Nunmehr bestehe das Problem, dass es sich hierbei um eine Personalangelegenheit handle und er aufgrund dessen nur im nichtöffentlichen Teil Erläuterungen hierzu geben könne. Es gebe nunmehr die Möglichkeit, eine außerordentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einzuberufen, beispielsweise eine Stunde vor der Ratssitzung am 17.10.2017. Alternativ könne der Rat von seinem Rückholrecht Gebrauch machen und die Drucksache am 17.10.2017 beraten und beschließen. Der Haupt- und Finanzausschuss verständigte sich darauf, die Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil weiter zu beraten.

Außerdem wies Bürgermeister Haarmann auf die Tischvorlagen zu den Drucksachen 16/648, 16/654 und 16/660 sowie die ausgelegten Änderungen und Ergänzungen aus den Fachausschüsse hin.

Im Übrigen wurde die Tagesordnung gem. § 3 in Verbindung mit § 26 und § 27 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse festgestellt.

c Feststellung von Ausschließungsgründen gemäß §§ 31, 43 (2) und 50 (6) GO NRW

Bürgermeister Haarmann erklärte, als Geschäftsführer der Wasserversorgung GmbH von seinem Stimmrecht bei der Abstimmung zur Drucksache 16/658 kein Gebrauch machen zu wollen.

Er stellte fest, dass ansonsten bei keinem Ausschussmitglied der Tatbestand eines Ausschließungsgrundes gem. §§ 31, 43 Abs. 2 und 50 Abs. 6 GO NRW erfüllt sei.

Tagesordnung

1. Einwohnerfragestunde

Herr K., Anwohner der Gartenstraße, erklärte, dass ihm in Bezug auf die Beschlussfassung

zur Drucksache 644 zu Ohren gekommen sei, dass die Asphaltdecke der Gartenstraße vom Kieferweg bis zur Hugo-Mueller-Straße abgefräst und saniert werde und erkundigte sich, inwiefern die Möglichkeit bestehe, auch die Asphaltdecke der Gartenstraße vom Kieferweg bis zum Kreisverkehr Siedlerweg gleichermaßen zu sanieren. Die Frage wurde im weiteren Verlauf der Sitzung durch den Fachbereichsleiter des Fachbereiches Bauen und Technische Infrastruktur, Herrn Grootens, in einem persönlichen Gespräch beantwortet.

2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 04.07.2017

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.07.2017 zur Kenntnis.

3. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW 16/629 DS (GO NRW) Adressweitergabe an Bundeswehr

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss weist die Bürgeranregung des MdB Dr. Alexander Soranto Neu vom 18.07.2017 betr. Adressweitergabe an Bundeswehr aus den in der Drucksache Nr. 629 genannten Gründen als unzulässig zurück.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. Änderung der Hauptsatzung 16/630 DS

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur 14. Änderung der Hauptsatzung wird in der der Drucksache Nr. 630 als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

5. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung 16/631 DS

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur 6. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Voerde (Niederrhein) wird in der der Drucksache Nr. 631 als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

6. Erlass einer Archivsatzung und einer neuen Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Voerde 16/632 DS

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Die als Anlagen 1 und 3 zur Drucksache Nr. 16/632 beigefügte Archivsatzung und Neufassung der Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Voerde werden beschlossen und treten zum XX.XX.2017 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

7. Errichtung einer 4-gruppigen Kindertageseinrichtung zum Kindergartenjahr 2018/19 16/649 DS

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Im Ergebnis des Prüfauftrages des Stadtrates vom 21.03.2017 wird zur weiteren Sicherstellung der bedarfsgerechten Versorgung der Kinder mit einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) eine 4-gruppige Kindertageseinrichtung in Voerde-Friedrichsfeld, Ecke Kastanienallee/Grenzweg, möglichst zum Kindergartenjahr 2018/19 errichtet.

Der in dieser Drucksache Nr. 16/649 dargestellten Planung für den Neubau der Kindertagesstätte in Voerde-Friedrichsfeld wird zugestimmt und die Verwaltung mit der Umsetzung der erforderlichen weiteren Planung und Durchführung der baulichen Maßnahmen beauftragt.

Über die zukünftige Trägerschaft der neuen Kindertageseinrichtung ist auf der Grundlage der Ergebnisse der Trägergespräche ein gesonderter Beschluss zu fassen. Im Haushaltsplanentwurf des Jahres 2018 und Folgejahre sind die entsprechenden Mittel zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**8. Förderung der Prävention in der Jugendhilfe im Bereich der Stadt Voerde 16/645 DS
hier: Fortführung des Projektes "Startchancen"**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Fortführung des Projektes „Startchancen“ der Arbeiterwohlfahrt Wesel e.V. unter den in der Drucksache dargestellten veränderten Rahmenbedingungen zu. Die zur Finanzierung dieses Projektes erforderlichen Mittel in Höhe von rd. 12.850 € sollen im Produktbereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (1.100.36)“ des Haushaltes 2018 eingeplant werden.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, mit der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wesel e. V. eine entsprechende vertragliche Vereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

9. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im III. Quartal 2017 16/659 DS

Die in der Anlage zur Drucksache Nr. 16/659 nachgewiesenen zusätzlichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Zeitraum vom 01.07.2017 bis 30.09.2017 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Ohne Abstimmung

10. 5. Änderung der Hundesteuersatzung 16/660 DS

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Voerde beschließt die der Drucksache 16/660 als Anlage beigefügte Satzung zur 5. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Voerde (Ndrhh.) vom 19.12.1996

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimme(n), 6 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

11. Controllingberichte zum 30.06.2017 16/641 DS

Die als Anlagen zur Drucksache Nr. 16/641 beigefügten Berichte zum Ergebniscontrolling (Stichtag 30.06.2017) und HSK-Controlling (Stichtag 30.06.2017) werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

12. Beteiligungsbericht des Jahres 2016 16/654 DS

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Beteiligungsbericht des Jahres 2016 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**13. Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages 16/643 DS**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt der in der Anlage zur Drucksache Nr. 643 beigefügten Änderung des Gesellschaftsvertrages der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH zu. Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich redaktioneller Änderungen sowie vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf.

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH wird beauftragt, der entsprechenden Änderung des Gesellschaftsvertrages zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**14. Gründung einer gemeinsamen Marketinggesellschaft "DeltaPort
Niederrheinhäfen GmbH" 16/648 DS**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt der Gründung der gemeinsamen Marketinggesellschaft „DeltaPort Nieder-

rheinhäfen GmbH“ der Hafengesellschaften DeltaPort GmbH & Co. KG (mit den Häfen in Wesel und Voerde), Port Emmerich GmbH (mit dem Hafen Emmerich) und NIAG Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG (mit dem Hafen Rheinberg-Orsoy) zum 01.01.2018 auf der Grundlage des der Sitzungsvorlage beigefügten und noch mit der Kommunalaufsicht abzustimmenden Entwurfes des Gesellschaftsvertrages zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**15. Bebauungsplan Nr. 134 „Wohnquartier Pestalozzischule“ 16/635 DS
hier: Satzungsbeschluss**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlages:

1. Der Rat der Stadt Voerde (Ndrhh.) stimmt den in Anlage 1 der Drucksache Nr. 635 beigefügten Abwägungsvorschlägen zu.
2. Der Rat der Stadt Voerde (Ndrhh.) beschließt den als Anlage 2 der Drucksache Nr. 635 beigefügten Entwurf des Bebauungsplans Nr. 134 „Wohnquartier Pestalozzischule“ gem. § 10 BauGB i. V. mit § 13a BauGB als Satzung. Der als Anlage 3 der Drucksache Nr. 635 beigefügten Begründung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**16. Sanierung Sportanlage "Am Tannenbusch" 16/642 DS
hier: Sachstand nach baufachlicher Prüfung der OFD NRW und nach
ersten Submissionen**

Bürgermeister Haarmann erklärte, dass durch den Bau- und Betriebsausschusses eine Beschlussempfehlung für einen geänderten und um zwei Punkte ergänzten Beschlussvorschlag vorgenommen wurde. Aufgrund dessen wurde eine 1. Ergänzung zur Drucksache 16/642 erstellt, deren Beschlussvorschlag nunmehr zu beraten und zu beschließen ist.

Abstimmungsergebnis: siehe 1. Ergänzung

**16.a Sanierung Sportanlage "Am Tannenbusch" 16/642 DS
hier: Sachstand nach baufachlicher Prüfung der OFD NRW und nach 1. Ergänzung
ersten Submissionen**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlages:

1. Der Stadtrat nimmt nach Vorliegen der bisherigen Ausschreibungsergebnisse die in der Drucksache 16/642 für die Sanierung der Sportanlage „Am Tannenbusch“ dargestellten Mehrkosten in Höhe von 146.530 € zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der sich aus den Punkten 1, 4 und 5 ergebende zusätzliche Mittelbedarf im Rahmen der Priorisierung der vorhandenen Investitionsmaßnahmen im Haushalt 2018 und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt werden kann. Die Möglichkeiten einer anteiligen Finanzierung aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sind in die Prüfung mit einzu-

beziehen.

3. Der Stadtrat begrüßt, dass die Firma innogy SE der Stadt Voerde eine E-Bike-Ladestation zur Verfügung stellt, die im Zuge der Sanierung der Sportanlage „Am Tannenbusch“ im künftigen Bereich der Fahrradständer aufgestellt wird (siehe Anlage 7 der Drucksache Nr. 16/642).
4. Der Stadtrat beschließt außerdem, im Rahmen der Sanierung der Sportanlage „Am Tannenbusch“ den künftigen Kunstrasenplatz (siehe Anlage 7 der Drucksache Nr. 16/642) nicht wie bisher geplant mit schwarzem Recycling-Granulat, sondern mit höherwertigerem EPDM-Granulat auszustatten.
5. Der Stadtrat beschließt außerdem, im Rahmen der Sanierung der Sportanlage „Am Tannenbusch“ die Segmente der Wettkampfanlage (siehe Anlage 7 der Drucksache Nr. 16/642) nicht wie bisher geplant mit wasserdurchlässigem Kunststoffbelag Typ A, sondern mit wasserundurchlässigem Kunststoffbelag Typ D anzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

- 17. Ausbau des Regenwasserkanalnetzes in der Gartenstraße und Südstraße in Voerde-Friedrichsfeld** **16/644 DS**
(Anwesenheitsliste entfernt)

- 18. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; Kooperationsvereinbarung und Breitbandausbau in Voerde** **16/652 DS**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Stadtrat die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Voerde stimmt der der Drucksache 16/652 als Anlage beigefügten Dringlichkeitsentscheidung vom 21.09.2017 und dem in der Drucksache 16/652 vorgestellten Verfahren zum Breitbandausbau in Voerde zu. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen entsprechend dem Inhalt der Kooperationsvereinbarung einzuleiten und dem Stadtrat über die einzelnen Ergebnisse zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

- 19. Mitteilungen der Verwaltung**

Beigeordnete Kaspar teilte mit, dass die Verwaltung einen Förderantrag für eine LED-Beleuchtung an der Gesamtschule gestellt habe. Die Förderung betrage 52 %, wobei der Aufwand insgesamt bei 400.000 € liegt.

- 20. Anfragen gemäß § 17 Abs. 2 und § 26 der Geschäftsordnung**

Fraktionsvorsitzender Garden erkundigte sich nach der Fahrradstation am Bahnhof in Friedrichsfeld. Erster Beigeordneter Limke teilte mit, dass die bestehenden Radboxen im laufenden Jahr aufgegeben werden. Die Stadt möchte die Radstation gerne selber betreiben. Dieses muss jedoch auch wirtschaftlich betrieben werden. Die Installation neuer, bereits fertiger Boxen sei jedoch nicht wirtschaftlich. Nunmehr gebe es am 11.10.2017 einen Ortstermin mit einem Metallbauer zwecks Aufmaß und Angebotserstellung für maßgefertigte Radboxen. Die Verwaltung werde über den Ausgang der Angelegenheit informieren.

Fraktionsvorsitzender Garden fragte zudem an, warum bei den im neuen Ratsinformations-

system erstellten Drucksachen der redaktionell verantwortliche Verfasser nicht mehr im Kopf der Drucksache aufgeführt sei. Er verwies insofern auf eine Verständigung mit dem damaligen Bürgermeister Spitzer. Bürgermeister Haarmann erwiderte, dass ihm eine solche Verständigung nicht bekannt sei. Im Übrigen sei es nicht Sache eines Sachbearbeiters, über politische Themen zu beraten – dies obliege dem Verwaltungsvorstand. Sollte ein Änderungswunsch hinsichtlich der Aufführung des Drucksachenverfassers bestehen, sollte hierüber eine Verständigung im Ältestenrat erfolgen.

Fraktionsvorsitzender Meiners erkundigte sich, ob man die Waldfläche zwischen der ehemaligen Pestalozzischule und dem Sternbuschweg nicht attraktiver gestalten könne. Erster Beigeordneter Limke erwiderte, dass mit dem Landesbetrieb Wald und Forst vereinbart wurde, dass der Waldsaum ausgebildet wird.

Ratsherr Schneider fragte an, warum die Radstation am Bahnhof Friedrichsfeld umzurüsten sei und ob es der Wahrheit entspreche, dass der bisherige Anbieter nicht mehr gewollt sei. Erster Beigeordneter Limke entgegnete, dass die bisherige Regelung nicht mehr sinnvoll sei. Zu den weiteren Vertragsangelegenheiten werde er im nichtöffentlichen Teil berichten. Fraktionsvorsitzender Garden bat darum, die Politik in den weiteren Verlauf der Angelegenheit mitzunehmen und nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Bürgermeister Dirk Haarmann schließt die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 19:15 Uhr.

Bürgermeister
Dirk Haarmann

Schriftführer
Armin Hänisch

Satzung vom
zur 6. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung
der Stadt Voerde (Niederrhein) vom 31.10.2001
(nach dem Stand der Änderung vom 01.10.2014)

Präambel

Aufgrund von § 7 Abs. 3 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666 ff./SGV NRW 2023) in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610) in der zurzeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Voerde am 17.10.2017 die folgende Änderung der Verwaltungsgebührensatzung beschlossen:

Artikel 1

Der der Satzung anliegende Gebührentarif erhält folgende Ergänzung:

Gebührentarif:

Tarif-Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro
14.	Bereitstellung von Dateien per Email oder Datenträger je angefangene 15 Minuten	12,00
17.	Gebühren der unteren Bauaufsicht	
a)	Akteneinsicht mit Kopierauftrag Gebühren für Fotokopien und Großformatausdrucke siehe Tarif Nr. 1 und 12 Zusätzlich wird eine Gebühr nach dem gesamten Zeitaufwand erhoben für die ersten 30 Minuten für jede weitere angefangene 15 Minuten	18,00 9,00
b)	Akteneinsicht ohne Kopierauftrag pauschal pro Hausakte	18,00
c)	Ausleihe von Statikakten pauschal pro Hausakte	15,00
d)	Aktenausleihe (nur an Gutachter oder gerichtlich Bestellte) pauschal pro Hausakte	15,00
e)	Bauanfragen per E-Mail pauschal pro Anfrage	40,00

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung der Stadt Voerde (Niederrhein) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen die vorstehende Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift oder die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Voerde (Niederrhein), den

H a a r m a n n
Bürgermeister

Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Voerde

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666/SGV. NRW. 2003) - in der zurzeit gültigen Fassung - in Verbindung mit den §§ 4 und 6 des Kommunalabgabegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712) und aufgrund des § 10 des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Land Nordrhein-Westfalen (Archivgesetz Nordrhein-Westfalen – ArchivG NRW) vom 16. März 2010 (GV NRW S. 188), hat der Rat der Stadt Voerde in seiner Sitzung vom XX.XX.2017 folgende Benutzungsordnung für das Stadtarchiv Voerde beschlossen:

§ 1 Benutzung

Jeder hat nach Maßgabe dieser Benutzungsordnung und des ArchivG NRW das Recht, Archivgut des Stadtarchivs Voerde auf Antrag zu nutzen, soweit gesetzliche Bestimmungen oder Regelungen der Stadt Voerde sowie diese Benutzungsordnung dem nicht entgegenstehen.

§ 2 Benutzungszweck

- (1) Die Benutzung kann erfolgen
 - für dienstliche Zwecke von Behörden und Gerichten,
 - für wissenschaftliche Forschung,
 - für Zwecke von Bildung und Unterricht,
 - für sonstige Zwecke.
- (2) Zur Benutzung können unter Berücksichtigung des Erhaltungszustandes
 - Archivalien im Original oder
 - Kopien, Abschriften oder Digitalisate bereitgestellt werden oder
 - Auskünfte aus den Archivalien gegeben werden.
- (3) Die Benutzer werden archivfachlich beraten. Auf weitergehende Hilfen, z.B. beim Lesen älterer Texte, besteht kein Anspruch.

§ 3 Benutzungsantrag und Belegexemplar

Die Benutzung ist schriftlich zu beantragen. Der Antrag enthält:

- a) Name und Anschrift des Antragsstellers,
- b) Benutzungszweck,
- c) schriftliche Erklärung, dass bestehende Urheber- und Personenschutzrechte beachtet, Verstöße gegenüber den Berechtigten selbst vertreten werden,
- d) Verpflichtung zur Einhaltung der Vorschriften dieser Benutzungsordnung,
- e) Verpflichtung entsprechend § 6 Abs. 5 ArchivG NRW, von einer gedruckten oder elektronischen Publikation, die unter wesentlicher Verwendung von Archivgut des Stadtarchivs verfasst oder erstellt wurde, nach Erscheinen dem Stadtarchiv unaufgefordert ein Belegexemplar unentgeltlich abzuliefern.

§ 4 Benutzungsgenehmigung

- (1) Die Benutzungsgenehmigung erteilt der/die Stadtarchivar/in.
- (2) Die Benutzung des Archivs kann außer den in § 6 Abs. 2 ArchivG NRW genannten Gründen eingeschränkt oder versagt werden, wenn
 - a) der Antragsteller wiederholt oder schwerwiegend gegen die Benutzungsordnung verstoßen oder ihm erteilte Auflagen nicht eingehalten hat,
 - b) Archivgut aus dienstlichen Gründen oder wegen gleichzeitiger anderer Benutzung nicht verfügbar ist. (vgl. § 2 Abs. 2).
- (3) Die Benutzungsgenehmigung kann insbesondere bei Benutzung nach § 5 mit Nebenbestimmungen versehen werden, z. B. bestimmte Informationen vertraulich zu behandeln oder das Manuskript vor einer Veröffentlichung zur Einsicht vorzulegen.

- (4) Die Genehmigung kann widerrufen oder zurückgenommen werden, wenn Gründe bekannt werden, die zu einer Einschränkung oder Versagung nach Abs. 2 geführt hätte.
- (5) Die Genehmigung kann auch entzogen werden, wenn der Benutzer wiederholt oder bewusst Archivalien unsachgemäß behandelt, beschädigt, verändert oder deren innere Ordnung stört.

§ 5 Benutzung von amtlichem Schriftgut

- (1) Für die Benutzung amtlichen Archivguts gelten die einschlägigen Bestimmungen des ArchivG NRW. Unterliegen Archivalien Rechtsvorschriften des Bundes, so sind auf sie die einschlägigen Regelungen des Bundesarchivgesetzes in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden.
- (2) Die Nutzung des Archivguts ist zulässig nach Ablauf einer Schutzfrist von dreißig Jahren seit Entstehung der Unterlagen. Die Schutzfrist beträgt sechzig Jahre seit Entstehung der Unterlagen, für Archivgut, das besonderen Geheimhaltungsvorschriften unterliegt. Für Archivgut, das sich nach seiner Zweckbestimmung oder nach seinem wesentlichen Inhalt auf eine oder mehrere natürliche Personen bezieht (personenbezogenes Archivgut) endet die Schutzfrist jedoch nicht vor Ablauf von
 1. zehn Jahren nach dem Tod der betroffenen Person oder der letztverstorbenen von mehreren betroffenen Personen, deren Todesjahr dem Landesarchiv bekannt ist,
 2. hundert Jahren nach der Geburt der betroffenen Person oder der Geburt der letztgeborenen von mehreren Personen, deren Todesjahr nicht bekannt ist, und
 3. sechzig Jahren nach Entstehung der Unterlagen, wenn weder das Todes- noch das Geburtsjahr der betroffenen Person oder einer der betroffenen Personen dem Stadtarchiv Voerde bekannt sind.
- (3) Die Verknüpfung personenbezogener Daten durch das Archiv ist innerhalb der Schutzfristen nur zulässig, wenn schutzwürdige Belange Betroffener angemessen berücksichtigt werden.
- (4) Die Schutzfristen nach Absatz 2 gelten nicht für solche Unterlagen, die schon bei ihrer Entstehung zur Veröffentlichung bestimmt oder der Öffentlichkeit zugänglich waren. Für personenbezogenes Archivgut betreffend Amtsträger in Ausübung ihrer Ämter sowie Personen der Zeitgeschichte gelten die Schutzfristen des Absatzes 2 nur, sofern deren schützenswerte Privatsphäre betroffen ist.
- (5) Die in Absatz 2 festgelegten Schutzfristen gelten auch bei der Nutzung durch öffentliche Stellen. Für die abliefernden Stellen bzw. ihre Funktions- und Rechtsnachfolger gelten diese Schutzfristen nur für Unterlagen, bei denen die Ablieferung eine aufgrund Rechtsvorschrift gebotene Sperrung, Löschung oder Vernichtung ersetzt hat.
- (6) Die Nutzung von Archivgut, das Schutzfristen nach Absatz 2 unterliegt, kann vor deren Ablauf genehmigt werden. Über Anträge auf Verkürzung von Schutzfristen entscheidet der Bürgermeister / die Bürgermeisterin. Er/Sie kann ergänzende Sicherungen, siehe § 4 Abs. 3, anordnen. Bei personenbezogenem Archivgut ist dies nur zulässig, wenn
 1. die Betroffenen in die Nutzung eingewilligt haben,
 2. im Falle des Todes der Betroffenen deren Rechtsnachfolger in die Nutzung eingewilligt haben, es sei denn, ein Betroffener hat zu Lebzeiten der Nutzung nachweislich widersprochen, oder die Erklärung der Einwilligung wäre nur höchstpersönlich durch die Betroffenen möglich gewesen,
 3. die Nutzung zu benannten wissenschaftlichen Zwecken oder zur Wahrnehmung rechtlichen Interesses erfolgt und dabei sichergestellt wird, dass schutzwürdige Belange Betroffener nicht beeinträchtigt werden,
 4. dies im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt.

§ 6 Benutzung privaten Archivgutes in Verwahrung der Stadt

Für die Benutzung von Archivgut privater Herkunft das im Archiv der Stadt verwahrt wird, gilt § 5 entsprechend, soweit mit den Verfügungsberechtigten der Archivalien keine anderen Vereinbarungen getroffen worden sind.

§ 7 Vorlage von Archivgut

- (1) Das Archivgut darf nur im Benutzerraum während der Öffnungszeiten des Stadtarchivs oder nach vorheriger Absprache eingesehen werden.
- (2) Die Benutzer haben sich im Benutzerraum so zu verhalten, dass kein anderer behindert oder belästigt wird. Zum Schutz des Archivguts ist es insbesondere untersagt, im Benutzerraum zu essen und zu trinken.
- (3) Archivgut ist sorgfältig zu behandeln und in gleicher Ordnung und in gleichem Zustand, wie es vorgelegt wurde, spätestens am Ende der Öffnungszeiten wieder zurückzugeben.
- (4) Bei manchen Archivalien ist es notwendig Schutzkleidung (z.B. Einmalhandschuhe) zu verwenden. Das Archivpersonal wird die Benutzer in diesen Fällen darauf hinweisen und ihnen die notwendige Schutzkleidung kostenlos zur Verfügung stellen.
- (5) Es ist untersagt, auf den Archivalien, Findhilfsmitteln und Büchern Striche oder Zeichen irgendwelcher Art anzubringen, sie zu beschriften oder als Schreibunterlage zu benutzen.

§ 8 Auswärtige Benutzung / Ausleihe

- (1) In besonders begründeten Fällen besteht bei genehmigten Benutzungen die Möglichkeit, Archivalien auf Kosten des Benutzers zur Einsichtnahme an andere hauptamtlich geleitete Archive auszuleihen.
- (2) Für Ausstellungszwecke können Archivalien verliehen werden. Die Ausleihe bedarf einer besonderen Vereinbarung zwischen der Stadt Voerde und dem Ausleiher.

§ 9 Reproduktionen

- (1) Von den vorgelegten Archivalien können in begrenztem Umfang auf Kosten der Benutzer Kopien angefertigt werden, soweit dies der Erhaltungszustand der Archivalien zulässt.
- (2) Ein Anspruch auf Herstellung von Reproduktionen besteht nicht. Insbesondere hat der Benutzer keinen Anspruch auf Durchführung größerer Aufträge zu Lasten anderer Benutzer oder des Dienstbetriebes.
- (3) Die Nutzung von Digitalkameras im Lesesaal ist grundsätzlich verboten. Auf Antrag kann das Aufsichtspersonal die Nutzung gestatten.
- (4) Die Weitergabe von Reproduktionen ohne Genehmigung der Archivleitung ist nicht gestattet.
- (5) Die Wiedergabe von Archivalien in Veröffentlichungen oder die Verwendung von Reproduktionen zu gewerblichen oder geschäftlichen Zwecken ist nur mit besonderer Genehmigung der Archivleitung und unter Nennung der Quelle und des Archivs zulässig.

§ 10 Gebühren

- (1) Die persönliche Benutzung des Stadtarchivs durch Einsichtnahme in Archiv- und Bibliotheksgut während der Öffnungszeiten im Benutzerraum ist grundsätzlich gebührenfrei.
- (2) Es gilt die allgemeine Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Voerde (Niederrhein).
- (3) Für besondere Leistungen des Stadtarchivs werden folgende Gebühren erhoben:

Stadtarchiv Voerde		
	Gegenstand	Entgelt
1.	Anfertigung von s/w Kopien aus Archivgut bis DIN A4 jeweils bis DIN A3 jeweils	1,00 € 1,20 €
2.	Anfertigung von s/w Kopien aus Büchern und Druckschriften bis DIN A4 für die ersten 10 Seiten jeweils bis DIN A4 ab der 11. Seite jeweils bis DIN A3 jeweils	0,70 € 0,50 € 0,90 €
3.	Anfertigung von Ausdrucken (Bilder, digitalisierte Archivalien) je s/w Laserdruck pro Blatt (DIN A4)	0,70 €

	je farbiger Laserdruck pro Blatt (DIN A4)	1,00 €
4.	Bereitstellung (Anfertigung) einer digitalen Datei (per Mail, CD, DVD)	
	je Text- oder Bild- Datei, bei mehrseitigen Dateien pro Seite	1,00 €
	je Audio - oder Video- Datei	6,00 €
	Kosten für eine CD oder DVD	3,00 €
	Grundgebühr pro Auftrag	4,00 €
5.	Wiedergabe von Archivgut bei gewerblicher Verwertung, die nicht ausschließlich wissenschaftlichen oder schulischen Zwecken dient Evtl. Ansprüche Dritter aus Urheber-, Verwertungs- und Lizenzrechten sind jeweils gesondert abzugelten. je Archivalie	25,00 €
6.	Schriftliche allgemeine Recherchen, die Einsichtnahme in Bestände und Archivbehelfe sowie in Bibliotheksgut erfordern, für jede angefangene ½ Stunde der aufgewandten Arbeitszeit	24,00 €
7.	Anfertigung von Abschriften und Auszügen aus Archivgut, Transkriptionen und Übersetzungen für jede angefangene ½ Stunde der aufgewandten Arbeitszeit	24,00 €
8.	Nutzung von Zivil- oder Personenstandsregister für die Beantwortung familienkundlicher Anfragen, nach Rechercheaufwand pro angefangene ½ Stunde	24,00 €
	Beglaubigung	4,20 €
9.	Abschriften aus Schülerstammrollen je Abschrift	7,50 €
	Beglaubigung	4,20 €

- (4) Auf die vom Stadtarchiv zu erhebenden Gebühren kann verzichtet werden, wenn
- die Leistungen im Rahmen einer Amtshilfe geschehen.
 - die Leistungen für Körperschaften des öffentlichen Rechts und gleichzusetzende Verbände geschehen.
 - die Dienstleistung im Interesse des Stadtarchivs Voerde liegt.
 - die Leistungen im Rahmen eines wissenschaftlichen Austausches erfolgen und die Entgeltfreiheit auf Gegenseitigkeit beruht.
 - sie im Rahmen von Unterrichts- oder Lehrveranstaltungen oder im Rahmen schulischer Projekte oder Wettbewerbe entstehen.
 - im Fall der Abschrift aus Schülerstammrollen zur Vorlage beim Rentenversicherungsträger benötigt wird.

§ 11 Inkrafttreten

Die Benutzungsordnung tritt am XXX in Kraft. Gleichzeitig tritt die Benutzungsordnung vom 26.03.1985 außer Kraft.

Satzung des Stadtarchivs Voerde vom XX.XX.2017

Für die Arbeit des Archivs und zur Regelung der dienstlichen Beziehungen zwischen Archiv und Dienststellen der Verwaltung hat der Rat der Stadt Voerde in seiner Sitzung vom XX.XX.2017 aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666/SGV. NRW. 2003) - in der zurzeit gültigen Fassung - in Verbindung mit dem § 10 des Gesetzes über Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen vom 16.3.2010 – Archivgesetz Nordrhein-Westfalen – in der jeweils gültigen Fassung (aktuell i.d.F. vom 16.09.2014 = GV. NRW. 2014 S. 603) die folgende Archivsatzung für das Stadtarchiv Voerde beschlossen:

§ 1 Aufgabe des Stadtarchivs

- (1) Das Archiv hat die Aufgabe, Dokumente zur Geschichte der Stadt Voerde (Niederrhein) zu sichern, zu übernehmen, zu verwahren, zu erschließen, zu erforschen, zu veröffentlichen oder sonst nutzbar zu machen und zur Wahrung der Rechte der Stadt Voerde beizutragen. Es soll die Fachbereiche durch Übernahme des für die laufenden Dienstgeschäfte nicht mehr benötigten Registraturguts entlasten.
- (2) Das Archiv berät die Dienststellen bei der Verwaltung, Aufbewahrung und Sicherung ihrer Unterlagen. Es wirkt insbesondere an der Erstellung, Implementierung und Weiterentwicklung von Aktenplänen und Aktenordnungen sowie allen Maßnahmen der Mikroverfilmung und Digitalisierung in der Verwaltung mit. Um die spätere Übernahme von Archivgut aus elektronischen Systemen sicherzustellen, ist das Archiv über die Planung, Einführung und wesentliche Änderungen von IT-Systemen frühzeitig zu informieren und, soweit diese zu anzubietenden elektronischen Dokumenten nach § 2 führen, zu beteiligen.
- (3) Das Archiv übernimmt das archivwürdige Registraturgut, erschließt es inhaltlich und bereitet es konservatorisch auf. Die nichtarchivwürdigen Registraturteile sind durch die Dienststellen selbst zu vernichten.
- (4) Das Archiv übernimmt als ergänzende Dokumentationen zu den amtlichen Beständen auch Archivalien privater Herkunft und sammelt andere für die Regionalgeschichte wesentliche Dokumente.

§ 2 Registraturgut

Registraturgut im Sinne dieser Satzung sind sämtliche bei der Erledigung der Dienstgeschäfte entstehenden Unterlagen wie Amtsbücher, Akten, Schriftstücke, amtliche Publikationen, Karteien, Karten, Risse, Pläne, Plakate, Siegel, Bild-, Film- und Tonaufzeichnungen und alle anderen, auch elektronische Aufzeichnungen, unabhängig von ihrer Speicherungsform, sowie alle Hilfsmittel und ergänzenden Daten, die für die Erhaltung, das Verständnis dieser Informationen und deren Nutzung notwendig sind.

§ 3 Abgabe bzw. Anbiutungspflicht

- (1) Die Dienststellen der Verwaltung prüfen regelmäßig, welche Teile ihres Registraturguts für die laufenden Dienstgeschäfte nicht mehr benötigt werden. Diese sind dem Archiv grundsätzlich nach Ablauf der Verwahrungs- bzw. Aufbewahrungsfristen, spätestens aber 30 Jahre nach Schließung vollständig, d. h. ohne Entnahme einzelner Vorgänge, mit einer Abgabeliste anzubieten. Anzubieten sind auch elektronische Unterlagen, die einer laufenden Aktualisierung unterliegen.
- (2) Anzubieten und zu übergeben sind auch Unterlagen, die
 - a. personenbezogene Daten enthalten, die nach einer Vorschrift des Landes- oder Bundesrechts gelöscht werden müssten / könnten, sofern die Speicherung der Daten nicht unzulässig war,

- b. einem Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnis oder sonstigen Rechtsvorschriften über Geheimhaltung unterliegen. Die nach § 203 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4 oder 4a des Strafgesetzbuches geschützten Unterlagen der Beratungsstellen dürfen nur in anonymisierter Form angeboten und übergeben werden.
- (3) Das Archiv übernimmt auch Belegstücke sämtlicher Veröffentlichungen und amtlicher Druckschriften der Stadt.

§ 4 Archivwürdigkeit

Über die Archivwürdigkeit entscheidet das Archiv nach fachlichen Kriterien. Zur Feststellung der Archivwürdigkeit ist dem Archiv auf Verlangen Einsicht in die Unterlagen und die dazu gehörigen Hilfsmittel und ergänzenden Daten, die für das Verständnis dieser Information und deren Nutzung notwendig sind, zu gewähren. Darüber hinaus geben die Dienststellen an, welches Registraturgut aus rechtlichen Gründen dauernd aufzubewahren ist.

§ 5 Benutzung des Stadtarchivs

Für die Benutzung des Stadtarchivs einschließlich der Höhe der Gebühren gilt die Benutzungsordnung des Stadtarchivs Voerde. Nach Maßgabe der Schutzfristen gemäß § 5 Benutzungsordnung des Stadtarchivs Voerde bzw. § 7 ArchivG NRW kann das Archivgut eingesehen werden. Soweit die Archivierung eine an sich gebotene Löschung ersetzt (z.B. nach § 19 Abs. 3b DatenschutzG NRW), gelten die Schutzfristen auch für die Organisationseinheit, in der das Registraturgut entstanden ist. Über die Verkürzung der Schutzfristen entscheidet der Bürgermeister/die Bürgermeisterin.

§ 6 Sonstiges

Archivgut ist unveräußerlich.

§ 7 Inkrafttreten

Die Archivsatzung des Stadtarchivs Voerde tritt am XX.XX.2017 in Kraft.



BETEILIGUNGSBERICHT 2016

Stadt Voerde (Niederrhein)

Rathausplatz 20

46562 Voerde

Stand: September 2017



Herausgeber:

Stadt Voerde (Niederrhein)

Der Bürgermeister

Fachdienst 3.3 – Stabsstelle Zentrales Controlling

Rathausplatz 20

46562 Voerde

**Tel. 02855 80471
80501**

E-Mail: finanzen@voerde.de



Inhalt

1. Beteiligungsbericht der Stadt Voerde (Niederrhein).....	8
1.1 Anlass und Ziele des Beteiligungsberichtes.....	8
2. Überblick über die Beteiligungen der Stadt Voerde.....	9
2.1 Rechtsgrundlage der wirtschaftlichen Betätigung.....	9
2.2 Übersicht über Beteiligungen und Zweckverbände der Stadt Voerde	9
3. Beteiligungen, Zweckverbände und Genossenschaftsanteile.....	10
3.1 Beteiligungen.....	10
3.2 Zweckverbände und Genossenschaftsanteile.....	10
3.3 Darstellung der Zweckverbände und Beteiligungen	12
3.4 Übersicht der Beteiligungsverhältnisse.....	13
3.5 Übersicht über Jahresergebnisse (Jahresüberschuss/-fehlbetrag) 2014 – 2016.....	14
3.6 Finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.....	14
3.7 Übersicht über Jahresabschlusszahlen zum 31.12.2016.....	15
4. Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	16
4.1 Allgemeines	16
4.2 Darstellung des Geschäftsverlaufes	16
4.3 Chancen und Risiken	19
4.4 Bilanz zum 31.12.2016	23
4.5 Gewinn- u. Verlustrechnung	27
4.6 Sonstige Angaben.....	28
4.7 Weitere Entwicklungen/Ausblicke	30
5. Wasserversorgung Voerde GmbH.....	31
5.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Wasserversorgung Voerde GmbH	31
5.2 Unternehmensgegenstand der Wasserversorgung Voerde GmbH	32
5.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Wasserversorgung Voerde GmbH	32
5.4 Organe der Wasserversorgung Voerde GmbH.....	33



5.5	Finanzielle Auswirkungen der Wasserversorgung Voerde GmbH auf den städtischen Haushalt.....	35
5.6	Auszug aus dem Wirtschaftsprüfungs- und Lagebericht der Wasserversorgung Voerde GmbH.....	37
5.7	Bilanz der Wasserversorgung Voerde GmbH.....	40
5.8	Gewinn- und Verlustrechnung der Wasserversorgung Voerde GmbH.....	42
6.	DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel.....	43
6.1	Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel.....	43
6.2	GmbH-Anteile und Gesellschafter der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel.....	43
6.3	Zusammensetzung der Organe und Angaben gem. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NW	44
6.4	Unternehmensgegenstand der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel.....	47
6.5	Belegschaft	48
6.6	Darstellung des Geschäftsverlaufes einschließlich des Geschäftsergebnisses	48
6.7	Unternehmensentwicklung.....	49
6.8	Umsatzentwicklung	51
6.9	Investitionen.....	51
6.10	Personal- und Sozialbereich	51
6.11	Darstellung der Lage.....	52
6.12	Vermögensstruktur	53
6.13	Kapitalstruktur.....	53
6.14	Risikobericht und Prognosebericht	58
6.15	Bilanz der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel	63
6.16	Gewinn- und Verlustrechnung der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel	65
7.	DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel	66
7.1	Darstellung des Geschäftsverlaufes einschl. des Geschäftsergebnisses.....	66
7.2	Darstellung der Lage.....	66
7.3	Risiko- und Prognosebericht	66
7.4	Sonstige Angaben.....	66
7.5	Rechtliche Grundlagen	67
7.6	Gewinn- und Verlustrechnung der DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel	70



8. Wohnbau Dinslaken GmbH	71
8.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	71
8.2 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	72
8.3 Organe der Wohnbau Dinslaken GmbH	73
8.4 Personal der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	76
8.5 Unternehmensleistungen der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	77
8.6 Gesamte Wohnungsbauleistungen seit Bestehen der Gesellschaft (ohne Gewerbeeinheiten)	77
8.7 Finanzielle Auswirkungen der Wohnbau Dinslaken GmbH auf den städtischen Haushalt	78
8.8 Auszug aus dem Lagebericht der Wohnbau Dinslaken GmbH.....	79
8.8.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses.....	79
8.8.2 Darstellung der Lage.....	82
8.8.2.1 Vermögens- und Finanzlage	82
8.8.2.2 Ertragslage.....	82
8.8.2.3 Finanzielle Leistungsindikatoren	83
8.8.2.4 Risikobericht.....	83
8.8.2.5 Chancen der zukünftigen Entwicklung.....	85
8.8.2.6 Prognosebericht	86
8.8.2.7 Finanzinstrumente	86
8.9 Bilanz der Wohnbau Dinslaken GmbH	87
8.10 Gewinn- u. Verlustrechnung der Wohnbau Dinslaken GmbH	89
9. Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH, Hünxe	91
9.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	91
9.2 Unternehmensgegenstand der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	91
9.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	92
9.4 Organe der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	93
9.5 Personal der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	95
9.6 Finanzielle Auswirkungen der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH auf den städtischen Haushalt.....	95
9.7 Auszug aus dem Lagebericht der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH.....	95
9.8 Bilanz der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	101



9.9 Gewinn- und Verlustrechnung der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	103
10. DINKOMM GmbH.....	106
10.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der DINKOMM.....	106
10.2 Unternehmensgegenstand der DINKOMM GmbH	106
10.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der DINKOMM GmbH.....	107
10.4 Organe der DINKOMM GmbH	108
10.5 Finanzielle Auswirkungen der DINKOMM GmbH auf den städtischen Haushalt.....	108
10.6 Sonstiges.....	108
10.7 Bilanz der DINKOMM GmbH	109
10.8 Gewinn- und Verlustrechnung der DINKOMM GmbH	111
11. Zweckverbände.....	112
11.1 Sparkassenzweckverband Wesel – Dinslaken	112
11.1.1 Organe des Zweckverbandes	112
11.1.2 Zusammensetzung der Verbandsversammlung.....	113
11.1.3 Vertretung der Stadt Voerde in den Gremien des Zweckverbandes	113
11.1.4 Gegenstand des Zweckverbandes.....	114
11.1.5 Finanz- und Leistungsbeziehungen mit dem städtischen Haushalt	114
12. Niederrheinische Sparkasse Rheinlippe.....	114
12.1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Niederrheinischen Sparkasse Rhein-Lippe.....	114
12.2 Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung	116
12.3 Bilanzsumme	117
12.4 Darstellung und Analyse der Lage	117
12.5 Jahresbilanz am 31.12.2016	122
12.6 Gewinn- und Verlustrechnung	124
12.7 Angaben zu Organmitgliedern	125



13. Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe.....	131
13.1 Aufgaben der Volkshochschule	131
13.2 Mitglieder und Organe des Zweckverbandes	131
13.3 Verbandsversammlung	132
13.4 Vertretung der Stadt Voerde in den Gremien des Zweckverbandes	132
14. Volksbank Rhein-Lippe eG.....	138
14.1 Beteiligungsverhältnis	138
14.2 Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Genossenschaft.....	138
14.3 Organe der Genossenschaft	138
14.4 Zusammensetzung der Organe	139
14.5 Vertretung der Stadt in den Gremien der Genossenschaft	139
14.6 Genossenschaftszweck und Gegenstand	139
14.7 Erfüllung des öffentlichen Zwecks.....	139
14.8 Finanz- und Leistungsbeziehungen mit dem Stadthaushalt	139



1. Beteiligungsbericht der Stadt Voerde (Niederrhein)

1.1 Anlass und Ziele des Beteiligungsberichtes

Gemäß § 117 der Gemeindeordnung NRW (GO NW) ist die Kommune verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht zu erstellen, der die Einwohner/innen sowie die politischen Vertreter/innen in den Ratsgremien über die wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigungen informiert. Gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW sind im Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung gesondert anzugeben

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen sowie
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Der Beteiligungsbericht ist dem städtischen Gesamtabschluss beizufügen.

Aufgrund der detaillierten Informationen zu den einzelnen Beteiligungen kann eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den damit verknüpften Aufgaben hergestellt werden. Auf diese Weise erhält man mit dem Gesamtabschluss einen Überblick der wirtschaftlichen Gesamtlage der Kommune.

Der vorliegende Beteiligungsbericht bietet eine umfangreiche Orientierungshilfe für die politischen Gremien, die Verwaltung sowie die breite Öffentlichkeit und stellt ein Instrumentarium zur Steuerung und Kontrolle der Unternehmen dar. Zielsetzung des Berichtes ist es, eine weitere Erhöhung der Transparenz der Beteiligungen der Stadt sowie ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen.

Neben den gesetzlichen Vorgaben des Landes NRW zur alljährlichen Berichterstattung über die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung gibt dieser Beteiligungsbericht darüber hinaus Auskunft über die Entwicklung und Vermögensstruktur der Zweckverbände, mit denen die Stadt Voerde in finanzieller oder beratender Weise verbunden ist.

Der Beteiligungsbericht wird für jeden Interessenten zur Einsichtnahme im Fachdienst 3.3 - Stabsstelle Zentrales Controlling - während der üblichen Öffnungszeiten bereitgehalten und zusätzlich im Internet unter www.voerde.de veröffentlicht.



2. Überblick über die Beteiligungen der Stadt Voerde

2.1 Rechtsgrundlage der wirtschaftlichen Betätigung

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln,“ so sieht es Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes vor. Diese Vorschrift ist die rechtliche Grundlage für die Gemeinde, Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Hierzu gehören auch die wirtschaftlichen Betätigungen einer Kommune. Unter welchen Voraussetzungen die Kommunen sich wirtschaftlich betätigen können und dürfen, ist in den §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) geregelt.

2.2 Übersicht über Beteiligungen und Zweckverbände der Stadt Voerde

Die Stadt Voerde ist an insgesamt 7 Unternehmen unmittelbar als Gesellschafter und an 2 Zweckverbänden beteiligt. Dabei ist der Kommunalbetrieb Voerde als eigenbetriebsähnliche Einrichtung eine 100%ige Tochter der Stadt. Der Kommunalbetrieb ist mit Wirkung ab 01.01.2017 in die städtische Kernverwaltung rückgeführt worden. Die Stadt Voerde ist außerdem an der Volksbank Rhein-Lippe eG in Wesel mit einem Genossenschaftsanteil beteiligt. Die DINKOMM GmbH ist mit Wirkung zum 31.12.2016 von den Gesellschaftern an die Stadtwerke Dinslaken veräußert worden.

Die einzelnen Beteiligungen werden nachfolgend aufgeführt.



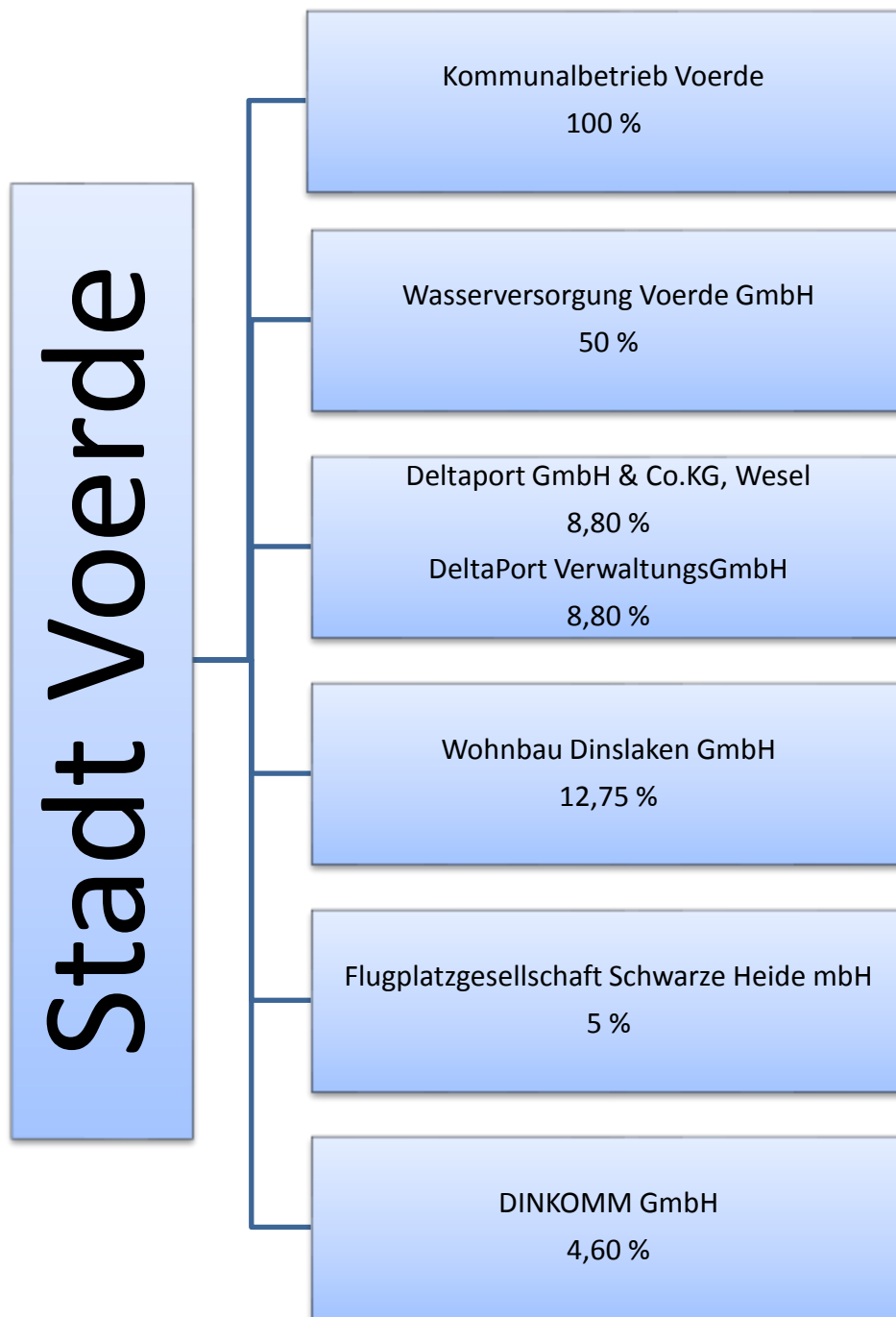
3. Beteiligungen, Zweckverbände und Genossenschaftsanteile

3.1 Beteiligungen

Beteiligungen	Städt. Anteile in %	Städt. Anteile in €
Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	100,00	20.000.000,00
Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV)	50,00	1.300.000,00
DeltaPort GmbH & Co.KG	8,80	88.000,00
DeltaPort VerwaltungsGmbH	8,80	2.200,00
Wohnbau Dinslaken GmbH	12,75	767.000,00
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	5,00	1.278,23
DINKOMM GmbH	4,60	15.000,00

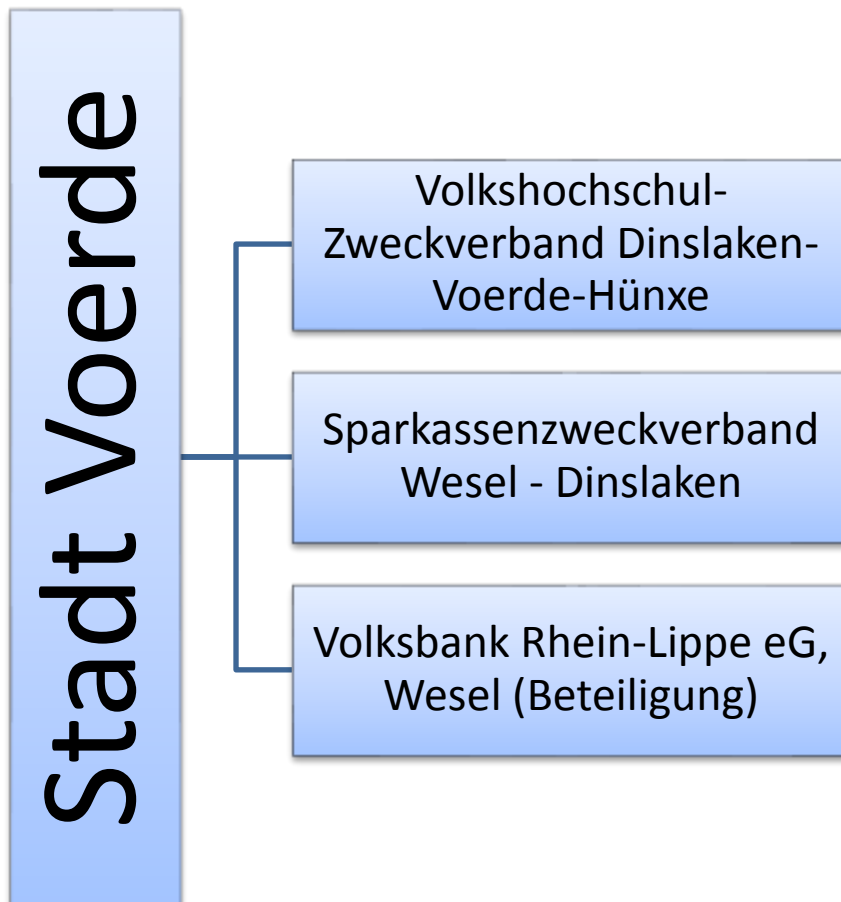
3.2 Zweckverbände und Genossenschaftsanteile

Die Stadt Voerde gehört dem Sparkassenzweckverband Wesel - Dinslaken sowie dem Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe an. Außerdem besitzt die Stadt Voerde einen Genossenschaftsanteil an der Genossenschaftsbank Volksbank Rhein-Lippe eG.





3.3 Darstellung der Zweckverbände und Beteiligungen





3.4 Übersicht der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungen	Beteiligungsverhältnisse	Gezeichnetes Kapital in T€	Beteiligung am gezeichneten Kapital in T€
Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	100,0 % Stadt Voerde	20.000	20.000
Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV)	50,0 % Stadt Voerde 50,0 % GWN	2.600	1.300
DeltaPort GmbH & Co.KG	63,6 % Kreis Wesel 27,6 % Stadt Wesel 8,8 % Stadt Voerde	1.000	88
DeltaPort VerwaltungsGmbH	63,6 % Kreis Wesel 27,6 % Stadt Wesel 8,8 % Stadt Voerde	25	2,2
Wohnbau Dinslaken GmbH	46,45 % Vivawest Wohnen GmbH 17,85 % Stadt Dinslaken 15,73 % Kreis Wesel 12,75 % Stadt Voerde 3,91 % Niederrheinische Sparkasse RheinLippe 2,55 % Provinzial Rheinland Versicherung AG 0,76 % Gemeinde Hünxe	6.016,4	767
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	49,0 % Stadt Bottrop 21,0 % Stadt Dinslaken 20,0 % Kreis Wesel 5,0 % Stadt Voerde 5,0 % Gemeinde Hünxe	25,5	1,278
DINKOMM GmbH	57,2 % Stadtwerke Dinslaken GmbH 19,1 % Stadt Dinslaken 19,1 % Niederrheinische Sparkasse RheinLippe 4,60 % Stadt Voerde	322	15
Sparkassenzweckverband Wesel - Dinslaken	40,18 % Stadt Wesel 23,36 % Stadt Dinslaken 13,56 % Stadt Hamminkeln 11,83 % Stadt Voerde 6,26 % Gemeinde Schermbeck 4,81 % Gemeinde Hünxe		
Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe	50,0 % Stadt Dinslaken 33,33 % Stadt Voerde 16,67 % Gemeinde Hünxe		



3.5 Übersicht über Jahresergebnisse (Jahresüberschuss/-fehlbetrag) 2014 – 2016

Beteiligungen	Jahresergebnis 2014 in T€	Jahresergebnis 2015 in T€	Jahresergebnis 2016 in T€	Veränderung 2015/2016 in T€
Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	555	-13	176	163
Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV)	385	420	430	10
DeltaPort GmbH & Co.KG	30	232	- 363	- 595
DeltaPort VerwaltungsGmbH	0,66	-0,725	-3,33	-2,605
Wohnbau Dinslaken GmbH	6.349	6.458	6.886	428
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	-270	-251	-241	10
DINKOMM GmbH	-11	6	-195	-201

3.6 Finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Gesellschaft	Anteil in %	Anteil in €	Nettodividenden/Jahresüberschüsse	Zuschüsse
Kommunalbetrieb Voerde	100,00	20.000.000,00	163.192,54	0,00
Wasserversorgung Voerde GmbH	50,00	1.300.000,00	110.437,50	0,00
DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel	8,8	88.000,00	0,00	0,00
DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel	8,8	2.200,00	0,00	0,00
Wohnbau Dinslaken GmbH	12,75	767.000,00	643.762,29	0,00
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	5,00	1.278,23	0,00	12.820,00
DINKOMM GmbH	4,60	15.000,00	0,00	0,00
Summe:		22.173.478,23	917.392,33	12.820,00



3.7 Übersicht über Jahresabschlusszahlen zum 31.12.2016

Jahresabschlusszahlen					
Beteiligungen	Bilanz			GuV	
	Bilanz- volumen	Anlage- vermögen	Eigenkapital	Umsatzerlöse	Jahreserg. nach Steuern
	T€	T€	T€	T€	T€
Kommunalbetrieb Voerde (KBV)	145.370	144.552	26.214	22.663	188
Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV)	14.313	11.308	4.833	5.015	430
DeltaPort GmbH & Co.KG	32.975	31.711	19.645	1.937	-363
DeltaPort Verwal- tungsGmbH	24,2	6,05	22,44	1,25	- 3,33
Wohnbau Dinslaken GmbH	137.001	118.050	44.073	37.361	8.035
Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH	4.529	3.881	79	471	-227
DINKOMM GmbH	187	0,00	148	255	-195



4. Kommunalbetrieb Voerde (KBV)

4.1 Allgemeines

Mit Beschluss vom 12.12.2006 hat der Rat der Stadt Voerde (Niederrhein) entschieden, zum 01.01.2007 die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Kommunalbetrieb Voerde (KBV) zu gründen und die Haushaltsführung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung dementsprechend gesondert in einem Wirtschaftsplan auszuweisen.

Die bislang pauschal vorgenommenen Verrechnungen zwischen dem Kernhaushalt und dem KBV wurden zwischenzeitlich durch ein entsprechendes Verrechnungs- und Umlagemodell ergänzt und die Voraussetzungen für eine angemessene Kosten- und Leistungsrechnung geschaffen.

4.2 Darstellung des Geschäftsverlaufes

Vermögenslage

Das langfristig gebundene Anlagevermögen nahm im Wirtschaftsjahr 2016 um T€ 1.024 ab. Hierbei standen den Investitionen in das Anlagevermögen (T€ 2.902) Abschreibungen von T€ 3.895 und Anlagenabgänge von T€ 31 gegenüber. Wesentliche Investitionen betrafen die Erweiterung und Erneuerung des Kanalnetzes, die Sanierung an der Grundschule Friedrichsfeld sowie die Sanierung der 3fach-Turnhalle am Gymnasium. Das kurzfristig gebundene Vermögen nahm um T€ 930 ab. Dabei reduzierten sich insbesondere die Forderungen gegenüber der Stadt um T€ 764 als Folge des Ausgleichs der im Vorjahr noch nicht ausgezahlten Mieten für Asyl- und Obdachlosenunterkünfte sowie des Restbetrages des Betriebskostenzuschusses für das Wirtschaftsjahr 2015.

Finanz- und Liquiditätslage

Auf der Passivseite ist die Abnahme des Gesamtkapitals um T€ 1.954 insbesondere auf die um T€ 2.493 gesunkenen langfristigen Schulden zurückzuführen. Dabei verringerten sich die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge sowie die erhaltenen Anzahlungen um insgesamt T€ 1.574. Hier standen den Zuführungen von T€ 545 plan- und außerplanmäßige Auflösungen von T€ 2.119 gegenüber. Gleichzeitig verringerten sich die langfristigen Verbindlichkeiten bei der Stadt um T€ 1.189. Den Darlehensneuaufnahmen von T€ 1.600 standen planmäßige Darlehenstilgungen von T€ 2.643 und Verschiebungen in den kurzfristigen Bereich von T€ 146 gegenüber. Die Erhöhung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten von T€ 94 entfiel auf vereinnahmte Friedhofsgebühren von T€ 409 abzüglich planmäßiger Auflösungen von insgesamt T€ 315. Das Eigenkapital verbesserte sich in Höhe des erwirtschafteten Jahresüberschusses um T€ 176. Die kurzfristigen Schulden stiegen demgegenüber insgesamt um T€ 539. Dabei nahmen vor allem die Kontokorrentschulden um T€ 858 zu. Der Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt um T€ 224 resultiert vornehmlich aus dem anteilig nicht benötigten Betriebskostenzuschuss für das Wirtschaftsjahr 2016. Aufgrund stichtagsbe-



dingt reduzierter Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nahmen die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten um T€ 543 ab.

Ertragslage

Gesamtübersicht:

Der KBV schließt das Wirtschaftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss von € 175.736,37 (2015 Jahresfehlbetrag: € - 12.543,83) ab. Diese Ergebnisverbesserung von rund T€ 189 resultiert trotz einer Verringerung der Umsatzerlöse um T€ 206 als Folge geringerer Leistungserbringungen an die Stadt im Wesentlichen aus Einsparungen beim Personalaufwand von T€ 125 sowie zusätzlicher anderer aktivierter Eigenleistungen von T€ 126.

Der Jahresüberschuss (+) bzw. -fehlbetrag (-) setzt sich, bezogen auf die gebildeten Betriebszweige, im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

		Vorjahr
	€	€
Dienstleistung	+ 622.108,11	-905.123,54
Gebäudewirtschaft	-409.821,69	-398.501,61
Abfallwirtschaft	+81.424,68	+58.385,15
Abwasserbeseitigung	+1.697.955,44	+1.487.890,41
Straßenunterhaltung	-1.411.995,29	-227.761,81
Grünflächen- und Gewässerunterhaltung	-350.935,32	-24.317,61
Friedhofsbewirtschaftung	<u>- 52.999,56</u>	<u>-3.114,82</u>
	+175.736,37	-12.543,83
	=====	=====

Im Einzelnen:

Betriebszweig Dienstleistung:

Die erzielten Umsatzerlöse von T€ 6.264 (Vorjahr: T€ 6.011) sind überwiegend auf die laufende Leistungserbringung an die Stadt Voerde sowie anderer Betriebszweige zurückzuführen. Die Mehrerträge gegenüber dem Vorjahr von T€ 253 stehen vornehmlich im Zusammenhang mit erhöhten Stundenverrechnungssätzen für die geleistete Einsatzstunde von Maschinen und Personal.

Demgegenüber stehen Aufwendungen von T€ 5.676 (Vorjahr: T€ 7.575). Hierbei stellt der Personalaufwand mit T€ 3.665 (Vorjahr: T€ 3.816) den größten Aufwandsposten dar. Bei den sonstigen be-



trieblichen Aufwendungen von T€ 1.247 (Vorjahr: T€ 3.118) stellt der in Anspruch genommene Verwaltungskostenbeitrag mit T€ 959 (Vorjahr: T€ 959) die größte Positionen dar.

Die um T€ 253 gestiegenen Umsatzerlöse sowie die um T€ 1.871 gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen, bedingt durch den Abgang von Festwerten im Vorjahr (Wirtschaftsjahr 2016: T€ 0; Vorjahr: T€ 1.881), trugen im Wesentlichen zu dem um T€ 1.527 verbesserten Jahresergebnis von T€ 622 gegenüber dem Vorjahr (T€ -905) bei.

Betriebszweig Gebäudewirtschaft

Der Betriebszweig erwirtschaftet den überwiegenden Teil der Umsatzerlöse aus der Vermietung von Gebäuden an die Kernverwaltung. Die Erträge insgesamt fallen mit T€ 9.345 um T€ 730 höher aus als die Erträge des Vorjahres mit einer Höhe von T€ 8.615. Dies basiert im Wesentlichen auf einem Anstieg der Umsatzerlöse (T€ 495). Trotz der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Erträge wurde durch die um T€ 566 höheren Materialaufwendungen, als Folge der Anmietung zur Asylbewerberunterbringung, ein um T€ 11 geringfügig schlechteres Jahresergebnis von T€ -410 gegenüber dem Vorjahr (T€ -399) erzielt.

Betriebszweig Abfallwirtschaft:

In diesem Betriebszweig werden überwiegend Erträge aus Abfallbeseitigungsgebühren in Höhe von T€ 3.787 (Vorjahr: T€ 3.760) und Erträge aus dem Verkauf von Papier/Pappe/Kartons in Höhe von T€ 257 (Vorjahr: T€ 210) erzielt.

Die insgesamt um T€ 25 gestiegenen Umsatzerlöse von T€ 4.222 (Vorjahr: T€ 4.197), im Wesentlichen bedingt durch die höheren Abfallbeseitigungsgebühren aufgrund der Erschließung von Neubaugebieten, führten bei um T€ 10 höheren übrigen Erlösen und um T€ 11 gestiegenen Materialaufwendungen zu einem um T€ 24 verbesserten Jahresergebnis von T€ +82 (Vorjahr: T€ +58).

Betriebszweig Abwasserbeseitigung:

Dieser Betriebszweig erwirtschaftet in den Bereichen „Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen“, „Schmutzwasserbeseitigung“ und „Niederschlagswasserbeseitigung“ Erträge aus Benutzungsgebühren in Höhe von T€ 5.039 (Vorjahr: T€ 4.732). Letztlich wurden im Berichtsjahr insgesamt um T€ 182 höhere Umsatzerlöse (Wirtschaftsjahr 2016: T€ 6.772; Vorjahr: T€ 6.590) erzielt. Dies war Folge der um T€ 307 angepassten Erträge aus Kanalbenutzungsgebühren. Die um T€ 20 gesunkenen Entsorgungsleistungen sowie die um T€ 23 niedrigeren Aufwendungen für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens begründen im Wesentlichen die um T€ 59 verminderten Materialaufwendungen. Das Jahresergebnis (T€ +1.698) hat sich insgesamt um T€ 210 gegenüber dem Vorjahr (T€ +1.488) verbessert.



Betriebszweig Straßenunterhaltung:

Der Betriebszweig „Straßenunterhaltung“ erwirtschaftet Erträge, die hauptsächlich aus Leistungserbringungen an die Stadt und andere Betriebszweige in Höhe von T€ 2.797 (Vorjahr: T€ 3.556) sowie aus Gebühren für die Straßenreinigung in Höhe von T€ 167 (Vorjahr: T€ 167) bestehen.

Die Ergebnisverschlechterung um T€ 1.184 (2016: T€ -1.412; Vorjahr: T€ -228) resultiert dabei überwiegend aus um T€ 759 geringeren Leistungserbringungen an die Stadt und andere Betriebszweige bei um T€ 454 gestiegenen Aufwendungen für die Straßenunterhaltung und -reinigung.

Betriebszweig Grünflächen- und Gewässerunterhaltung:

Mit einem Betrag von T€ 761 (Vorjahr: T€ 834) stellen die Erlöse aus Leistungserbringungen an die Stadt in diesem Betriebszweig die größte Ertragsposition dar. Die Verschlechterung von T€ 73 führte bei gleichzeitig gestiegenen Aufwendungen für die laufende Instandhaltung und Bewirtschaftung der Grünflächen und Gewässer aufgrund höherer Personal- und Maschinenstundenverrechnungssätze zu einer Ergebnisreduzierung von T€ 327 gegenüber dem Vorjahr. (2016: T€ -351; Vorjahr: T€ -24).

Betriebszweig Friedhofsbewirtschaftung:

Größte Ertragspositionen in diesem Betriebszweig sind naturgemäß die Erträge aus Gebühren, welche für die Friedhofsgebühren (Bereitung) und die Auflösung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten (Verleihung von Nutzungsrechten in der Vergangenheit) mit T€ 489 (Vorjahr: T€ 514) abschließen. Im Wesentlichen führte die Verminderung der gesamten Umsatzerlöse um T€ 25 neben der um T€ 20 höheren Materialaufwendungen als Folge erhöhter Maschinen- und Personalstundenverrechnungssätze zu einem schlechteren Ergebnis von insgesamt T€ 53 (Vorjahr: T€ -3).

4.3 Chancen und Risiken

Entsprechend der Beschlusslage zur Rückführung des KBV zum 01.01.2017 wurden die nachstehend beschriebenen Betriebszweige mit geringfügigen Anpassungen der Bezeichnungen, aber ohne Veränderung der Aufgabeninhalte, in die Produktbereichs-, Produktgruppen- und Produktstruktur der Kernverwaltung des Haushaltsjahres 2017 integriert.

Betriebszweig Dienstleistung:

Durch ein bereits in früheren Jahren eingeführtes Kennzahlensystem, das ständig weiter optimiert wird und die Ermittlung weiterer Datengrundlagen bei den Facility Services ist der Betriebszweig immer besser in der Lage darzustellen, welche Kosten eine Dienstleistung bezogen auf die entsprechende Mengen- bzw. Flächeneinheit verursacht.

Hierin besteht die Chance, weitere Effizienzsteigerungen zu generieren und bei bestehender nachweislicher Aufwandsstruktur zu entscheiden, Dienstleistungen weiterhin in Eigenregie durchzuführen



oder extern zu vergeben. Dabei bleibt wichtig, dass die externe Vergabe langfristig im Kernaufgabenbereich nicht zu einem Kompetenzverlust im eigenen Betrieb führt.

Betriebszweig Gebäudewirtschaft:

Der Gebäudebestand weist immer noch einen Instandhaltungsbedarf auf, obwohl schon sehr effektiv in einigen Liegenschaften Maßnahmen, wie z. B. die Teilsanierung des Gymnasiums Voerde, der Neubau des Ersatzbaus der Realschule und Erweiterungen an Kindertagesstätten zur "U-3-Betreuung" in früheren Jahren als auch die Fertigstellung des Anbaus an der Erich Kästner-Schule, die Vollsanierung der Grundschule Friedrichsfeld zu einer erheblichen Substanzverbesserung beigetragen haben. Die in Planung befindliche Sanierung des Altbaus der Gesamtschule Voerde sowie die aktuelle Vollsanierung der Dreifachturnhalle am Gymnasium Voerde werden in den nächsten Jahren einen weiteren wertvollen Beitrag leisten.

Die Risiken aus einer nicht ausreichenden Gebäudeunterhaltung konnten, insbesondere auch hinsichtlich der demographisch bedingten Überkapazitäten, im Gebäudebestand (Schulgebäude) nach entsprechenden Erkenntnissen aus dem Schulentwicklungsplan und mit dessen sukzessiver Ergebnisumsetzung weiter erfolgreich gemindert werden. Aus der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 04.07.2012 zur Aufgabe von zwei Grundschulstandorten ergab sich darüber hinaus durch die Fertigstellung der Baumaßnahmen und der Aufgabe der Altstandorte eine deutliche Verbesserung. Die Neubauten wurden nach der zum jeweiligen Errichtungszeitpunkt geltenden Energieeinsparverordnung –EnEV- errichtet, um erste nachhaltige Ansätze zu ermöglichen und Einsparungen im Energiebereich zu generieren.

Weitere Möglichkeiten für günstigere Bewirtschaftungsstrukturen bestehen auch darin, nach erfolgtem Rückbau von unwirtschaftlichen und nicht mehr genutzten Gebäudekapazitäten die daraus entstehenden Entwicklungschancen von Baugrundstücken in zentraler Lage dem Immobilienmarkt anbieten zu können.

Betriebszweig Abfallwirtschaft:

Die Verwertungserlöse für Pappe, Papier und Karton (PPK) betragen in 2015 noch 79,00 €/t. Im Laufe des Jahres 2016 sind diese wieder bis auf rund 105,00 €/t gestiegen. Eine verlässliche Aussage über die künftige Entwicklung der Erlössituation ist daher nur schwierig einschätzbar, da der Papierpreis von vielen, vor allem globalen Faktoren abhängt, wie z. B. dem Bedarf am internationalen Markt. Zusätzlich werden seit dem Jahr 2014 Erträge aus der Altkleiderverwertung erzielt.

Die Erträge finden entsprechende Berücksichtigung und führen zu mehr oder minder hohen Abschlägen in der Gebührenkalkulation bei der Abfallentsorgung.

Die abgerechneten Unternehmerleistungen bei der Abfallentsorgung entsprachen denen des Vorjahres. Die leicht gestiegenen Erträge aus der Papierverwertung führten dazu, dass durch den Einsatz von Überschüssen aus den Vorjahren die Gebühren noch stabil gehalten werden konnten. Inwieweit das künftig noch gelingt, bleibt risikobehaftet.



Betriebszweig Abwasserbeseitigung:

Der leitungsgebundene Abwassertransport ist in einem guten Zustand, so dass hier keine größeren Instandhaltungen zu erwarten sind. Auch sind ausreichende Kapazitäten für zusätzliche Einleiter vorhanden. Der bereits im Jahr 2012 mit einer Laufzeit von 20 Jahren mit der Stadt Wesel abgeschlossene Vertrag über die Mitbenutzung der Kläranlage auf dem Stadtgebiet Wesel bietet eine große Entsorgungssicherheit. Die weitere Kläranlage in Voerde mit dem Lippeverband als Betreiber soll in den nächsten Jahren komplett erneuert werden. Erste Planungsgespräche zwischen dem Kommunalbetrieb und dem Lippeverband sind angelaufen. Die Maßnahmen sollen im Jahr 2017 begonnen werden.

Die Überwachung des eigenen Kanalnetzes und die Überprüfung der privaten Hausanschlüsse haben bisher zu keinen auffälligen Reparaturkosten geführt. Aus den außergewöhnlichen Starkregenereignissen in den Monaten Mai/Juni 2016 sind einzelne Vernässungsschäden bekannt. Zur Verbesserung der Ableitung des Niederschlagswassers im Gewässersystem wird eine Bach- und Sohlbeträumung des Mommbachs notwendig. Die jährliche, regelmäßige Unterhaltung (Mahd und Sohlräumung) ist aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht sicherzustellen.

Die gesetzliche Auflage zur Selbstüberwachung des eigenen öffentlichen Abwassernetzes ist umgesetzt. Die gleichzeitige Zustands- und Funktionsprüfung der privaten Hausanschlüsse ist im Fremdwassersanierungsgebiet und in der Wasserschutzzone mit einer gesetzlichen Fristenregelung in der Entwässerungssatzung aufgenommen (31.12.15 bzw. 31.12.20). Bis zum 31.12.2016 hatten ca. 23 % der betroffenen Eigentümer Prüfungen durchgeführt.

Betriebszweig Straßenunterhaltung:

Nach den Erkenntnissen bei der Erstellung des Straßenkatasters in 2016 befinden sich die innerstädtischen Straßen durchschnittlich in einem guten Zustand. Unter der Voraussetzung einer weiterhin möglichen kostendeckenden Abrechnung der Leistungserbringung werden keine weiteren Risiken identifiziert. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass nur die Festlegung einer Ausbauquote (Investition) der teils noch nicht erst-ausgebauten und mittlerweile wieder zu erneuernden (nachmaliger Ausbau) Straßen hilft, den konsumtiven Anteil an der Straßenunterhaltung zu minimieren. Hierbei helfen auch die Erkenntnisse aus der durchgeführten und in Teilergebnissen vorliegenden körperlichen Inventarisierung auf der Grundlage der GemHVO NRW weiter. Die ersten Ergebnisse lassen einschätzen, dass kein außergewöhnlicher Werteverzehr, bedingt durch eine unzureichende Straßenunterhaltung, zu erwarten ist.

Betriebszweig Grünflächen- und Gewässerunterhaltung:

Ein Teil der Gewässerunterhaltung wird durch den Lippeverband wahrgenommen. Hierfür wird ein Beitrag entrichtet.

Die Reinigung der übrigen Wasserläufe kann - nach mehrjähriger Fremdvergabe –nunmehr nur abschnittsweise wahrgenommen werden. Hierzu wird für die kontinuierliche Unterhaltung ein Bewirtschaftungsprogramm aufgestellt.



Für den Bereich der Grünflächenunterhaltung sind Pflegepläne zu definieren und Pflegestandards abzustimmen.

Bei dem zu erwartenden altersbedingten Personalabgang in diesem Bereich und damit einhergehender verminderter Produktivität aus gesundheitlichen Gründen bei einem Durchschnittsalter der Mitarbeiter von > 50 Jahren, entstand in diesem Bereich das Risiko, die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht, insbesondere im Bereich der Baumkontrolle und -pflege nicht immer zeitnah nachkommen zu können. Dieses gilt es, weiterhin zu vermeiden. Hierbei wurden bisher ca. 78 % des Baumbestandes erfasst, bewertet und einer permanenten Kontrolle unterzogen. Die weitere Erfassung dauert noch an. Bei der Festlegung auf Pflegestandards ist auch die öffentliche Wahrnehmung der Qualität der Grünanlagen im Blick zu behalten. Eine reine Reduzierung der Grünpflege auf die Verkehrssicherung reicht nicht aus. Bei der Neuanlage von Grünflächen und der Ausgestaltung von Straßenbegleitgrün ist ein entsprechender Pflegebedarf zu ermitteln und, soweit in der gegenwärtigen Haushaltssituation kein weiteres Personal eingestellt werden kann, ein entsprechendes finanzielles Äquivalent bereitzustellen oder der leistbare Standard bei der Anlage der Flächen zu berücksichtigen. Als Investition in die Zukunft war hier zunächst der erfolgte Einstieg in ein Grünflächeninformationssystem (GIS) gesehen worden. Dieses Informationssystem bietet die planerische Grundlage, die zu bewirtschaftenden Flächen exakt zu bemessen und somit eine Kalkulation in Abhängigkeit der Pflegestandards zu erstellen. Das beschlossene Markttestverfahren wurde beauftragt und erste Leistungen extern vergeben. Hierbei wurden für das Wirtschaftsjahr 2016 Baumpflege- bzw. Fällarbeiten ausgeschrieben und beauftragt. Die Vorbereitungen zur Durchführung eines langfristig angelegten Testverfahrens (3 Jahre) für eine ganzheitliche Pflege eines Wohnquartiers wurden aufgenommen.

Betriebszweig Friedhofsbewirtschaftung:

Durch den KBV werden zwei kommunale Friedhöfe bewirtschaftet. Es handelt sich hierbei um den Friedhof an der Rönkenstraße im Ortsteil Voerde und den Waldfriedhof im Ortsteil Friedrichsfeld. Aus dem langjährigen Trend zu kostengünstigeren Bestattungen in Rasengräbern und insbesondere Urnengräbern, in Verbindung mit rückläufigen Bestattungszahlen entsprechend dem demographischen Wandel, gibt es Flächenüberkapazitäten, die in den nächsten Jahren abzubauen sind. Entsprechende Flächenkorrekturen sind bereits jetzt vorgenommen worden, da die betroffenen Vorratsflächen nicht mehr als Friedhofserweiterungsflächen vorgehalten werden müssen. Aufgrund des klar zu erkennenden Trends der Veränderung der Bestattungskultur, wird automatisch durch die Art der Nutzung (Urnengräber, pflegefreie Wahlgräber) eine Verdichtung der Altflächen im Hauptbereich des Friedhofs erzielt.



4.4 Bilanz zum 31.12.2016

Aktivseite

	€	€	<u>31.12.2015</u>
			€
A. Anlagevermögen			
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			
ähnliche Rechte		28.885,25	33.090,04
<u>II. Sachanlagen</u>			
1. Grundstücke und Bauten			
2. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	96.457.251,86		98.153.632,45
3. technische Anlagen und Maschinen	42.667.948,49		43.772.661,28
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	494.200,43		524.805,76
5. Anlagen im Bau	986.521,79		802.376,28
	<u>3.909.169,01</u>	144.515.091,58	2.286.449,96
<u>III. Finanzanlagen</u>			
sonstige Ausleihungen		8.921,04	4.437,84
B. Umlaufvermögen			
<u>I. Vorräte</u>			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
2. Grundstücke des Umlaufvermögens	17.043,79		17.341,37
	<u>474.780,40</u>	491.824,19	474.780,40
<u>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr €	261.349,80		307.914,81
(Vorjahr: €	0,00		
2. Forderungen gegen die Stadt Voerde	0,00)	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr €	50.939,53		814.870,61
(Vorjahr: €	0,00		
3. sonstige Vermögensgegenstände	0,00)	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr €	3.700,55		35.234,56
(Vorjahr: €	0,00		
	0,00)	
		<u>315.989,88</u>	



<u>III. Guthaben bei Kreditinstituten</u>	3.415,87	71.148,54
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.994,05	25.601,21
<hr/>		
<hr/> <hr/>	<hr/>	<hr/>
	<u>145.370.121,86</u>	<u>147.324.345,11</u>



Passivseite

31.12.2015

	€	€	€
A. Eigenkapital			
<u>I. Stammkapital</u>		20.000.000,00	20.000.000,00
<u>II. Rücklagen</u>			
1. Kapitalrücklage	26.047.947,21		26.047.947,21
- andere Gewinnrücklagen	0,00	26.047.947,21	2.882,71
<u>III. Verlustvortrag</u>			
		-9.661,12	0,00
<u>IV. Jahresüberschuss (+), bzw.-fehlbetrag (-)</u>			
		175.736,37	-12.543,83
B. Sonderposten			
1. Sonderposten für Zuwendungen	40.511.978,91		41.884.336,48
2. Sonderposten für Beiträgen	20.048.128,15	60.560.107,06	20.651.056,40
C. Rückstellungen			
1. Instandhaltungsrückstellungen	33.500,00		0,00
2. sonstige Rückstellungen	2.312.910,00	2.346.410,00	2.190.620,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	907.202,67		48.978,56
- davon mit einer Restlaufzeit bis			
zu einem Jahr €	907.202,67		
(Vorjahr: €	48.978,56)		
- davon mit einer Restlaufzeit von			
mehr als einem Jahr €	0,00		
(Vorjahr: €	0,00)		
2. erhaltene Anzahlungen			
- davon mit einer Restlaufzeit bis	440.747,20		39.554,20
zu einem Jahr €	440.747,20		
(Vorjahr: €	39.554,20)		
- davon mit einer Restlaufzeit von			
mehr als einem Jahr €	0,00		
(Vorjahr: €	0,00)		



3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

- davon mit einer Restlaufzeit bis	956.950,30	1.620.185,84
zu einem Jahr €	956.950,30	
(Vorjahr: €	1.620.185,84	
- davon mit einer Restlaufzeit von		
mehr als einem Jahr €	0,00	
(Vorjahr: €	0,00	

4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Voerde

- davon mit einer Restlaufzeit bis	29.187.350,26	30.152.287,45
zu einem Jahr €	4.342.295,89	
(Vorjahr: €	4.118.388,49)	
- davon mit einer Restlaufzeit von		
mehr als einem Jahr €	24.845.054,37	
(Vorjahr: €	26.033.898,96)	

5. sonstige Verbindlichkeiten

- davon mit einer Restlaufzeit bis	68.855,65	104.025,83
zu einem Jahr €	68.855,65	
(Vorjahr: €	104.025,83)	
- davon mit einer Restlaufzeit von		
mehr als einem Jahr €	0,00	
(Vorjahr: €	0,00)	
- davon aus Steuern €	60.119,78	
(Vorjahr: €	57.522,02)	
- davon im Rahmen der		
sozialen Sicherheit €	0,00	
(Vorjahr: €	0,00)	
		31.561.106,08

E. Rechnungsabgrenzungsposten

	4.688.476,26	4.595.014,26
--	--------------	--------------

	145.370.121,86	147.324.345,11
--	----------------	----------------



4.5 Gewinn- u. Verlustrechnung

	€	€	<u>Vorjahr</u> €
1. Umsatzerlöse		22.663.440,79	22.869.196,60
2. Verminderung des Bestandes an Grundstücken		0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen		246.395,88	120.333,58
4. sonstige betriebliche Erträge		<u>1.582.623,14</u>	<u>2.162.272,75</u>
		24.492.459,81	25.151.802,93
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	128.128,38		147.648,86
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>10.421.528,40</u>	10.549.656,78	<u>9.461.860,42</u>
			9.609.509,28
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.292.223,34		4.402.230,43
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.162.807,40		1.178.252,19
- davon für Altersversorgung €	322.171,83	<u>5.455.030,74</u>	<u>5.580.482,62</u>
(Vorjahr: €	330.397,24)	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.895.595,54	3.863.570,95
8. sonstige betriebliche Aufwendungen		3.412.921,78	5.186.570,79
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>990.259,52</u>	<u>915.543,84</u>
- davon an die Stadt Voerde €	990.259,52		
(Vorjahr: €	915.543,84)	
11. Ergebnis nach Steuern		188.995,45	-3.874,55
12. sonstige Steuern		<u>13.259,08</u>	<u>8.669,28</u>
13. Jahresüberschuss (+), bzw.-fehlbetrag (-)		<u>175.736,37</u>	<u>-12.543,83</u>



4.6 Sonstige Angaben

Betriebsleitung

Der Betriebsleitung gehörten im Wirtschaftsjahr 2016 Herr Wilfried Limke, Herr Ernst Brill (bis 31.03.2016) sowie Herr Michael Bruchhausen (ab 01.04.2016) an. Die für die Betriebsleitung aufgewandten Beträge belaufen sich im Wirtschaftsjahr 2016 auf T€ 78 für Herrn Limke (anteilige Personalkosten einschließlich Zuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung je 50 %), auf T€ 21 für Herrn Brill (anteilige Personalkosten einschließlich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgungskasse 100 %) sowie auf T€ 72 für Herrn Bruchhausen (anteilige Personalkosten einschließlich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgungskasse 100 %).

Betriebsausschuss

Der Betriebsausschuss des KBV bestand im Wirtschaftsjahr 2016 aus folgenden Mitgliedern (in alphabetischer Reihenfolge):

Mitglieder

Stellvertreter

Fregin, Manfred
Rentner

Claus, Jürgen
Schlosser

Goemann, Uwe
Leitender Angestellter

Siebert, Daniel
Industriekaufmann

Gördü, Hasan
Energieanlageelektroniker

Pollmann, Andreas
Anlagenbediener (bis 12.12.2016)
Neukäter, Heinrich
Oberstudienrat i.R. (ab 13.12.2016)

Kann-Guedes, Doris
Bürokauffrau

Goltz, Udo
Dipl.-Ing. i.R.

Kleinherne, Uwe
Hausmeister

Friedrichs, Klaus
Rechtsanwalt (bis 25.08.2016)
Kolbe, Tanja
Schulassistentin (ab 13.12.2016)

Knipping, Dominik
Kaufm. Angestellter (bis 02.06.2016)

Albri, Jürgen
Realschuldirektor i.R.

Pollmann, Andreas
Anlagenbediener (ab 13.12.2016)

Albri, Jürgen
Realschuldirektor i.R.



Langenfurth, Jan
Bauingenieur

Hüsken, Gerd
Vorstandsmitglied Volksbank Rhein-
Lippe eG

Meiners, Stefan
Beamter

Klenner, Michael
Verwaltungsangestellter

Meulendyck, Hans-Peter
Rentner

Ernsting, Ludger
Bäcker

Neßbach, Ulrich
Dipl.-Ing. Gartenbauingenieur

Krieg, Wolfgang
Pensionär

Rieser, Ralf
Arbeitsvermittler

Schwarz, Ulrike
Pensionärin

Sarres, Hans-Bernd
Betriebsleiter

Holl, Reinhold
Unternehmer

Sarres, Mark
Dipl.-Bauingenieur

Dr. Friege, Henning
Dipl.-Chemiker

Schneider, Georg
Speditionskaufmann, Gesellschafter

Hülser, Ingo
Maschinenbautechniker

Thomas, Jörg
Justizvollzugsbeamter

Kramer, Bernhard
Beleuchter

Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 4 GO NW

Alakas, Abdullah
Busfahrer

Yirtik, Hakan
Berufskraftfahrer

Bergmann, Hans-Peter
Pensionär

Göttler, Helmut
Rentner

Kempe, Hans-Jürgen
Rentner

Ausschussvorsitzender:	Georg Schneider
1. stellv. Vorsitzender:	Hasan Gördü
2. Stellv. Vorsitzender:	Ulrich Neßbach



Separate Vergütungen für die Mitglieder des Betriebsausschusses wurden im Wirtschaftsjahr 2016 nicht geleistet.

4.7 Weitere Entwicklungen/Ausblicke

Der Rat der Stadt Voerde hat in seiner Sitzung am 22.09.2015 beschlossen, den Kommunalbetrieb Voerde zum 01.01.2017 in die Kernverwaltung zurückzuführen. Insofern werden ab dem 01.01.2017 alle konsumtiven und investiven Geschäftsprozesse auf der Grundlage des NKF-Prinzips im Haushalt der Stadt Voerde geplant und bewirtschaftet.

Im letzten Wirtschaftsjahr des KBV wurde ein Jahresüberschuss von T€ 176 erwirtschaftet; die eigenbetriebsähnliche Einrichtung verfügte demzufolge bis zum Schluss über eine gesunde Eigenkapitalausstattung.

Die Rückführung wurde planmäßig umgesetzt.



5. Wasserversorgung Voerde GmbH

Wasserversorgung Voerde GmbH

Rathausplatz 20

46562 Voerde

Telefon: 02855 80 335

Telefax: 02855 80 570

E-Mail: wvv@voerde.de



5.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Wasserversorgung Voerde GmbH

Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Firma	Wasserversorgung Voerde GmbH
Sitz	Voerde (Niederrhein)
Handelsregistereintragung	Amtsgericht Duisburg unter der Nummer HRB 9960
Gesellschaftsvertrag	Vertrag vom 26.10.1994 in der geänderten Fassung vom 14.12.2012



5.2 Unternehmensgegenstand der Wasserversorgung Voerde GmbH

Gegenstand des Unternehmens sind die Beschaffung und Lieferung von Trinkwasser und Energie im Stadtgebiet Voerde sowie der Bau und die Unterhaltung des hierzu erforderlichen Rohrnetzes und der Erwerb, Bau und Betrieb von Energieversorgungsanlagen.

Der Gesellschaftszweck ist auf öffentliche Zwecke ausgerichtet. Im Zusammenhang des Unternehmensgegenstandes kann die Gesellschaft

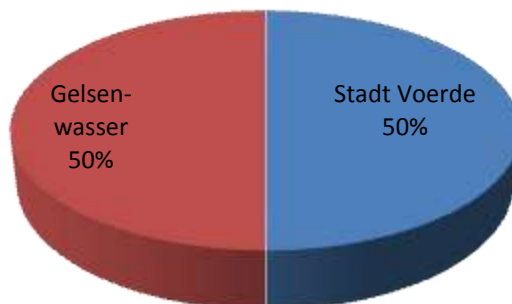
1. andere Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen,
2. Handelsgeschäfte und Dienstleistungen jeglicher Art ausführen,
3. Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen errichten.

5.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Wasserversorgung Voerde GmbH

Stammkapital: 2.600.000 €

Gesellschafter	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Voerde	1.300.000	50
Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen	1.300.000	50

Gesellschaftsanteile





5.4 Organe der Wasserversorgung Voerde GmbH

Geschäftsführung

Christian Creutzburg
Haltern am See
seit 01. Juli 2016

Heiner Krietenbrink
Gelsenkirchen
bis 30. Juni 2016

Dirk Haarmann
Voerde

Aufsichtsrat

Vorsitz

Eva Lucia Kröger
Alpen
Bereichsleiterin Verteilung Wasser der
Gelsenwasser AG
Vorsitzende seit 01. Januar 2017
stellvertretende Vorsitzende bis 31. Dezember 2016

Ulrike Schwarz
Voerde
Schulamtsdirektorin a.D.
Stellvertretende Vorsitzende seit 01. Januar 2017
Vorsitzende bis 31. Dezember 2016

Mitglieder

Markus Barczik
Dorsten
Leiter Rechnungswesen der Gelsenwasser AG

Eckart Capitain
Mülheim a.d. Ruhr
Mitarbeiter Vertrieb Wasser der Gelsenwasser AG

Bernd Hartung
Bochum
Leiter Betriebsdirektion Unna der Gelsenwasser AG



Reinhold Holl
Voerde
Geschäftsführer des Gesundheitszentrums Friedrichs-
feld

Simone Kaspar
Dinslaken
Beigeordnete und Kämmerin der Stadt Voerde

Stefan Meiners
Voerde
Beamter

Jens Sielemann
Gelsenkirchen
Mitarbeiter Teilnehmungsmanagement der Gelsenwas-
ser AG seit 01. Januar 2017

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 10.400 €. Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder:

Ulrike Schwarz	1.300 €
Eva Lucia Kröger	1.300 €
Markus Barczik	1.300 €
Simone Kaspar	1.300 €
Eckart Capitain	1.300 €
Bernd Hartung	1.300 €
Stefan Meiners	1.300 €
Reinhold Holl	1.300 €

Die Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit nebenberuflich aus. Herr Krietenbrink ist hauptberuflich Geschäftsführer der Gelsenwasser Energienetze GmbH, Gelsenkirchen, Herr Creutzburg Leiter der Betriebsdirektion Niederrhein der Gelsenwasser Energienetze GmbH und Herr Haarmann Bürgermeister der Stadt Voerde.

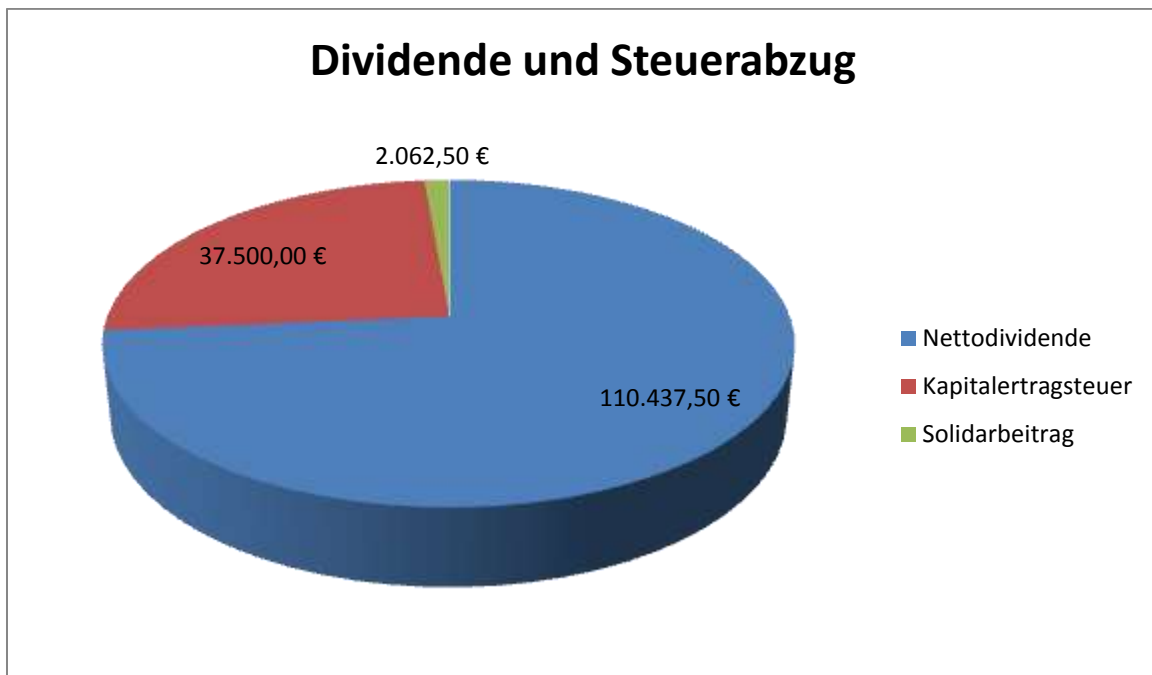
Herr Haarmann erhielt für seine Tätigkeit als Geschäftsführer 5.590,20 €. Herr Creutzburg und Herr Krietenbrink erhielten für ihre Tätigkeit keine Vergütung von der WVV.



5.5 Finanzielle Auswirkungen der Wasserversorgung Voerde GmbH auf den städtischen Haushalt

Die Gesellschaft hat im Wirtschaftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von 430.000,00 € erwirtschaftet. Von dem erwirtschafteten Jahresüberschuss werden 300.000,00 € an die Gesellschafter ausgezahlt, somit aufgrund der Geschäftsanteile 150.000,00 € an die Stadt. Die Nettodividende nach Abzug aller Steuern beträgt 110.437,50 € (s. nachfolgende Tabelle).

Dividende für das Geschäftsjahr 2016	
Stand der Geschäftsanteile der Stadt Voerde am 01.01.2016	1.300.000,00 €
Dividende für das Geschäftsjahr 2016	150.000,00 €
./. Kapitalertragsteuer	37.500,00 €
./. Solidarzuschlag zur Kapitalertragsteuer	2.062,50 €
Nettodividende für das Geschäftsjahr 2015	110.437,50 €
Zu erwartende Erstattung von Kapitalertragsteuer und Solidarbeitrag	39.562,50 €



	Nettodividenden	Zuschüsse
2014	110.437,50	0,00
2015	110.437,50	0,00
2016	110.437,50	0,00



5.6 Auszug aus dem Wirtschaftsprüfungs- und Lagebericht der Wasserversorgung Voerde GmbH

Unternehmensaktivitäten

Rahmenbedingungen

Die Aufgabe der Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV) ist die Versorgung der Stadt Voerde mit Trinkwasser sowie der Erhalt und der Ausbau der dazu notwendigen Versorgungsanlagen. Basis für die Wasserversorgung in der Stadt Voerde ist der langfristig vereinbarte Konzessionsvertrag.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Voerde hält 50 % der Anteile an der WVV. 50 % der Anteile werden von der Gelsenwasser AG gehalten.

Betriebsführung

Die WVV verfügt über kein eigenes Personal. Die Gelsenwasser Energienetze GmbH (GWN) führt den technischen und kaufmännischen Betrieb des Gelsenwasser-Unternehmens mit eigenen Mitarbeitern und mit Unterstützung durch Mitarbeiter der Gelsenwasser AG auf Basis eines langjährigen Vertrags.

Durch die Zertifizierung der GWN gemäß DVGW-Arbeitsblatt W1000 ist die Erfüllung der angezeigten „Anforderungen an Trinkwasserversorgungsunternehmen“ sichergestellt.

Wasserversorgung

Die WVV versorgt rd. 8.700 Kunden mit Trinkwasser, wobei die Wasserverteilung über ein 212 km langes Versorgungsnetz erfolgt.

Die Belieferung der WVV mit Trinkwasser erfolgt ausschließlich durch die Gelsenwasser AG.

Im Berichtsjahr belief sich die Trinkwasserabgabe auf 2.00 Mio. m³ (Vorjahr: 2,03 Mio. m³). Davon entfielen auf Tarifkunden 1.61 Mio. m³ (Vorjahr: 1.59 Mio. m³) und auf Großkunden 0,39 Mio. m³ (Vorjahr: 0,43 Mio. m³).

Im Jahresverlauf 2016 ergab sich eine rechnerische Differenz zwischen gemessener Wasserbezugsmenge und abgabeseitig fakturierter Menge in Höhe von 0,33 Mio. m³ (14,2 %). Zur Ermittlung der Wasserverluste ist diese Differenz um die Mengen für Rohrnetzspülung, Löschwasserentnahmen und sonstigen Eigenverbrauch zu korrigieren. Die sich daraus ergebende spezifische Verlustrate (qVR) beträgt gemäß dem DVGW-Arbeitsblatt W 392 0, 1698 m³/(h*km).

Zum 01. Januar 2016 erfolgten keine Preisanpassungen.

Die Preise für Individualkunden wurden entsprechend den jeweiligen Preisvereinbarungen angeglichen.



Für das Jahr 2016 ergaben sich Umsatzerlöse mit Tarifkunden in Höhe von 4.365 T€ und mit Sonderkunden in Höhe von 505 T€. Insgesamt betragen die Haupterlöse 4.870 T€ (Vorjahr: 4.868 T€).

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Im Berichtsjahr wurde das Rohrnetz um 236 m erweitert; 2.660 m des Leitungsnetzes wurden erneuert. Zudem wurden 66 neue Hausanschlüsse hergestellt (Vorjahr: 48). Die Investitionen in Höhe von 847 T€ (Vorjahr: 786 T€) für das Jahr 2016 wurden aus der Innenfinanzierung gedeckt.

Gemessen an der Anlagenintensität sind 79,0 % (Vorjahr: 81,6 %) des Gesamtvermögens langfristig gebunden.

Finanzlage

Neben den eigenen finanziellen Mitteln sichert die Einbindung von WVV in den Cash-Pool des Gelsenwasser-Konzerns die Liquidität des Unternehmens.

Derivate Finanzinstrumente werden langfristig ausschließlich zur Aufhebung von Risiken aus Zinspositionen auf Basis des jeweiligen Grundgeschäfts eingesetzt.

Der Deckungsgrad zur Darstellung der fristenkongruenten Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens beträgt 51,9 % (Vorjahr: 49,9 %). Der Deckungsgrad für das langfristig gebundene Vermögen ist erwartungsgemäß weiterhin auf einem niedrigen Niveau, da die vertragsgemäße Restlaufzeit des langfristig aufgenommenen Darlehens weniger als 5 Jahre beträgt. Für die Refinanzierung des Darlehens werden frühzeitige Gespräche mit Kreditinstituten angestrebt.

Ertragslage

Im Jahr 2016 wurden die Tätigkeiten zur Substanzerhaltung des Wasserversorgungsnetzes fortgeführt. Dabei stehen den im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Instandhaltungsmaßnahmen höhere Investitionen gegenüber, die sich erst durch die Periodisierung über die Nutzungsdauer aufwandsmindernd auswirken. Das betriebliche Ergebnis liegt mit 994 T€ über dem Vorjahresergebnis. Nach Abzug von Zinsergebnis und Steuern liegt der Jahresüberschuss mit 430 T€ um 10 T€ über dem Vorjahreswert.

Aus dem erwirtschafteten Ergebnis lässt sich eine Gesamrentabilität nach Steuern von 5,5 % (Vorjahr: 5,5 %) ableiten.



Risikobericht und Prognose

Risikomanagement

Neben den organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und –instrumenten, den internen Kontrollmechanismen und Prüfungen sowie dem Controlling ist beim Betriebsführer GWN über die GELSENWASSER AG ein Risikomanagementsystem installiert. In diesem Zusammenhang wurde eine Aufnahme und Bewertung von Risiken sowie der Sicherungs- und Gegenmaßnahmen für die WVV durchgeführt.

Über den Betriebsführer werden regelmäßig latente Risiken identifiziert und analysiert sowie deren Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliche Schadenshöhe bestimmt. Dabei hat die Einrichtung von Sicherungssystemen zur Vermeidung von Risiken erste Priorität.

Risiken ergeben sich aus den allgemeinen Umfeld- und Betriebsbedingungen.

Die Sicherstellung der Liquidität wird durch die Einbindung in den Cash-Pool des GELSENWASSER-Konzerns und ein aktives Forderungsmanagement gewährleistet.

Aus heutiger Sicht sind für die WVV keine bestandsgefährdenden und sonstigen Risiken erkennbar, deren wirtschaftliche Auswirkungen im Eintrittsfall zu Illiquidität oder Überschuldung führen können.

Ausblick

Hauptaufgaben für die Zukunft bleiben weiterhin die Sicherung, der Ausbau und der Erhalt einer den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Wasserversorgung.

Für das Jahr 2017 sind Investitionen in Höhe von 1.090 T€ vorgesehen, die ausschließlich für die Erneuerung und die Erweiterung der Wasserversorgungsanlagen verwendet werden sollen.

Die Fortsetzung der notwendigen Rehabilitation von Wasserleitungen und Hausanschlüssen soll neben einer Verbesserung der Versorgungsverhältnisse hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Qualität auch eine Erhöhung der Nutzungsdauer der Leitungen bewirken. Zudem sollen diese Maßnahmen zur Senkung der Wasserverlustquote beitragen und diese auf niedrigem Niveau stabilisieren.

Die Unternehmensplanung zeigt für die Jahre 2017 und 2018 einen temporären Ergebnisrückgang, ab dem Jahr 2019 tritt jedoch ein deutliches Ergebniswachstum ein. Somit zeigt sich insgesamt eine konstante Ergebnisentwicklung und eine weiterhin stabile wirtschaftliche Lage. Für das Jahr 2017 wird ein Jahresüberschuss i. H. v. rd. 245 T€ erwartet. Die WVV sieht im Hinblick auf die Fortsetzung des Rehabilitationsprozesses des Rohrnetzes durch die Zusammenarbeit mit der GWN/Gelsenwasser AG und deren Know-how sehr gute Chancen, eine nachhaltig sichere und langfristig stabile Wasserversorgung in der Stadt Voerde zu erreichen.



5.7 Bilanz der Wasserversorgung Voerde GmbH

Aktivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.427,00				
II. Sachanlagen						
1. Rohrnetz	11.210.659,00		11.448.112,00		11.684.462,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	95.078,26	11.308.164,26	41.174,89	11.489.286,89		11.684.462,00
B. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	244.418,65		199.025,94		231.531,13	
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.340.506,58		970.976,87		940.988,39	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	180.500,19	1.765.425,45	179.272,74	1.349.275,55	249.754,84	1.422.274,36
II. Guthaben bei Kreditinstituten		1.215.178,49		1.211.977,16		1.251.204,44
		2.980.603,91		2.561.252,71		2.673.478,80
C. Rechnungsabgrenzungsposten		24.261,32		28.136,60		32.011,88
		14.313.029,49		14.078.676,20		14.389.952,68



Passivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00		2.600.000,00		2.600.000,00	
II. Gewinnrücklagen						
Andere Gewinnrücklagen	1.803.513,68		1.683.513,68		1.533.513,68	
III. Jahresüberschuss	430.000,00		420.000,00		450.000,00	
		4.833.513,68		4.703.513,68		4.583.513,68
B. Bau- u. Ertragszuschüsse		1.339.037,00		1.327.923,00		1.365.927,00
C. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen	-		18.208,00		18.208,00	
2. Sonstige Rückstellungen	253.917,85		206.130,31		220.346,89	
		253.917,85		224.338,31		238.554,89
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.669.378,22		7.669.378,22		7.757.576,07	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	204.115,06		147.509,66		429.057,95	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.319,69		216,21		3.135,31	
4. sonstige Verbindlichkeiten	10.747,99		5.797,12		12.187,78	
		7.886.560,96		7.822.901,21		8.201.957,11
		14.313.029,49		14.078.676,20		14.389.952,68



5.8 Gewinn- und Verlustrechnung der Wasserversorgung Voerde GmbH

	2016 €		2015 €		2014 €	
1. Umsatzerlöse		5.015.832,85		5.024.599,05		5.053.797,61
2. Sonstige betriebliche Erträge		11.523,19		14.881,73		3.524,43
3. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.629.137,66		-1.649.035,30		-1.569.459,84	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-498.894,35		-555.043,35		-570.138,76	
		-2.128.032,01		-2.204.078,65		-2.139.598,60
4. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	-6.190,20		-11.590,20		-10.210,65	
b) Soziale Abgaben	-867,33		-834,60		-669,37	
		-7.057,53		-12.424,80		-10.880,02
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		-1.022.689,33		-977.917,57		-956.266,59
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-875.282,39		-855.640,20		-896.314,56
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.193,53		3.093,51		5.364,20
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-350.761,74		-350.136,55		-349.951,07
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-214.726,57		-222.376,52		-259.675,40
10. Ergebnis nach Steuern		430.000,00		420.000,00		450.000,00
11. Sonstige Steuern		-		-		-
12. Jahresüberschüsse		430.000,00		420.000,00		450.000,00



6. DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Moltkestr. 8

46483 Wesel

Telefon: 0281 30 02 30 30

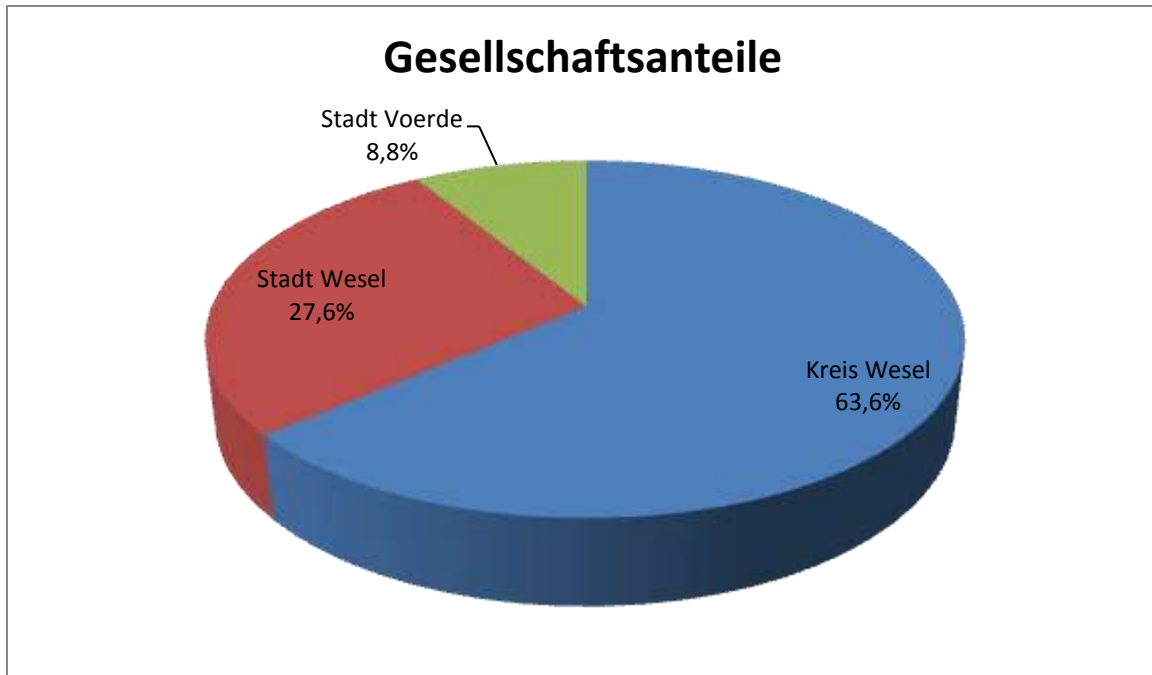
6.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Rechtsform	GmbH & Co. KG
Sitz	Wesel
Handelsregistereintragung	Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte beim Amtsgericht Duisburg unter HRB Nr. 11257 am 05.09.2012.
Gesellschaftsvertrag	vom 24. August 2012
Komplementärin	Persönlich haftende Gesellschafterin ist die DeltaPort Verwaltungs GmbH (Amtsgericht Duisburg HRB 24773), ohne Anteil am Festkapital

6.2 GmbH-Anteile und Gesellschafter der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Stammkapital: 1.000.000 €

Gesellschafter	Anteil in €	Anteil in %
Kreis Wesel	636.000	63,6
Stadt Wesel	276.000	27,6
Stadt Voerde	88.000	8,8



6.3 Zusammensetzung der Organe und Angaben gem. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 GO NW

Geschäftsführung

Stolte, Andreas
 Dipl.Wirtsch.-Ing.
 Bezüge Euro 74.666,67
 Tantieme Euro 18.666,67
 Gesamtsumme: Euro 93.333.34

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsvorsitzender

Borkes, Karl
 Kreiskämmerer
 Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Kiehlmann, Peter
 Verwaltungsangestellter
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 5.200,00

Franken, Heinz-Gerd
 Bergmann im Vorruhestand
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Lordick, Ulrich
 Angestellter
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Nabbefeld, Michael
 Krankenkassenbetriebswirt
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Kück, Hubert
 Lehrer
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.000,00



Devers, Josef
Sparkassenbetriebswirt
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.200,00

Kretz-Manteuffel, Rudolf
Rechtsanwalt
Sachk. Bürger
Euro 1.000,00

Trippe, Wilhelm
Rentner
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.200,00

Mölleken, Bert
Rechtsanwalt
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.152,00

Schmitz, Monika
Hausfrau
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.200,00

Kunstleben, Daniel
1. Beigeordneter der
Stadt Wesel
Euro 1.000,00

Drüten, Gerd
Hauptamtl. VHS Leiter
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.200,00

Brands, Reinhold
freiberuflicher Publizist
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Wagner, Sascha Heribert
Landesgeschäftsführer DIE LINKE.NRW
Kreistagsmitglied Kreis Wesel
Euro 1.000,00

Haubitz, Volker
Gymnasiallehrer i.R.
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Dr. Heß, Peter
Zweiter stellvertretender Bürgermeister
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.000,00

Paulik, Axel
prakt. Betriebswirt (KA)
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Hovest, Ludger
Rentner
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 2.142,00

Moll, Thomas
Dipl. Ingenieur
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Trittmacher, Helmut
Städtischer Oberverwaltungsrat
Ratsmitglied Stadt Wesel
Euro 1.200,00

Neßbach, Ulrich
Diplom-Gartenbauingenieur
Ratsmitglied Stadt Voerde
Euro 1.000,00

Garden, Christian
Dozent
Ratsmitglied Stadt Voerde
Euro 1.200,00



Langenfurth, Jan
 Bauingenieur
 Ratsmitglied Stadt Voerde
 Euro 1.500,00

Limke, Wilfried
 1. Beigeordneter der Stadt Voerde
 Euro 1.200,00

Strunk, Christian
 Mitglied der Geschäftsführung der
 Hülskens Holding GmbH & Co. KG
 Euro 600,00

Gesellschafterversammlung

Dr. Müller, Ansgar
 Landrat des Kreises Wesel
 Euro 5.200,00

Stellvertreter
 Borkes, Karl
 Kreiskämmerer
 Euro 600,00

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung

Berger, Frank
 Sozialversicherungsfachangestellter
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 5.200,00

Stellvertreter

Bovenkerk, Udo
 Bauingenieur
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 0,00

Piechula, Monika
 Angestellte
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 1.200,00

Stellvertreter
 Gerber-Weichelt, Gabriele
 Sparkassenbetriebswirtin
 Kreistagsmitglied Kreis Wesel
 Euro 200,00

Westkamp, Ulrike
 Bürgermeisterin der Stadt Wesel
 Euro 600,00

Stellvertreter
 Fritz, Paul-Georg
 Beigeordneter und Stadtkämmerer
 der Stadt Wesel
 Euro 800,00

Lantermann, Jürgen
 Polizeihauptkommissar
 Ratsmitglied der Stadt Wesel
 Euro 1.400,00

Stellvertreter
 Bothen, Franz
 Rentner
 Ratsmitglied der Stadt Wesel
 Euro 0,00



Hornemann, Ulla Pensionärin Ratsmitglied der Stadt Wesel Euro 1.800,00	Stellvertreter Hänel, Wolfgang IT-Verwaltungsangestellter Ratsmitglied der Stadt Wesel Euro 0,00
Haarmann, Dirk Bürgermeister der Stadt Voerde Euro 1.600,00	Stellvertreter Kaspar, Simone Beigeordnete und Stadtkämmerin der Stadt Voerde Euro 0,00
Buhren-Goch, Gisela Personalberaterin Ratsmitglied der Stadt Voerde Euro 1.400,00	Stellvertreter Weltgen, Stefan Leitender Angestellter Ratsmitglied der Stadt Voerde Euro 0,00
Hülser, Ingo Maschinenbautechniker Ratsmitglied der Stadt Voerde Euro 800,00	Stellvertreter Altmeppen, Bernd Journalist Ratsmitglied der Stadt Voerde Euro 600,00

Die Vergütungen von Bürgermeisterin Ulrike Westkamp und Bürgermeister Dirk Haarmann werden an die Kommune abgeführt.

6.4 Unternehmensgegenstand der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Gegenstand des interkommunalen Unternehmens ist

- die marktgerechte Bereitstellung und Entwicklung von Flächen und Infrastruktur im Bereich der Häfen und des Bahnbetriebs. Dazu gehört auch die Planung, Errichtung, Unterhaltung und Finanzierung der dazu notwendigen Anlagen.
- Gegenstand des Unternehmens ist auch die Umsetzung der Flächenentwicklung im Bereich der vorhandenen Betriebsstätten, deren Arrondierung und Optimierung in Vorbereitung auf die Ansiedlung attraktiver Gewerbebetriebe sowie die Entwicklung und Vermarktung der Flächen der Gesellschaft an hafenaffine Nutzer.



6.5 Belegschaft

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer belief sich auf 13 Gehaltsempfänger.

6.6 Darstellung des Geschäftsverlaufes einschließlich des Geschäftsergebnisses

Mit der Einbringung des Hafens Emmelsum und des Stadthafens Wesel sowie der Grundstücke der Stadt Wesel an der Betriebsstätte Rhein-Lippe-Hafen im August 2013, rückwirkend zum 01.01.2013, ist die DeltaPort GmbH & Co. KG für die Verwaltung und den Ausbau der Betriebsstätten Emmelsum, Rhein-Lippe-Hafen und Stadthafen Wesel zuständig.

Die DeltaPort GmbH & Co. KG ist eine rein kommunal beherrschte Gesellschaft. Gesellschafter sind der Kreis Wesel, die Stadt Wesel sowie die Stadt Voerde. Komplementärin ist die DeltaPort VerwaltungsgmbH.

Der trimodale (Wasser, Straße, Schiene) **Hafen Emmelsum** auf dem Gebiet der Stadt Voerde ist vornehmlich ein Umschlaghafen für Container und in geringerem Umfang für Stückgut. Er verfügt über eine eingehaute Saugvorrichtung für Schüttgüter zur Versorgung des Aluminiumwerkes sowie insgesamt 3 Portalkräne mit einer jeweiligen Tragfähigkeit von 50 Tonnen. Die Kräne werden von angesiedelten Unternehmen betrieben. Das Hafenbecken verfügt im Bereich der drei Krananlagen über Kai-mauern in einer Gesamtlänge von insgesamt 715 Metern. Das Sohlenniveau entspricht dem des Rheins, so dass jedes rheingängige Schiff den Hafen Emmelsum anlaufen kann. Die Größe des Hafenbeckens erlaubt 6er-Schubverbandseinheiten. Der Hafen Emmelsum hat eine Gesamtfläche von rd. 58 ha. Davon sind ca. 19 ha derzeit belegt. Der Standort verfügt über eine sofort nutzbare Ansiedlungsfläche von rd. 6 ha. Im Rahmen des Erweiterungsprojektes sollen zusätzliche Gewerbe-/Industrieflächen in einer Größenordnung von rd. 15 ha hergestellt werden.

Über die neugebaute Kreisstraße 12n (K12n) ist der Hafen ideal an das öffentliche Straßennetz (Bundesstraße B 8 und B 58, sowie die Bundesautobahnen BAB 3, BAB 31 und BAB 57) angebunden.

Ferner besitzt der Hafen Emmelsum eine eigene Schieneninfrastruktur mit einer Gesamtlänge von 13 Kilometern. Mit diesem Gleisanschluss wird das Hafensareal sowie das Gewerbegebiet Hünxebucholtswelmen über die Verbindungsstrecke Oberhausen-Spellen, unabhängig von der parallel verlaufenden Betuwe-Linie (Arnheim-Oberhausen) in Oberhausen an das Schienennetz der deutschen Bahn angeschlossen. Nach Anschluss an das dort neu eingerichtete elektronische Stellwerk ist künftig eine 24-stündige Befahrung der Verbindungsstrecke möglich.

Der **Rhein-Lippe-Hafen** liegt an der Einmündung des Wesel-Datteln-Kanals bei Rheinkilometer 813,4 komplett auf dem Gebiet der Stadt Wesel. Er hat die Funktion eines öffentlichen Industrie- und Umschlaghafens. Derzeit ist der Rhein-Lippe-Hafen für den Umschlag von Gefahr- und Massengütern, die schütt-, saug- und pumpbar gelöscht und verladen werden können, ausgelegt. Die Hafensflächen sind hochwasserfrei aufgeschüttet. Die Ufer sind über eine Länge von 1.650 Metern ausgebaut (Bö-



schung). Die Wasserfläche hat eine Größe von ca. 19 ha. Aufgrund der Wassertiefe von Pegelstand Wesel + 1,25 m können auch größere Schiffseinheiten den Hafen anlaufen.

Der Rhein-Lippe-Hafen ist über den Wesel-Datteln-Kanal und den Rheinstrom an das europäische Wasserstraßennetz angebunden. Über die neu angelegte Zufahrtsstraße hat der Hafen eine Verbindung mit der K12n und dem öffentlichen Straßennetz (Bundesstraßen B 8 und B 58 sowie den Bundesautobahnen BAB 3, BAB 31 und BAB 57). Über die in unmittelbarer Nachbarschaft bestehende Gleisinfrastruktur des Hafens Emmelsum kann ein Güterversand/-empfang abgewickelt werden. Der Hafen verfügt über Vermarktungsflächen von rd. 65 ha, von denen 20 ha sofort bebaubar sind.

Der ebenfalls trimodal angebundene Stadthafen ist ein Umschlagshafen für Agrargüter, Schütt- und Massengüter sowie Flüssiggüter.

Der **Stadthafen Wesel** verfügt über einen Mobilkran, eine Mineralölumschlagsanlage, Förderbänder sowie eine Sauganlage für Schüttgüter. Daneben wurde eine moderne, für die Salzverladung optimierte eingehauste Umschlagsanlage in Betrieb genommen. Ferner besitzt die Betriebsstätte eine sanierte Kaimauer mit einer Gesamtlänge von 815 Metern. Wie bei den übrigen Betriebsstätten existiert über die Bundesstraße 8 ebenfalls eine ideale Anbindung an das regionale und überregionale Verkehrsnetz. Der Stadthafen Wesel verfügt ferner wie der Hafen Emmelsum über eine eigene Schieneninfrastruktur mit einer Gesamtlänge von ca. 5 Kilometern. Die Anbindung an das deutsche Schienennetz erfolgt im Hauptbahnhof Wesel an die Schienenstrecke Oberhausen-Arnheim (Betuwe-Linie).

Für alle Betriebsstätten besteht eine gute Anbindung zu Flughäfen. In unmittelbarer Nähe befindet sich der Verkehrslandeplatz „Schwarze Heide“ in Hünxe. Die Flughäfen Düsseldorf, Köln/Bonn und Weeze sind ebenfalls schnell zu erreichen.

6.7 Unternehmensentwicklung

Öffentlicher Zweck der Hafengesellschaft ist aus dem Unternehmensgegenstand heraus die Entwicklung und der Ausbau der Hafenstandorte Emmelsum, Rhein-Lippe-Hafen Wesel sowie des Stadthafens Wesel. Dabei steht zum einen die Bestandssicherung der angesiedelten Unternehmen im Mittelpunkt. Zum anderen ist es Hauptaufgabe, die enormen Entwicklungspotentiale der Häfen zu heben und zu nutzen. Ziel ist es, Unternehmen anzusiedeln, die Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung für die Region generieren.

Um diese Ziele zu erreichen, wird es im Wirtschaftsjahr 2017 eine zentrale Aufgabe der Hafengesellschaft sein, die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Masterplan „Häfenkooperation NiederRhein“ fortzuführen.

Als eine der wichtigsten Maßnahmen aus dem Masterplan wurde in einem ersten Schritt durch Umwandlung der Rhein-Lippe-Hafen Wesel GmbH und Einbringung der Häfen Emmelsum und Stadtha-



fen Wesel die Gründung einer gemeinsamen leistungsfähigen Hafengesellschaft umgesetzt. Ziel ist es, diesen Gründungsprozess, der bereits weit fortgeschritten ist, abzuschließen. Mit der Gründung der gemeinsamen Hafengesellschaft ist es im Geschäftsjahr 2017 weiterhin eine Aufgabe, die Hafengesellschaft am Markt zu platzieren und in der Logistikbranche bekannt zu machen. In diesem Zusammenhang finden weitreichende und wirkungsvolle Marketingmaßnahmen statt. Des Weiteren werden verschiedene Möglichkeiten, Kooperationen mit Beteiligten der Logistikbranche sowie Häfen einzugehen, geprüft. Eine generell engere Zusammenarbeit mit den Häfen in NRW wird ebenfalls angestrebt und befindet sich in der Entwicklung. Mit dem Projekt DeltaPort 4.0 wird die Hafengesellschaft auf zukünftige Entwicklungen und Anforderungen vorbereitet und Maßnahmen entwickelt, den Hafenstandort dauerhaft attraktiv zu halten. Es finden ferner regelmäßig Gespräche mit potentiellen Ansiedlern und Investoren sowie ein reger Austausch mit bereits angesiedelten Unternehmen statt.

Darüber hinaus ist die Hafengesellschaft bestrebt, die Standortfaktoren an den Betriebsstätten zu verbessern. Hierzu werden entsprechende Themen aufgegriffen und bearbeitet (z.B. Breitbandversorgung, Angebot Schiffsausrüster uvm.).

In der Betriebsstätte Hafen Emmelum wird es in 2017 eine Hauptaufgabe sein, das Projekt Erweiterung Hafen Emmelum weiter voranzubringen, um zusätzliche Ansiedlungsflächen zu schaffen. Die Genehmigungsverfahren laufen und müssen auch im folgenden Geschäftsjahr intensiv bearbeitet bzw. begleitet werden.

Im Rhein-Lippe-Hafen Wesel soll der Bau einer Kaianlage am nördlichen Ufer vorangetrieben werden. Die hierfür notwendige Genehmigung liegt vor. Vorbereitende Arbeiten wurden im Jahr 2015 begonnen und ein Antrag auf Gewährung von Fördermitteln eingereicht, der voraussichtlich Anfang 2017 final positiv beschieden wird. Das notwendige Notifizierungsverfahren bei der europäischen Kommission wurde durchgeführt und mit positivem Ergebnis abgeschlossen. Ferner wird die Baureifmachung der übrigen nördlichen Gewerbe- und Industrieflächen weiter vorbereitet.

Die Firma Hegmann die Errichtung ihrer Betriebsanlagen abgeschlossen und den Geschäftsbetrieb aufgenommen. Die Betriebsanlagen der Firma GS-Recycling befinden sich weiterhin im Bau. Nach Abschluss des ersten Bauabschnitts in 2015 läuft die errichtete Kläranlage in der Erprobung. Im Geschäftsjahr 2016 wurde neben der Errichtung der Betriebsanlagen auch der Bau der Steigeranlage vorangetrieben und wird in 2017 weitergeführt.

Im Stadthafen Wesel ist die Sanierung der Kaimauer und der Bahnanlagen durch die Stadtwerke Wesel GmbH abgeschlossen. Die Übergabe erfolgte zum 01.07.2016. Durch die Fertigstellung der neuen Kai- und Gleisanlagen sind die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Umschlagsaktivitäten von Rhenus geschaffen worden.

Die von der Firma Hülskens Anfang 2015 in Betrieb genommene moderne Salzverladeanlage wird weiter stark frequentiert. Diese Entwicklung soll sich auch in 2017 fortsetzen. Durch die Übernahme eines bestehenden Erbbaurechtsvertrages hat die Firma HOMA ihre Geschäftstätigkeit auf den Stadthafen ausgedehnt. Seit 2016 werden veraltete Umschlagsanlagen abgerissen und durch leistungsfähigere ersetzt. Diese Arbeiten werden auch in 2017 fortgeführt. Der Erbbaurechtsvertrag mit



der Firma RWZ wurde vorzeitig beendet. RWZ wird in 2017 die maroden Betriebsanlagen auf eigene Kosten zurückbauen. Für die Dauer der Arbeiten ist ein Zeitraum von maximal zwei Jahren vorgesehen. Die Hafengesellschaft wird parallel Maßnahmen ergreifen, die freiwerdende Fläche an idealer Stelle im Stadthafen zeitnah zu vermarkten.

Neben den vorgenannten Hauptaufgaben sind in 2017 auch die üblichen, im Zusammenhang mit dem Betrieb einer Hafengesellschaft anfallenden Aufgaben zu bewerkstelligen.

6.8 Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2016 belaufen sich auf TEUR 1.936 (Vorjahr: TEUR 2.103). Davon entfallen TEUR 341 (Vorjahr: TEUR 346) auf Erbbauzinsen, TEUR 292 (Vorjahr: TEUR 288) auf Nutzungsentschädigungen und TEUR 1.276 (Vorjahr: TEUR 1.414) auf Hafententgelte.

6.9 Investitionen

Die Anlageninvestitionen belaufen sich auf TEUR 10.536 (Vorjahr: TEUR 1.988). Es handelt sich im Wesentlichen um Zugänge im Zusammenhang mit der Erweiterung des Hafen Emmelsum sowie mit dem Bau einer Kaianlage im Rhein-Lippe-Hafen Wesel.

6.10 Personal- und Sozialbereich

Im Personal- und Sozialbereich haben sich im Geschäftsjahr 2016 Veränderungen ergeben.

Die Hafengesellschaft beschäftigte zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres sieben Mitarbeiter/innen in der Geschäftsstelle in Vollzeit sowie fünf Hafenmeister in Vollzeit an den drei Betriebsstätten. Darüber hinaus bildet die Hafengesellschaft einen Auszubildenden zum Bürokaufmann aus. Die Ausbildung wurde zum Jahreswechsel 2015/2016 erfolgreich abgeschlossen, so dass eine Übernahme erfolgte. Eine Auszubildende für den Beruf der Kauffrau für Büromanagement hat in 2015 ihre Ausbildung begonnen.

Nach Umwandlung der Rhein-Lippe-Hafen GmbH in die DeltaPort GmbH & Co. KG in 2012 erfolgte die Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers zu Beginn des Jahres 2013. Der bisherige Geschäftsführer verließ auf eigenen Wunsch das Unternehmen zum 31.03.2016. Bis zur Anstellung eines neuen Geschäftsführers wurde ein Interimsgeschäftsführer für den Zeitraum 01.04.2016 bis 31.05.2016 berufen. Zum 01.06.2016 nahm der neue hauptamtliche Geschäftsführer seine Tätigkeit auf.

Zur Aufgabenwahrnehmung in der Geschäftsstelle wurden der Hafengesellschaft in 2013 zwei Bedienstete des Kreises Wesel befristet zugewiesen. Darüber hinaus erfolgte 2013 die Anstellung von zwei zusätzlichen Mitarbeiterinnen zur Ergänzung des Personalstammes. Da der für technische Aufgaben zuständige Bedienstete des Kreises Wesel Ende 2013 in den Ruhestand ging, wurde im No-



vember ein Ingenieur als Nachfolger angestellt. In 2015 erfolgte die Anstellung eines weiteren technischen Mitarbeiters. Durch Einbringung des Hafens Emmelsum sowie des Stadthafens Wesel erhöhte sich die Zahl der Hafenmeister auf fünf. Für die Dauer der Sanierungsarbeiten der Kai- sowie der Bahnanlagen im Stadthafen übernehmen die Stadtwerke Wesel GmbH die Personalkosten der beiden dort tätigen Hafenmeister zur Hälfte. Diese Vereinbarung endete mit Übernahme der sanierten Kai- und Gleisanlagen im Stadthafen zum 01.07.2016. Neben den fest angestellten Mitarbeitern/innen beschäftigt die DeltaPort GmbH & Co. KG für eine befristete Zeit einen freien Mitarbeiter.

Aufgrund der begonnenen und geplanten Entwicklungsprojekte der einzelnen Hafenstandorte und dem damit verbundenen Aufgabenzuwachs sind in 2017 weitere Änderungen im Personalbereich möglich.

6.11 Darstellung der Lage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf TEUR 33.086, davon entfallen auf das Anlagevermögen TEUR 31.710 und auf das Umlaufvermögen TEUR 1.085. Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 19.755. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die Eigenkapitalquote nunmehr 59,71 %.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 über die vorhandenen Bankguthaben sowie durch die Gewährung eines Liquiditätsdarlehens eines Gesellschafters jederzeit sichergestellt.

Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag 2016 beläuft sich auf TEUR -253.



6.12 Vermögenstruktur

	2016 TEUR	%	2015 TEUR	%	+/- TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	0	1	0	4
Sachanlagen	31.704	96	21.521	94	10.186
Finanzanlagen	2	0	2	0	0
Langfristig gebundenes Vermögen	31.711	96	21.521	94	10.190
Vorräte	2	0	2	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	604	2	881	4	-277
Forderungen im Verbundbereich	248	1	248	1	0
Sonstige Vermögensgegenstände	64	0	74	0	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	291	1	320	1	-29
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.209	4	1.525	6	-316
Liquide Mittel	63	0	31	0	32
	32.983	100	23.077	100	9.906

6.13 Kapitalstruktur

	2016 TEUR	%	2015 TEUR	%	+/- TEUR
Kapitalanteil/e abzgl. nicht angeforderter Pflichteinlagen	1000	3	1000	4	0
Rücklagen	18.873	57	18.873	83	0
Bilanzverlust/-gewinn	-228	-1	135	1	-363
Eigenkapital/Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag/Kapitalanteil/e abzgl. nicht eingeforderter Pflichteinlagen	19.645	59	20.008	88	-363
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.674	23	0	0	7.674
Langfristige Verbindlichkeiten im Verbundbereich	0	0	500	2	-500
Langfristiges Fremdkapital	7.674	23	500	2	7.174
Mittelfristige Sonstige Rückstellungen	434	1	434	2	0
Mittelfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.004	3	0	0	500
Mittelfristige Verbindlichkeiten im Verbundbereich	500	2	0	0	500
Mittelfristiges Fremdkapital	1.938	6	434	2	1.504
Steuerrückstellungen	44	0	59	0	-15
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	188	1	46	0	142
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.526	5	533	2	993
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	903	3	424	2	479
Kurzfristige Verbindlichkeiten im Verbundbereich	1.276	4	1.009	4	267
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	-211	-1	64	0	-275
Kurzfristiges Fremdkapital	3.726	12	2.135	8	1.591
	32.983	100	23.077	100	9.906



Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 9.906 (= 42,9 %) auf TEUR 32.983 wesentlich erhöht. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen in Anlagevermögen. Demgegenüber kam es zu einer Minderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 277 (= 31,4 %).

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich von 93,3 % in 2015 auf 96,1 % im Geschäftsjahr 2016 unwesentlich erhöht.

Die Veränderungen der Sachanlagen (Erhöhung um TEUR 10.186) resultieren im Wesentlichen aus der Übernahme der sanierten Kaimauer einschließlich Hafenbahn des Stadthafens mit einem Gesamtvolumen von TEUR 9.064. Weiterhin wurden Investitionen in die Westerweiterung des Hafens Emmelsum (TEUR 989) sowie des Rhein-Lippe-Hafens (TEUR 434) getätigt. Zusätzlich erfolgte die Erneuerung eines Bahnübergangs am Schied (TEUR 58).

Die Minderung der Forderungen (um TEUR 277) resultiert aus der Stichtagsbezogenheit des Abschlusses. Die Forderungen im Verbundbereich betreffen Rückforderungen an die Gesellschafter aufgrund gezahlter Kapitalertragsteuern.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (TEUR 291) beinhaltet im Wesentlichen abgegrenzte Investitionszuschüsse zu einem Portalkran.

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist um TEUR 363 (= 1,8 %) auf TEUR 19.644 leicht gefallen. Die Verringerung resultiert aus dem Jahresfehlbetrag 2016 (TEUR -363).

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt zum Abschlussstichtag 59,6 % (Vorjahr: 86,7 %) des insgesamt wesentlich erhöhten Gesamtkapitals.

Nach Angaben der Geschäftsführung der Gesellschaft wird gemäß der derzeitigen Planung für 2017 erneut mit einem Jahresfehlbetrag gerechnet.

Der Gesellschafter Kreis Wesel hat DeltaPort ein zum 31.12.2020 endfälliges Darlehen über TEUR 500 gewährt. Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein weiteres Darlehen über 770 TEUR gewährt, welches eine Laufzeit von einem Jahr hat. Die Laufzeit verlängert sich ohne Kündigung um jeweils ein Jahr.



Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich in Kennzahlen wie folgt dar:

	<u>2016</u>	<u>2015</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>
Sachanlagenintensität in %	96,1	93,2	93,5	91,8
<u>Sachanlagen * 100</u>				
Gesamtkapital				
Umschlagshäufigkeit der Forderungen	3,2	2,4	2,2	2,2
<u>Umsatzerlöse</u>				
Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen				
Eigenkapitalquote in %	59,7	86,7	93,5	94,7
<u>Eigenkapital</u>				
Gesamtkapital				

1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf TEUR 32.975, davon entfallen auf das Anlagevermögen TEUR 31.710 und auf das Umlaufvermögen TEUR 974.

Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 19.644. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die Eigenkapitalquote nunmehr 59,58 %.



2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 21 zur Kapitalflussrechnung mit entsprechenden Vorjahresausweis erstellt:

	TEUR	2016 TEUR	2015 TEUR
Periodenergebnis	-363		232
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	345		254
+ Zunahme der Rückstellungen	127		17
+ / - Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	2		-2
+ / - Abnahme/Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	324		-128
+ Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	695		346
+ Zinsaufwendungen	119		18
= Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		1.249	737
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6		0
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0		2
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-10.530		-1.998
= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit		-10.536	
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	8.925		700
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-233		0
- gezahlte Zinsen	-119		-18
= Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit		8.573	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds		-714	-567
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-502		65
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode		-1.216	
+ Zahlungsmittel		63	31
- Jederzeit fällige Bankverbindlichkeiten		-1.279	-533
		-1.216	-502

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 über die vorhandenen Bankguthaben sowie durch die Gewährung eines Liquiditätsdarlehens eines Gesellschafters jederzeit sichergestellt.



3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

	2016 TEUR	%	2015 TEUR	%	+ / - TEUR	%
Umsatzerlöse	1.937		2.104		-167	-8
Andere aktivierte Eigenleistungen	75		154		-79	-51
Betriebsleistung	2.012	100	2.258	100	-246	-11
Materialaufwand	-307	-15	-330	-15	23	7
Personalaufwand	-939	-47	-811	-36	-128	-16
Abschreibungen	-345	-17	-254	-11	-91	-36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-762	-38	-654	-29	-108	-17
Sonstige Steuern	-14	-1	-42	-2	28	67
Betriebsaufwand	-2.367	-118	-2.091	-93	-276	-13
Sonstige betriebliche Erträge	89	4	105	5	-16	-15
Betriebsergebnis	-266	-14	272	12	-538	-<-100
Finanz- und Beteiligungsergebnis	-119		-18		-101	
Ergebnis vor Ertragsteuern	-385		254		-639	
Ertragsteuern	22		-22		44	
Jahresergebnis	-363		232		-595	

Die Betriebsleistung der Gesellschaft hat sich gegenüber 2015 um TEUR 246 (=10,9 %) auf TEUR 2.012 vermindert. Ursächlich hierfür sind insbesondere die Minderung der Hafentgelt um TEUR 139 sowie der aktivierten Eigenleistung um TEUR 79.

Der Materialaufwand TEUR 307 hat einen Anteil von 15,4 % der Betriebsleistung und besteht im Wesentlichen aus bezogenen Leistungen für Infrastruktur.

Der Personalaufwand TEUR 939 hat einen Anteil von 47,0 % der Betriebsleistung und hat sich gegenüber dem Vorjahr planmäßig erhöht (Zunahme um TEUR 128 oder 15,8 %). Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus Neueinstellungen im Jahr 2015, welche sich im Jahr 2016 erst in voller Höhe ausgewirkt haben, sowie die Übernahme eines Auszubildenden Anfang 2016. Daneben haben tarifliche Höhergruppierungen und Steigerungen Auswirkungen auf die Personalkosten.

Bei den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände TEUR 345 handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen, die im Wesentlichen Abschreibungen auf Infrastrukturvermögen darstellen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 762 haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 108 (= 16,6 %) erhöht. Sie betreffen im Berichtsjahr insbesondere Rechts- und Beratungskosten TEUR 217, Öffentlichkeitsarbeit TEUR 62, Fremdarbeiten TEUR 81 sowie Raummieten TEUR 58.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zu 2015 um TEUR 538 auf TEUR -266 verschlechtert.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der aufgenommenen Darlehen um TEUR 101 verschlechtert (TEUR – 119, Vorjahr: TEUR -18).



Insgesamt ergibt sich in 2016 ein Jahresfehlbetrag von TEUR -363 (Vorjahr: Jahresüberschuss von TEUR 232); das Jahresergebnis hat sich somit gegenüber dem Vorjahr stark verschlechtert (um TEUR 595).

Die Ergebnisstruktur stellt sich in Kennzahlen wie folgt dar:

	2016	2015	2014	2013
Umsatzrentabilität in % Ergebnis vor Ertragsteuern u. <u>Zinsaufwand lt. GuV * 100</u> Umsatzerlöse	-13,7	12,9	1,7	-8,9
Eigenkapitalrentabilität in % <u>Ergebnis nach Ertragsteuern * 100</u> Eigenkapital	- 1,8	1,2	0,2	-0,6
Gesamtkapitalrentabilität in % Ergebnis vor Ertragsteuern u. <u>Zinsaufwand lt. GuV * 100</u> Gesamtkapital	-0,8	1,2	0,1	-06
Materialintensität in % <u>Materialaufwand * 100</u> Gesamtleistung	14,6	14,9	19,7	18,9
Personalintensität in % <u>Personalaufwand * 100</u> Gesamtleistung	44,7	34,3	44,9	39,3

6.14 Risikobericht und Prognosebericht

In 2009 wurde ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Das Risikofrüherkennungssystem wird bedarfsmäßig in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben und grundlegend überarbeitet, um die Aussagekraft des Berichtes zu erhöhen. Die Ergebnisse fließen in die nachstehende Darstellung der Chancen und Risiken im Rahmen des Risikoberichtes durch die Geschäftsführung mit ein.

Eine Überarbeitung erfolgte nach Einbringung der Häfen Emmelum und Stadthafen Wesel sowie der Grundstücke der Stadt Wesel Ende 2013. Zum 31.12.2016 erfolgte eine Aktualisierung des Risikoberichts.



1. Risikobericht

Unternehmensstruktur

Ein möglicher Verlust der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DeltaPort GmbH & Co. KG wird als relativ niedrig eingestuft. Das Beteiligungscontrolling der Gesellschafterkommunen Kreis Wesel, Stadt Wesel und Stadt Voerde beobachten die Entwicklung der DeltaPort GmbH & Co. KG kontinuierlich. Aufwendungen in größerem Rahmen entstanden im Jahr 2013 durch die Neugründung der Hafengesellschaft. Weiterhin werden in den drei Hafengebieten ab 2014/2015 größere Investitionen für die Herstellung der Erweiterungsfläche Emmelsum und den Bau einer Kaianlage am Nordufer des Rhein-Lippe-Hafen Wesel getätigt. Darüber hinaus erfolgt die Übernahme der Finanzierungsverpflichtungen nach Fertigstellung der Sanierungsarbeiten an den Kai- und Bahnanlagen im Stadthafen Wesel. Der Eintritt eines Schadens der Gesellschaft aufgrund genannter Investitionen wird als möglich eingestuft. Ohne Investitionen könnten die Flächen jedoch nicht der Vermarktung zugeführt bzw. nicht weiter genutzt werden. Gespräche bezüglich Fördermittel und Verhandlungen über günstige Kredite laufen. Die Möglichkeit der Risikobeeinflussung wird aufgrund der vorliegenden rechtlichen Gestaltung als hoch angesehen.

Organisation

Auch Organisationsrisiken werden aufgrund einer guten Aufbau- und Ablauforganisation, funktionierender interner Kontrolle im Team, der Tätigkeit der Überwachungsorgane für unwahrscheinlich und in ihrer Höhe für niedrig gehalten. Daneben finden regelmäßig Prüfungen durch Dritte im Bereich der Auf- und Ablauforganisation statt (Jahresabschlussprüfung). Die Möglichkeit der Risikobeeinflussung wird als hoch angesehen.

Infrastruktur

Als mögliche Risiken mit hohem Schadenspotential im Zusammenhang mit der Infrastruktur werden die Ausübung von Heimfallansprüchen durch den Hafen bei Beendigung bestehender Erbbaurechte oder durch Zeitablauf, Verkehrssicherungspflichten für den Hafen, Verletzung der Brandschutzbestimmungen oder die Verletzung des Gewässerschutzes gesehen. Diese Risiken sind grundsätzlich durch Verlagerung auf Dritte (z.B. Hafennutzer, Ansiedler, Versicherungen) durch vertragliche Vereinbarungen und die Versicherung verbleibender Risiken beeinflussbar und deren Eintrittswahrscheinlichkeit begrenzt.

Im Rahmen der Gründung der Hafengesellschaft sind allerdings auch bestehende Altverträge auf die DeltaPort GmbH & Co. KG übergegangen, bei deren Abschluss die o.a. Risiken nicht oder lediglich im begrenzten Umfang geregelt wurden. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme durch die DeltaPort GmbH & Co. KG sind bei bestehenden Vertragsverhältnissen entsprechend eingeschränkt. Eine Pflicht zur Bildung von Rückstellungen, um finanzielle Auswirkungen eines Schadenseintritts abfedern zu können, besteht nicht. Rückstellungen auf freiwilliger Basis sind rechtlich ebenfalls nicht möglich, so



dass sich bei Eintritt eines Schadens in Zukunft Auswirkungen mit hohem Schadenspotential auf die Hafengesellschaft ergeben können. Eine Minimierung der Risiken kann in diesen Fällen nur sukzessive im Rahmen von Vertragsanpassungen erfolgen. Gleichwohl wird von der DeltaPort GmbH & Co. KG geprüft, inwieweit die bestehenden Vertragsregelungen zu anderen Sachverhalten (bspw. Instandhaltungsverpflichtung baulicher Anlagen) dazu dienen können, die vorgenannten Risiken zu verringern.

Beschaffung

Aufgrund einer guten Beschaffungsorganisation werden die Risiken als gering und unwahrscheinlich eingestuft. Durch Verlagerung von Risiken auf Lieferanten bestehen sehr große Chancen, die Risiken zu minimieren.

Vertrieb

Vertriebsrisiken werden in Investitionen gesehen, die unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlich wünschenswerten Ansiedlung von weiteren Hafennutzern getätigt werden, die dann jedoch aufgrund möglicher Änderungen im Nachfrageverhalten nicht im geplanten Maße ausgelastet werden. Dabei könnten die Schäden eine erhebliche Höhe erreichen. Außerdem können Risiken durch Wegfall und mangelnder Bonität von Hafennutzern eintreten. Der Eintritt eines solchen Falles wird für möglich gehalten. Es bestehen zwar durch genaue Marktbeobachtung, Planungsrechnungen und Einschaltung externer Experten und die entsprechende Ausgestaltung von Verträgen mit ansässigen und potentiellen Ansiedlern Möglichkeiten der Risikobeeinflussung. Letztendlich lassen Bedarfsänderungen sowie tiefgreifende wirtschaftliche Entwicklungen (Wirtschaftskrisen) sowie die Änderung der Geschäftsstrategien von angesiedelten Unternehmen und potentiellen Kunden sich aber nicht beeinflussen. Im Übrigen müssen zur Ansiedlung meist „Vorleistungen“ erbracht werden, deren Nutzen erst im längerfristigen Geschäftsverlauf ersichtlich wird, so dass ein erhebliches wirtschaftliches Risiko verbleibt.

Umwelt

Die Umweltrisiken sind teilweise bereits in anderen Risikobereichen aufgeführt und bewertet (Infrastruktur, Recht, Versicherungen). Obwohl das Schadenspotential bei Umweltrisiken hoch sein kann, wird die Wahrscheinlichkeit für einen Eintritt als gering eingestuft. Der Eintritt eines Schadens durch den Betrieb der angesiedelten Firmen wird als möglich eingestuft. Die Risikoabsicherung wurde vertraglich auf die Unternehmen abgewälzt. Weiterhin besteht die Möglichkeit von Änderungen im Umweltrecht, die ggf. den Vertrieb beeinflussen. Der Eintritt dieser Risiken, mit gegebenenfalls hohem Schadenspotential, wird als möglich eingestuft. Eine Risikobeeinflussung ist nur in geringem Umfang möglich.



Recht

Trotz sorgfältiger Kenntnis von Rechtsvorschriften können durch neue Rechtsgrundlagen, Gesetzesänderungen und Rechtsfolgen aus Grundsatzurteilen in der Rechtsprechung, insbesondere im Bereich des Steuerrechts und der Hafensicherheit, erhebliche nicht vorhersehbare Risiken für den Hafen oder die Hafennutzer und Ansiedler entstehen. Daneben kann auch die Einführung neuer sowie die Erweiterung umweltrechtlicher Vorschriften ein erhebliches Risiko darstellen. Die Geschäftsführung versucht diese Risiken durch regelmäßige Einholung von Informationen und ggf. durch die Inanspruchnahme von externen Fachleuten zu verringern.

Personal

Risiken im Bereich des Personals werden als gering eingestuft. Das Personal der DeltaPort GmbH & Co. KG kann je nach Geschäftsverlauf kurzfristig aufgestockt werden.

Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage

Aufgrund der guten Planungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragssituation der Hafengesellschaft werden hier relativ geringe Risiken gesehen.

Versicherungen

In der Vergangenheit sind nur kleine Schäden, die durch die Versicherung reguliert wurden, entstanden. Grundsätzlich sind zwar hohe Schäden möglich, aber dafür besteht nur eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit, wobei eine hohe Chance der Risikobeeinflussung gegeben ist.

2. Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan 2016 wurde für die gemeinsame Hafengesellschaft mit den drei Standorten Rhein-Lippe-Hafen, Hafen Emmelsum und Stadthafen aufgestellt.

Nach diesem Wirtschaftsplan wird ein negatives Jahresergebnis erwartet. Der prognostizierte Verlust hat seine Ursache unter anderem in geplanten Zinsaufwendungen für die Finanzierung der Erweiterungsprojekte.

Nach Abschluss der Sanierung der Kaimauer im Stadthafen zum 01.07.2016 liegen nunmehr gute Voraussetzungen für eine Steigerung der Umschlagmengen und eine damit verbundene Verbesserung der Erlössituation im Stadthafen vor. Die Vermarktungsaktivitäten wurden dahingehend intensiviert, um eine positive Entwicklung einzuleiten.



Des Weiteren beeinflussen Aufwendungen im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der DeltaPort GmbH & Co. KG, das Projekt Erweiterung Hafen Emmelsum sowie der Bau einer Kaianlage am nördlichen Ufer des Rhein-Lippe-Hafen Emmelsum den Geschäftsverlauf in den kommenden Geschäftsjahren maßgeblich, da sowohl für die Herstellung der Erweiterungsflächen im Hafen Emmelsum als auch für den Bau einer Kaianlage im Rhein-Lippe-Hafen Wesel größere Investitionen zu tätigen sind. Dies gilt auch für die baureif zu machenden Gewerbe- und Industrieflächen auf den nördlichen Flächen im Rhein-Lippe-Hafen Wesel.

Mit der Firma Hegmann wurde 2014 ein Vertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Schwergutterinals abgeschlossen. Die Betriebsanlagen wurden zwischenzeitlich errichtet. Im Zuge der Herstellung der Kaianlage sollen diese um ein Schwergutterterminal erweitert werden. Darüber hinaus sind die Bauarbeiten zur Errichtung der Betriebsanlagen von GS-Recycling weit fortgeschritten. In 2017 soll insbesondere der Bau der Rohrleitungstrasse sowie des Anlegesteigers vorangetrieben werden.

Die Arbeiten zur Reaktivierung des Containerterminals der Firma Contargo auf der Westseite des Hafens Emmelsum haben begonnen und sind weit fortgeschritten. Es entsteht dort das derzeit modernste Terminal des kombinierten Verkehrs an der Rheinschiene. Zum Ende des ersten Quartals 2017 ist der operative Umschlagbetrieb geplant.

Im Stadthafen wird RWZ vereinbarungsgemäß die maroden Betriebsanlagen in 2017 zurückbauen und die freigewordenen Grundstücke an die Hafengesellschaft geräumt übergeben. Maßnahmen zur direkten Wiedervermarktung wurden bereits eingeleitet und werden intensiv fortgeführt, um eine möglichst lückenlose Nutzung der in bester Lage befindlichen Fläche zu gewährleisten.

Die Firma HOMA hat durch Übernahme eines bestehenden Erbbaurechtsvertrages der Firma UFOK ihre Geschäftstätigkeit auf den Stadthafen ausgedehnt. Durch die Modernisierung der Verladeanlagen und Vergrößerung der Umschlagkapazitäten sollen die Umschlagaktivitäten gesteigert werden.

Daneben soll die gemeinsame Hafengesellschaft eine optimale Entwicklung der Hafenstandorte gewährleisten und durch den Ausbau der Häfen sowie die Vermarktung der Gewerbe- und Industrieflächen einen positiven Geschäftsverlauf sicherstellen. Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit gleichbleibenden bzw. leicht steigenden Umschlagsmengen gerechnet.

Sonstige Angaben

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres ergeben.



6.15 Bilanz der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

Aktiva	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.180,81	5.180,81	563,21	563,21	1.163,51	1.163,51
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16.440.240,06		16.565.649,06		15.434.799,71	
2. Infrastrukturvermögen Häfen	11.795.027,44		2.871.793,67		2.977.813,67	
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.183,00		1.383,00		0	
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	80.114,23		88.869,88		90.705,00	
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.386.933,29		1.989.637,16		1.280.088,55	
		31.703.498,02		21.517.332,77		19.783.406,93
III. Finanzanlagen						
• Beteiligungen	1.636,13		1.636,13		1.636,13	
		1.636,13		1.636,13		1.636,13
		31.710.314,96		21.519.532,11		19.786.206,57
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
• Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.162,06		2.178,87		8.828,41	
		2.162,06		2.178,87		8.828,41
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
• Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	735.966,22		881.385,63		742.948,61	
• Forderungen gegen Gesellschafter	247.584,62		247.584,62		247.584,62	
• Sonstige Vermögensgegenstände	56.785,81		74.471,65		49.514,13	
		908.555,69		1.203.441,90		1.040.047,36
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten						
		63.321,07		30.738,01		64.815,70
		1.019.295,99		1.236.358,78		1.113.691,47
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
		290.599,55		319.683,72		348.385,16
		33.085.693,63		23.075.574,61		21.248.283,20



Passiva	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Eigenkapital						
I. Kapitalanteile		1.000.000,00		1.000.000,00		1.000.000,00
II. Rücklagen		18.872.655,69		18.872.655,69		18.872.655,69
III. Gewinn-/Verlustvortrag		135.076,67		-96.486,82		-126.852,98
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-252.619,12		231.562,82		
		19.755.113,24		20.007.732,36		
						30.366,83
B. Rückstellungen						19.776.169,54
1. Steuerrückstellungen	43.797,44		58.930,51		36.895,51	
2. Sonstige Rückstellungen	622.117,74		480.095,94		484.900,00	
		665.915,18		539.026,45		521.795,51
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.203.813,25		532.580,74		0,00	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen						
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 423.810,32 (Vj. EUR 171.644,97)	903.114,95		423.810,32		171.644,97	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.508.608,97 (Vj. EUR 224.045,07)	1.275.950,00		1.508.608,97		724.045,07	
4. Sonstige Verbindlichkeiten						
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 63.118,88 (Vj. EUR 54.628,11)						
davon aus Steuern: EUR 8.956,61 (Vj. EUR 13.783,00)						
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 688,72 (Vj. EUR 110,50)	279.151,01		63.118,88		54.628,11	
		12.662.029,21		2.528.118,91		950.318,15
D. Rechnungsabgrenzungsposten		2.636,00		696,89		0,00
		33.085.693,63		23.075.574,61		21.248.283,20



6.16 Gewinn- und Verlustrechnung der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel

	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
1. Umsatzerlöse		2.047.222,88		2.103.249,71		1.611.518,61
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		74.631,38		153.717,29		131.751,09
3. Gesamtleistung		2.121.854,26		2.256.967,00		1.743.269,70
4. Sonstige betriebliche Erträge		88.776,73		105.380,55		183.987,49
		88.776,73		105.380,55		
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-16,81		-8.169,24		-1.181,25	
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	-306.864,16	-306.880,97	-321.518,24	-329.687,48	-360.179,05	-361.360,30
		1.903.750,02		2.032.660,07		1.565.896,89
6. Rohergebnis						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	-763.559,66		-652.896,62		-693.631,44	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-174.981,74		-157.792,03		-131.209,69	
davon für Altersversorgung: EUR 0,00 (Vj. EUR 12.632,34)		-938.541,40		-810.688,65		824.841,13
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-345.121,43	-345.121,43	-254.312,09	-254.312,09	-259.787,08	-259.787,08
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-761.785,37		-653.502,45		-453.506,36
		-761.785,37		-653.502,45		
10. Betriebsergebnis		-252.438,48		314.156,88		27.762,32
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		47,05		30,00		6.109,68
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-119.298,06		-18.092,36		-1.748,67
13. Finanzergebnis		-119.251,01		-18.062,36		4.361,01
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-22.032,38		-22.042,91		3.975,00
		-22.032,38		-22.042,91		
15. Ergebnis nach Steuern		-238.916,81		-42.488,79		
16. Sonstige Steuern		-13.702,31		-64.531,70		-5.731,50
17. Jahresfehlbetrag/-überschuss		--252.619,12		231.562,82		30.366,83



7. DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel

7.1 Darstellung des Geschäftsverlaufes einschl. des Geschäftsergebnisses

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich auf die Übernahme der Funktion der persönlich haftenden Gesellschafterin und Geschäftsführung bei der DeltaPort GmbH & Co. KG ausgerichtet. Eine operative Geschäftstätigkeit übt die GmbH nicht aus.

7.2 Darstellung der Lage

Ausgestattet ist die Gesellschaft mit einem Stammkapital in Höhe von EUR 25.000,00, welches in voller Höhe eingezahlt ist. Sie hat im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresfehlbetrag von EUR 3.330,01 erzielt. Dabei werden die laufenden Verwaltungsausgaben der Gesellschaft aus der Haftungsvergütung bestritten, die sie von der DeltaPort GmbH & Co.KG erhält.

7.3 Risiko- und Prognosebericht

Die Entwicklung der Gesellschaft ist ausschließlich abhängig vom Geschäftsverlauf der DeltaPort GmbH & Co.KG, Wesel. Insoweit wird auf den Lagebericht der Kommanditgesellschaft verwiesen.

7.4 Sonstige Angaben

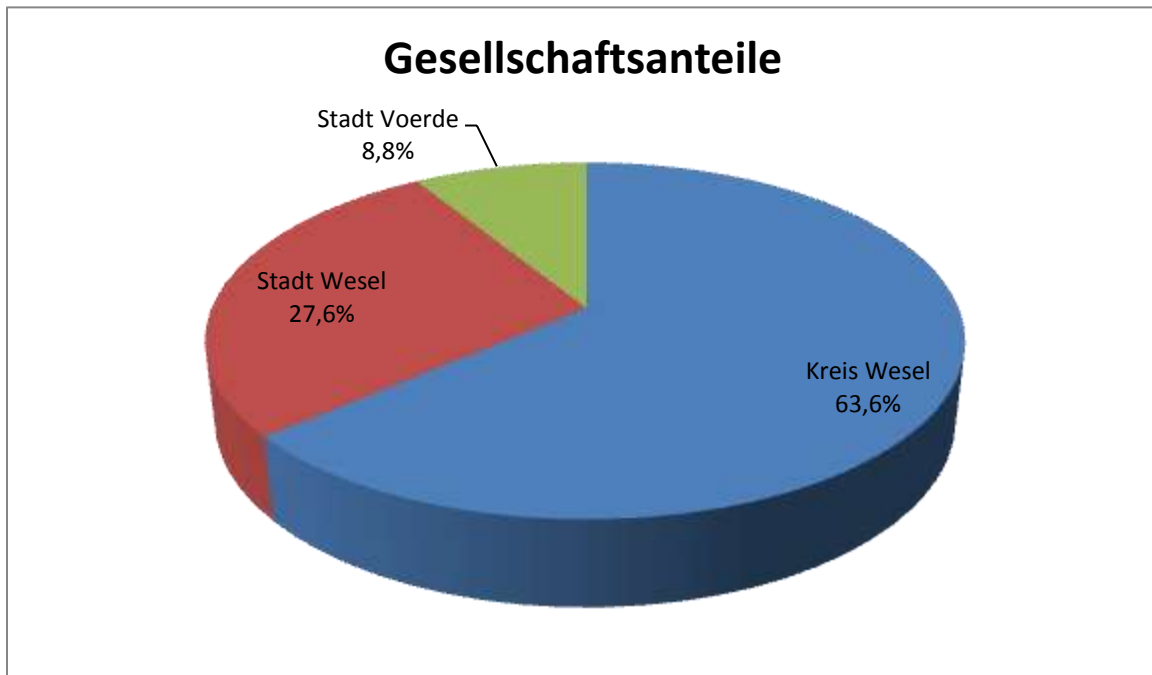
Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres ergeben.



7.5 Rechtliche Grundlagen

Regelungen im Gesellschaftsvertrag bezüglich der Organe der Gesellschaft und anderer rechtlicher Grundlagen zeigt der folgende Überblick:

Firma	DeltaPort VerwaltungsGmbH
Sitz	Wesel
Gesellschaftsvertrag	vom 24. August 2012
Handelsregister	Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte beim Amtsgericht Duisburg unter HRB Nr. 24773. Tag der Eintragung 28. August 2012.
Gegenstand des Unternehmens	Geschäftsführung der DeltaPort GmbH & Co. KG als deren persönlich haftende Gesellschafterin.
Stammkapital	Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € (§ 3 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages).
Kapitalverhältnisse	Die Gesellschaftsanteile verteilen sich auf die einzelnen Gesellschafter im Berichtsjahr wie folgt:
	Kreis Wesel 15.900,00 € 63,60 %
	Stadt Wesel 6.900,00 € 27,60 %
	Stadt Voerde <u>2.200,00 €</u> <u>8,80 %</u>
	<u>25.000,00 €</u> <u>100,00 %</u>



Geschäftsjahr

Kalenderjahr (§ 4 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages)

Organe

Organe der Gesellschaft sind

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Am 30. Januar 2013 wurde Herr Jens Briese, Kaufmann, zum Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH bestellt. Am 11. März 2016 wurde Herr Jens Briese zum 31. März 2016 als Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH abberufen. Am 11. März 2016 wurde Herr Karl Borkes, Kreiskämmerer zum 01. April 2016 zum Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH bestellt. Am 11. März 2016 wurde Herr Karl Borkes zum 31. Mai 2016 als Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH abberufen. Am 11. März 2016 wurde Herr Andreas Stolte, Dipl.-Wirtsch.-Ing. zum 01. Juni 2016 zum Geschäftsführer der DeltaPort VerwaltungsGmbH bestellt. Die Geschäftsführer sind alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB für Geschäfte mit der DeltaPort GmbH & Co. KG befreit.



Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte des gesamten Stammkapitals vertreten ist. Je 100 € eines Stammkapitalanteils gewähren eine Stimme. Es besteht eine Personengleichheit zwischen der DeltaPort GmbH & Co. KG und der DeltaPort VerwaltungsGmbH.

Wesentliche Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlussstichtag liegen nicht vor.

Aktiva	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.950,00		4.462,50		2.975,00	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	103,05		0,00		0,00	
		6.053,05		4.462,50		2.975,00
II. Guthaben bei Kreditinstituten	18.195,05		22.895,58		24.411,28	
		24.248,10		27.358,08		27.386,28



Passiva	31.12.2016 €		31.12.2015 €		31.12.2014 €	
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00		25.000,00		25.000,00
II. Gewinnvortrag		778,11		1.503,76		841,94
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-3.330,01		-725,65		661,82
		22.448,10		25.778,11		26.503,76
B. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen	0,00		147,00		432,25	
2. Sonstige Rückstellungen	1.800,00		920,00		0,00	
		1.800,00		1.067,00		432,25
C. Verbindlichkeiten						
1. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00		512,97		450,27	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 0,00						
- davon aus Steuern: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 512,97)		0,00		512,97		450,27
		24.248,10		27.358,08		27.386,28

7.6 Gewinn- und Verlustrechnung der DeltaPort VerwaltungsGmbH, Wesel

	2016 EUR	2015 EUR
Umsatzerlöse	1.250,00	1.250,00
Gesamtleistung	1.250,00	1.250,00
Rohergebnis	1.250,00	1.250,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.606,74	-2.102,65
Betriebsergebnis	-3.356,74	-852,65
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	26,73	127,00
Ergebnis nach Steuern	-3.330,01	-725,65
Jahresfehlbetrag	-3.330,01	-725,65



8. Wohnbau Dinslaken GmbH

Wohnbau Dinslaken

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Moltkestr. 4

46535 Dinslaken

Postfach 10 05 04

46525 Dinslaken

Telefon: 02064 6208 0

Telefax: 02064 6208 89

Internet: www.wohnbau-dinslaken.de

E-Mail: kontakt@wohnbau-dinslaken.de

8.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Wohnbau Dinslaken GmbH

Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Firma	Wohnbau Dinslaken Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz	Dinslaken
Handelsregistereintragung	B 9632 Amtsgericht Duisburg
Gesellschaftsvertrag	Neufassung am 10.06.2009



8.2 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Wohnbau Dinslaken GmbH

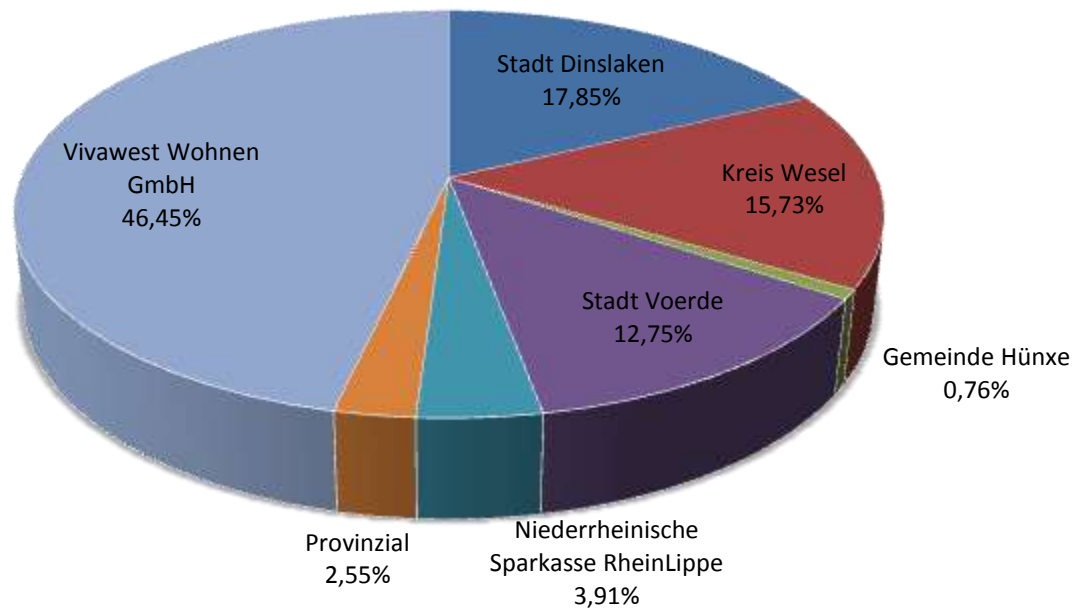
Stammkapital:

6.016.400 €

Gesellschafter	€	%
Stadt Dinslaken	1.073.800,00	17,85
Kreis Wesel	946.500,00	15,73
Stadt Voerde	767.000,00	12,75
Gemeinde Hünxe	46.100,00	0,76
Vivawest Wohnen GmbH	2.794.600,00	46,45
Niederrheinische Sparkasse RheinLippe	235.000,00	3,91
Provinzial Rheinland Versicherung AG	153.400,00	2,55
Gesamt	6.016.400,00	100,0



Gesellschaftsanteile



8.3 Organe der Wohnbau Dinslaken GmbH

I. Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Wilhelm Krechter

II. Aufsichtsrat

Dr. Michael Heidinger, Dinslaken
Bürgermeister der Stadt Dinslaken

Vorsitzender

Claudia Goldenbeld, Dinslaken
Mitglied der Geschäftsführung
der Vivawest GmbH

Stellv. Vorsitzende

Karl Borkes, Rees
Kämmerer des Kreises Wesel



Dirk Buschmann, Hünxe
Bürgermeister der Gemeinde Hünxe

Karl-Heinz Geimer, Dinslaken
Ratsherr der Stadt Dinslaken

Michael Groll, Witten
Bereichsleiter der Vivawest Wohnen GmbH

Dirk Haarmann, Voerde
Bürgermeister der Stadt Voerde

Dr. Dieter Körner, Sprockhövel
Bereichsleiter der Vivawest Wohnen GmbH

Monika Piechula, Dinslaken
Mitglied des Kreistages des Kreises Wesel

Georg Schneider, Voerde
Ratsherr der Stadt Voerde

Haluk Serhat, Dortmund
Geschäftsbereichsleiter
der Vivawest Wohnen GmbH

Mark Sarres, Voerde
Ratsherr der Stadt Voerde

Michele La Torre, Dinslaken
Ratsherr der Stadt Dinslaken

Heinrich Vahnenbruck, Dinslaken
Mitglied des Kreistages des Kreises Wesel

Rolf Wagner, Dinslaken
Mitglied des Vorstandes
Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

Heinrich Wansing, Dinslaken
Ratsherr der Stadt Dinslaken



Die Bezüge der Geschäftsführung sowie der Mitglieder von Aufsichtsrat, Beisitzer und Gesellschaftervertreter stellen sich ohne Umsatzsteuer folgendermaßen dar:

Geschäftsführung

Der Alleingeschäftsführer Wilhelm Krechter hat im Geschäftsjahr 2016 Bezüge in Höhe von 102.000,00 € als erfolgsunabhängiges Jahresgrundgehalt erhalten.

Für das Geschäftsjahr 2015 erhielt er aufgrund seiner Tätigkeit als Prokurist erfolgsabhängig 49.000,00 €. Dieser Betrag wurde von der vom Aufsichtsrat eingesetzten Personalkommission auf Grundlage einer unternehmensbezogenen Bemessungsgrundlage, welche sich an einer definierten Cashflow – Kennzahl orientiert, festgelegt. Der Betrag wurde mit der Feststellung des Jahresabschluss 2015 fällig.

Entsprechend der dienstvertraglichen Regelung nutzt der Geschäftsführer ein von der Gesellschaft gestelltes Dienstfahrzeug. Für die Überlassung des Dienstfahrzeugs wurde ein geldwerter Vorteil gegenüber dem Geschäftsführer von insgesamt 6.832,80 € geltend gemacht.

Mitglieder des Aufsichtsrates, Beisitzer und Gesellschaftervertreter

<u>Name, Vorname</u>	<u>Gesamtsumme</u>
Borkes, Karl	2.500,00 €
Buschmann, Dirk	2.100,00 €
Geimer, Karl-Heinz	2.100,00 €
Goldenbeld, Claudia	2.800,00 €
Groll, Michael	4.000,00 €
Haarmann, Dirk	3.000,00 €
Heidinger, Dr., Michael	3.400,00 €
Körner, Dr., Dieter	3.000,00 €
Lantermann, Gerd	200,00 €
La Torre, Michele	1.900,00 €
Limke, Wilfried	400,00 €
Meyer, Horst	200,00 €



Palotz, Dr., Thomas	400,00 €
Paradowski, Detlef	200,00 €
Piechula, Monika	1.900,00 €
Pingel, Thomas	200,00 €
Sarres, Mark	1.700,00 €
Serhat, Haluk	2.100,00 €
Schmitz, Monika	200,00 €
Schneider, Georg	2.100,00 €
Sprey, Dr., Ralf	200,00 €
Süselbeck, Michael	200,00 €
Vahnenbruck, Heinrich	2.100,00 €
Wagner, Rolf	1.900,00 €
Wansing, Heinrich	2.100,00 €

8.4 Personal der Wohnbau Dinslaken GmbH

Anzahl der Mitarbeiter			
	männlich	weiblich	Gesamt
Geschäftsführer/Prokuristen	3	-	3
Rechnungswesen/Allg. Verw.	4	10	14
Wohnungsbewirtschaftung	3	7	10
Technische Abteilung	8	4	12
Auszubildende	2	2	4
Gesamt	20	23	43

Nicht in der Tabelle aufgeführt sind 14 geringfügig Beschäftigte.



8.5 Unternehmensleistungen der Wohnbau Dinslaken GmbH

Veränderungen im Bestand

	Häuser	WE	Heimplätze	GE	Garagen
Stand am 01.01.2016	989	5.817	370	48	1.923
Zugang (Neubau)	3	26	0	0	17
	992	5.843	370	48	1.940
Abgang	0	3	0	0	5
Stand am 31.12.2016	992	5.840	370	48	1.935
Wohn-/Nutzfläche (m ²)		366.610	16.758	6.807	32.101
Gesamtfläche	422.276				

8.6 Gesamte Wohnungsbauleistungen seit Bestehen der Gesellschaft

(ohne Gewerbeeinheiten)

	Bauleistungen in						
	eigener Bauherrschaft			Baubetreuung		insgesamt	
	Wohnungen in		Heim- plätze	Wohnungen in		Wohnungen / Heimplätze in	
	Miethäuser	Verkaufshäuser		Miethäuser	Verkaufshäuser	Miethäuser	Verkaufshäuser
Bestand am 31.12.2016	5.840	0	370	0	0	6.210	0
Baubetreuung	0	0	0	1.683	1.281	1.683	1.281
Veräußerungen u.a.	516	3.276	0	0	0	516	3.276
Fertig gest. bis 31.12.2016	6.356	3.276	370	1.683	1.281	8.409	4.557
Bauüberhang 31.12.2016	73	0	0	0	0	73	0
	6.429	3.276	370	1.683	1.281	8.482	4.557
Wohnungen insgesamt	10.075			2.964		13.039	

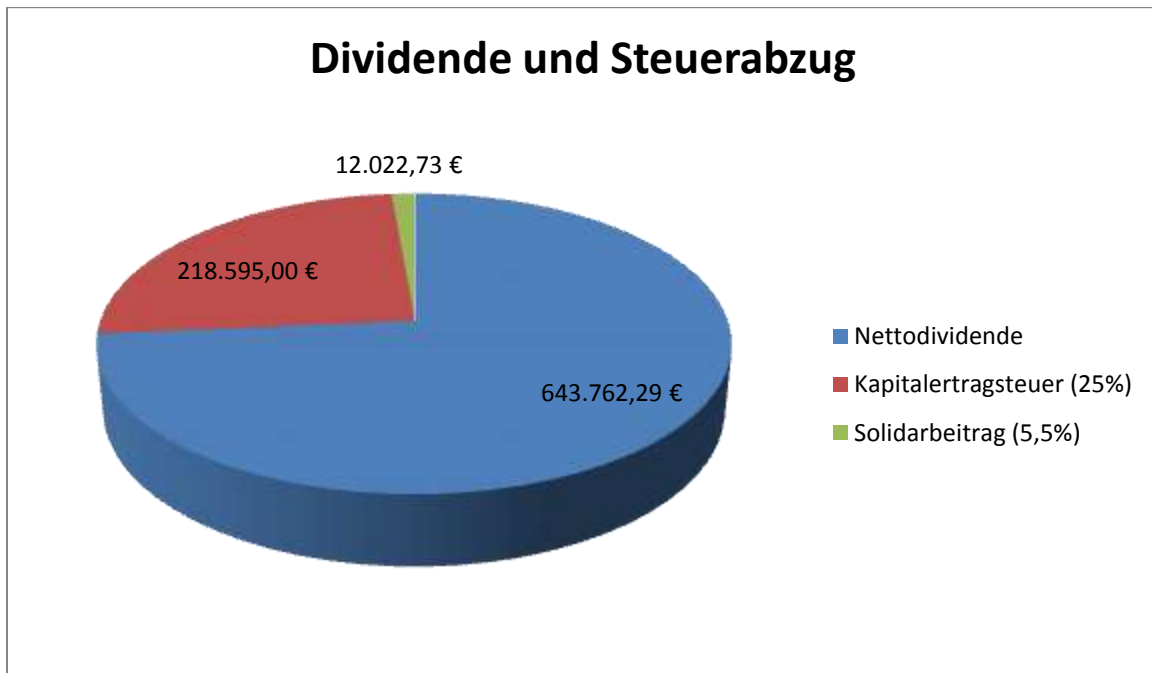


8.7 Finanzielle Auswirkungen der Wohnbau Dinslaken GmbH auf den städtischen Haushalt

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Bilanzgewinn von 6.886.719,49 € ab. Die Geschäftsführung schlägt vor, eine Dividende von 114 % auf das Stammkapital von 6.016.400,00 € auszuschütten.

28.023,49 € werden in andere Gewinnrücklagen eingestellt. Im Haushalt der Stadt Voerde wurde eine Netto-Dividende von 643.838,65 € vereinnahmt.

Dividende für das Geschäftsjahr 2016	
Stand der Geschäftsanteile der Stadt Voerde am 01.01.2016	767.000,00 €
Dividende für das Geschäftsjahr 2016	874.380 €
./. Kapitalertragsteuer	218.595,00 €
./. Solidarzuschlag zur Kapitalertragsteuer	12.022,71 €
Nett dividende für das Geschäftsjahr 2015	643.762,29 €
Zu erwartende Erstattung von Kapitalertragsteuer und Solidarbeitrag	230.617,71 €





8.8 Auszug aus dem Lagebericht der Wohnbau Dinslaken GmbH

8.8.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Unternehmen und Geschäftstätigkeit

Die Wohnbau Dinslaken GmbH wurde im Jahre 1920 als „Siedlungsgesellschaft für den (damaligen) Kreis Dinslaken GmbH“ gegründet. Bis zur Abschaffung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes im Jahre 1989 war die Gesellschaft als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt. Aber auch für die Zeit danach wurden wohnungspolitische und gemeinnützige Aufgaben im Bereich der Bau- und Wohnungswirtschaft im Unternehmensleitbild festgeschrieben. Dabei steht die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung mit qualitätvollen Lebensräumen, vom Wohnraum bis zum Quartier, im Fokus der Gesellschaft.

Sie errichtet, bewirtschaftet, verwaltet und betreut Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter auch Eigenheime und Eigentumswohnungen und versteht sich zudem als Partner der beteiligten Kommunen im Bereich des Städtebaus, der Quartiersentwicklung und der Infrastruktur.

Da der Bestand der Gesellschaft in einem Umkreis von maximal 10 km von der Hauptverwaltung, in den Gemeindegrenzen von Dinslaken, Voerde, Hünxe und Duisburg-Walsum liegt, ist dieser entsprechend kundenfreundlich zu bewirtschaften und schnell zu erreichen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaftliche Konjunktur wurde im Berichtsjahr 2016 weiterhin von einem Abwärtstrend dominiert. Nach einem verhaltenen Start in das Jahr 2016 konnte sich allerdings im Sommer 2016 ein Produktionsanstieg abzeichnen und in der zweiten Jahreshälfte kam die Weltwirtschaft wieder etwas mehr in Schwung. Wie in den Vorjahren hat sich die Produktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wie den USA, stärker ausgeweitet als in den Schwellenländern. Die Konjunktur in den Schwellenländern stabilisierte sich gegensätzlich zu den vorherigen Berichtsperioden allerdings allmählich, was vor allem in China durch expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen erreicht werden konnte. Aber auch in Russland und Brasilien beruhigte sich die wirtschaftliche Situation und der Abwärtstrend wurde entschärft. Wie in den Vorjahren war die Geldpolitik sehr expansiv ausgerichtet, welches auf die niedrigen Inflationsraten zurückgeführt werden kann.

Bei der Betrachtung der Lage der Europäischen Union im Jahr 2016 war zu erkennen, dass die Konjunktur sich ähnlich zu der weltwirtschaftlichen Konjunktur entwickelte. Im ersten Halbjahr zeigte sich eine sehr verhaltene Grunddynamik, welches durch den Rückgang des Zuwachses des Bruttoinlandsproduktes von 0,5 % im ersten Quartal 2016 auf 0,3 % im zweiten Quartal deutlich wurde. Die Lage des Arbeitsmarktes war vergleichbar zu den vorherigen Berichtsperioden und erholte sich weiterhin leicht. Dies wurde durch die Betrachtung der Arbeitslosenquote deutlich, welche im Berichts-



jahr weiterhin rückläufig war und im Juli bei 10,1 % (Vorjahr 11,0 %) lag. Vor allem in den von der Krise betroffenen südeuropäischen Ländern war die Arbeitslosenquote rückläufig.

Die deutsche Wirtschaft war in der Berichtsperiode 2016 durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Verdeutlicht wurde dieses robuste Wachstum durch den Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 1,9 % (Vorjahr 1,7 %). Dieses Wachstum wurde insbesondere von der Bauwirtschaft und dem Dienstleistungssektor getragen. Maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt waren die privaten Konsumausgaben sowie die des Staates. Diese erhöhten Ausgaben des Staates konnten auf die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden im Jahr 2016 und die dadurch resultierenden Kosten zurückgeführt werden. Das Niveau der Kreditzinsen folgte auch im Jahr 2016 dem Abwärtstrend. Effektivzinssätze gingen zwischen den Stichtagen in allen Fristigkeitsbereichen weiterhin zurück. Bei der Betrachtung des deutschen Arbeitsmarktes war zu erkennen, dass die Arbeitslosenquote weiterhin rückläufig von 6,1 % im Dezember 2015 auf 5,8 % im Dezember des Berichtsjahres war. Zum einen waren 321.000 Menschen mehr erwerbstätig als im Vorjahr und zum anderen wurden die negativen demografischen Effekte von der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen. Im Einzugsgebiet der Wohnbau Dinslaken GmbH entwickelte sich die Arbeitslosenquote wie folgt: Der Kreis Wesel lag mit einer Arbeitslosenquote von 6,6 % (Vorjahr 6,7 %) leicht über dem Bundesdurchschnitt für den Zeitraum Dezember. Im Gebiet der Stadt Duisburg lag die Arbeitslosenquote allerdings sehr deutlich über dem deutschen Durchschnitt mit 12,6 % (Vorjahr 13 %).

Immobilienwirtschaft

Die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft konnte in der Berichtsperiode 2016 ein ähnliches Wachstum wie im Vorjahr erzielen. Dieses Wachstum wurde durch die gestiegenen Baugenehmigungen begünstigt, denn in den ersten 11 Monaten des Jahres 2016 wurden 23 % mehr Baugenehmigungen genehmigt als im Vorjahreszeitraum. In Zahlen bedeutet dies, dass von Januar bis November 2016 der Bau von insgesamt 340.000 Wohnungen genehmigt wurde. Die Investitionen in den Neubau von Wohnungen stiegen um 10,7 % in Bezug zum Vorjahr 2015 an, was einem Betrag von rd. 400 Mio. Euro entsprochen hat.

Geschäftsergebnis

Die positive Geschäftsentwicklung der Wohnbau Dinslaken GmbH hat sich im Berichtsjahr 2016 fortgesetzt. Das Geschäftsergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag erhöhte sich zum Abschlussstichtag um 5,3 % gegenüber dem Vorjahr und beträgt 7,5 Mio. €.

Zum 31.12.2016 verbesserte sich der Jahresüberschuss um 0,4 Mio. € auf 6,9 Mio. €. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Wohnungsbewirtschaftung

Am 31.12.2016 bewirtschaftete die Gesellschaft 5.840 Wohnungen, 370 Seniorenheimplätze, 48 Gewerbeeinheiten und 1.935 Garagen im eigenen Bestand. Dieser verteilt sich in etwa gleichmäßig auf die Städte Dinslaken, Voerde sowie Duisburg-Walsum und in geringem Maße auf die Gemeinde Hünxe. Hiermit verbunden ist eine Wohn-/Nutzfläche von insgesamt 422.276 qm. Der bebaute sowie



unbebaute Grundbesitz beträgt zusammen 946.051 qm. Dabei sind Erbbaurechtsflächen in einer Größe von 26.240 qm enthalten.

Die Nachfrage nach Mietwohnungen hat sich im Bestandsbereich der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 weiter verbessert. Ein Grund dieser Entwicklung war die Zuwanderung von Schutzsuchenden im Berichtsjahr 2016. Weiterhin deutlich festzustellen ist aber ein Nachfrageüberhang nach betreuten Wohnformen für ältere Menschen, den das Unternehmen seit Jahren durch geeignete Neubauprojekte im Bestand weiter begegnen wird.

Mittlerweile liegt der Anteil an barrierefreien Wohnungen bei 13,6 % des Bestandes der Gesellschaft und damit weit über dem bundesweiten Durchschnitt.

Im Berichtsjahr fanden 508 Mieterwechsel statt. Bezogen auf die Anzahl der Bestandswohnungen resultiert hieraus eine Fluktuationsquote wie im Vorjahr von 8,7 %. Die durchschnittliche monatliche Sollmiete erhöhte sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 von 4,93 € je qm Wohn- und Nutzfläche auf 4,98 € je qm Wohn- und Nutzfläche.

Die Erlösschmälerungsquote liegt unverändert bei 0,8 % der Netto-Sollmieten.

Die Leerstandsquote zum 31. Dezember 2016 sank gegenüber dem Vorjahr von 1,0 % auf 0,8 %. Hierbei beinhalten beide Kennzahlen auch die maßnahmenbedingten Erlösschmälerungen infolge umfangreicher Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Die nachfragebedingte Leerstandsquote ohne den maßnahmenbedingten Anteil liegt bei 0,7 %.

Für die laufende Instandhaltung und Modernisierung des Gebäudebestandes wurden im Geschäftsjahr 2016 rd. 8,4 Mio. € an Fremdleistungen aufgewandt.

Verkaufstätigkeit

Zurzeit wird keine Bauträgermaßnahme durchgeführt.

Sonstige Wohnungsverwaltung

In der Berichtsperiode 2016 konnte für die ausgeübten Betreuungstätigkeiten Umsatzerlöse in Höhe von rd. 79 T€ erzielt werden.

Personal- und Sozialwesen

Zum 31.12.2016 beschäftigte die Gesellschaft zusammen mit der Geschäftsführung 39 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zusätzlich wurden zu diesem Zeitpunkt 4 junge Menschen zur Immobilienkauffrau bzw. zum Immobilienkaufmann ausgebildet. Darüber hinaus waren 14 geringfügig Beschäftigte im Geschäftsjahr 2016 für das Unternehmen tätig.



8.8.2 Darstellung der Lage

8.8.2.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Wohnbau Dinslaken GmbH beträgt zum Bilanzstichtag rd. 137,0 Mio. €. Davon sind rd. 117,9 Mio. € in Vermögensgegenständen des Sachanlagenvermögens gebunden. Die Sachanlagenintensität beträgt 86,1 %.

Die Finanzlage des Unternehmens ist geordnet. Dabei beträgt die Eigenkapitalquote zum 31.12.2016 ca. 27,2 %. Die kurzfristige Liquiditätssituation des Unternehmens ist gesichert.

8.8.2.2 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresüberschuss von rd. 6,9 Mio. € (Vorjahr rd. 6,5 Mio. €) erzielt.

Die Gesellschaft erbrachte im Jahr 2016 eine Gesamtleistung in Höhe von rd. 37,5 Mio. € (Vorjahr rd. 38,3 Mio. €).

Die erwirtschaftete Betriebsleistung verringerte sich um rd. 0,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf rd. 38,3 Mio. €, wobei sich gleichzeitig die Aufwendungen für die Betriebsleistung um rd. 0,9 Mio. € auf rd. 31,0 Mio. € vermindert haben.

Durch vorgenannte Veränderungen konnte durch die Gesellschaft ein Betriebsergebnis von rd. 7,3 Mio. € für das Geschäftsjahr 2016 erzielt werden (Vorjahr rd. 7,1 Mio. €).

Im Geschäftsfeld Hausbewirtschaftung erzielte die Wohnbau Dinslaken GmbH ein Ergebnis von rd. 7,2 Mio. € (Vorjahr rd. 6,8 Mio. €).

Das Ergebnis aus der Bautätigkeit im Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag rd. -104 T€. Dabei stehen den aktivierten Eigenleistungen in Höhe von rd. 163 T€ Aufwendungen für technische und kaufmännische Eigenleistungen von rd. 267 T€ gegenüber.

Im Bereich der Bauerstellung und Verkaufstätigkeit ergibt sich ein Leistungsergebnis in Höhe von rd. 32 T€ (Vorjahr rd. 252 T€).

Die Betreuungstätigkeit trug in der Berichtsperiode 2016 mit rd. 20 T€ zum Unternehmensergebnis bei.

Das Ergebnis der sonstigen betrieblichen Tätigkeit erreichte zum Bilanzstichtag eine Höhe von rd. 190 T€ (Vorjahr rd. 140 T€).

Mit rd. -6 T€ (Vorjahr rd. - 6 T€) schloss das Finanzergebnis in 2016 ab.



Das neutrale Ergebnis beträgt für das Geschäftsjahr 2016 rd. 223 T€ (Vorjahr rd. 27 T€).

Gegenüber rd. 681 T€ für das Jahr 2015 beziffern sich die Steuern vom Einkommen und Ertrag für das Jahr 2016 auf rd. 631 T€.

Insgesamt ist die Ertragslage der Wohnbau Dinslaken GmbH gesichert.

8.8.2.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Im Vergleich zur Berichtsperiode 2016 stellen sich die finanziellen Leistungsindikatoren der Wohnbau Dinslaken GmbH zum Bilanzstichtag 31.12.2016 wie folgt dar:

Leistungsindikatoren	2016	2015	Veränderungen
Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss v.ESt./Eigenkapital)	17,1 %	16,4 %	0,7 %
Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss v.ESt. + Zinsaufwand/Gesamtkapital)	6,5 %	6,4 %	0,1 %
EBITDA	13,8 Mio. €	13,5 Mio. €	0,3 Mio. €
Leerstandsquote	0,8 %	1,0 %	-0,2 %
Fluktuationsquote	8,7 %	8,7 %	0,0 %
Durchschnittl. mtl. Sollmiete	4,98 €/m ²	4,93 €/m ²	0,05 €/m ²
Instandhaltungskosten	19,93 €/m ²	19,75 €/m ²	0,18 €/m ²

8.8.2.4 Risikobericht

Aktives Risikomanagement

Bereits im Jahr 2000 hat die Wohnbau Dinslaken GmbH auf der Basis des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem mit Frühwarnsystem, Risiko-Controlling und internem Kontrollsystem eingerichtet, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen möglichst früh zu erkennen. Dieses System wird unter dem Kapitel „Risikomanagement“ in aussagefähiger Form im internen Online-Unternehmenshandbuch der Gesellschaft für alle Mitarbeiter einsehbar geführt.

Ziel ist es, die Risiken des Unternehmens zu definieren, transparent zu machen und entsprechend zu quantifizieren. Hier werden die unterschiedlichsten Risiken jeweils in einer Neunermatrix im Verhältnis von der Höhe der Auswirkung zur Eintrittswahrscheinlichkeit dargestellt. Für die automatische Risikomeldung sind die Leiter der fünf Hauptabteilungen verantwortlich, die turnusgemäß die Einhal-



tung bestimmter Meldegrenzen in ihren Abteilungen überprüfen, die an Unternehmenskennzahlen gebunden sind und von der Geschäftsleitung bestimmt werden.

Zur notwendigen fortlaufenden Risikoidentifikation des Risiko-Managementsystems ist bei der Wohnbau Dinslaken GmbH ein sog. „Risiko-Komitee“ gebildet worden, das sich aus dem vorgenannten Geschäftsbereichsleitern sowie den Stabsstellen zusammensetzt. Aufgabe dieses Komitees ist die laufende Fortentwicklung und Anpassung des Risikofrüherkennungssystems an sich verändernde Markt- und Risikosituationen, d.h. Erkennung neuer Risiken, die Modifikation bestehender und die Integration neuer risikosteuernder Maßnahmen. Zu Jahresbeginn werden mehrere Sitzungen des Komitees terminiert, in denen der Geschäftsführung über die Risikosituation der Gesellschaft berichtet und gemeinsam diskutiert wird. Zur Dokumentation werden schriftliche Risikoberichte abgefasst.

Strategische Risiken

Von wesentlicher strategischer Bedeutung für die Entwicklung der Geschäfte der Wohnbau Dinslaken GmbH sind die Bevölkerungsentwicklung, die Sozialstruktur, die Einkommensentwicklung, der Wohnflächenbedarf der privaten Haushalte und die Zuwanderungsentwicklung. Eine besondere Herausforderung stellt nach wie vor die zunehmend älter werdende Bevölkerung dar. Bereits ab 2025 werden gut 35 % der Dinslakener Bevölkerung älter als 60 Jahre sein. Insofern ist längerfristig mit Erlösschmälerungen infolge zunehmender Leerstände zu rechnen, wenn die Bestandswohnungen nicht in ausreichender Anzahl zumindest seniorenfreundlich umgestaltet werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass der Druck auf die Wohnungswirtschaft, die Spanne zwischen Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot auf einen zunehmend individualisierten Markt zu schließen, nicht geringer wird. Gelingt es nicht, diese Spanne zu verringern, entwickelt sich weiterer Nachfrageüberhang im einen und Leerstand im anderen Segment.

Marktrisiken

Seit einigen Jahren ist festzustellen, dass die Betriebskosten deutlich stärker steigen als die Nettokaltmiete und als der harmonisierte Verbraucherpreisindex. Sollte diese Entwicklung sich in gleicher Weise fortsetzen, werden viele Mieter sich die Bruttowarmmiete nicht mehr leisten können. Insofern wird sich der Vermieter sehr genau überlegen müssen, wo er in aufwändige Modernisierungen investiert und wo nicht. Auf jeden Fall geht kein Weg daran vorbei ein intensives Betriebskostenmanagement zu betreiben, um die Disparität zwischen Kaltmiete und Betriebskosten nicht weiter ausufern zu lassen.

Finanzrisiken

Bei der Wohnbau Dinslaken GmbH wurden Investitionsvorhaben grundsätzlich durch festverzinsliche Darlehen finanziert. In der gegenwärtigen Niedrigzinsphase wird die Wohnbau Dinslaken GmbH die äußerst günstigen Festzinskonditionen durch Umschuldungen und Prolongationen weiter zu ihrem Vorteil nutzen. Kreditverhandlungen werden dabei durch die sehr gute Bonität der Gesellschaft, die sich in entsprechend sehr guten Bankenratings ausdrückt, unterstützt.



Weiter ist festzuhalten, dass das Unternehmen frühzeitig das Zinsmanagement auch zur Vermeidung von „Klumpenrisiken“ genutzt hat und dementsprechend die Prolongationsfälligkeiten langfristig über die Jahre verteilt wurden.

Betriebsrisiken

Risiken aus der Abwicklung von Bauvorhaben und großen Modernisierungsvorhaben bestehen für die Gesellschaft nur in geringer Weise. Zur Risikominimierung bei der Rentabilität solcher Vorhaben wird ein mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft abgestimmtes dynamisches Wirtschaftlichkeitsberechnungsverfahren (Discounted Cashflow Verfahren) zugrunde gelegt, das schon vor dem Grundstückserwerb greift und auch ein späteres Controlling im Betrieb mit einbezieht. Die Projekte der Gesellschaft zeichnen sich durch konsequente Einhaltung der Baukosten und die Erreichung der für die Einhaltung der Rendite notwendigen Zielmietaus.

Gesamtaussage

Nach Bewertung der Risikolage der Wohnbau Dinslaken zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können. Auch für die kommenden Jahre sind keine solchen Risiken erkennbar.

8.8.2.5 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Seit mehr als drei Jahrzehnten wird schon der seinerzeit erkennbaren demografischen Entwicklung durch bedarfsgerechten Neu- und Umbau begegnet. Mittlerweile können 13,6 % des Bestandes als seniorengerechte Wohnungen angeboten werden, die zum großen Teil mit niederschwelligem Betreuungsangebot vor Ort bis hin zur Vollpflege in den 370 Seniorenheimplätzen der Gesellschaft versorgt werden können. Im Geschäftsjahr 2016 wurde mit dem Bau von 43 weiteren bedarfsgerechten Wohnungen begonnen. Auch in Zukunft werden noch weitere Projekte dieser Art hinzukommen.

Bei einer durchschnittlichen Miete von 4,98 € im gesamten Bestand kann die Gesellschaft Wohnraum in allen Preisklassen anbieten. Dabei wird besonders auch Wert gelegt auf dem Erhalt und die Schaffung von Wohnraum im unteren und preisgebundenen Segment. Aber auch im gehobenen Segment werden Wohnungen vorgehalten bzw. bedarfsgerechte Angebote für den Markt entwickelt.

Im Problemfeld Klimaschutz und Energieeffizienz ist die Gesellschaft seit Jahren sehr engagiert. Im Geschäftsjahr 2016 wurden weitere 386 Wohnungen in Voerde-Friedrichsfeld auf Nahwärmeversorgung, die über Biomasse erzeugt wird, umgestellt. Somit werden 86 % der Bestände entweder aus dem Fernwärme- oder dem vorgenannten Nahwärmenetz mit einem hervorragenden Primärenergiefaktor beheizt. Im Jahr 2017 soll in mehreren Bauabschnitten damit begonnen werden weitere 394 Wohnungen an das Nahwärmenetz anzuschließen. Diese sehr gute Energieeffizienz bei der Wärmeerzeugung und das Minimum an Haustechnik bei der Wärme- und Warmwassererzeugung haben



positive Kosteneinflüsse auf alle aktuellen und künftigen Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen der Gesellschaft. Gleichzeitig weisen ihre Bestände eine vergleichsweise gute CO2 Bilanz aus.

Bezüglich steigender Bau- und Baunebenkosten setzt die Gesellschaft auf die Bauabwicklung (Planungsbegleitung, Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung) im eigenen Hause, um negativen Preisentwicklungen schon ab der Planungsphase frühzeitig begegnen zu können.

Verantwortungsvolles Handeln aller Akteure der Gesellschaft, ein ausgeprägtes Umwelt- und Kostenbewusstsein und gesellschaftliches Engagement sind die stabilen Fundamente für eine wirtschaftlich erfolgreiche und somit nachhaltige Entwicklung des Unternehmens. Damit genießt die Gesellschaft heute schon ein großes Vertrauen bei den Kunden, Geschäftspartnern und Gesellschaftern. Im Ergebnis drückt sich dies in der vergleichsweise sehr niedrigen Erlösschmälerungsquote, niedrigen Zinskonditionen und niedrigen Baukosten aus.

Die Wohnbau Dinslaken GmbH kann mit Zuversicht in die kommenden Vermietungsjahre blicken. Sowohl die nach wie vor guten Branchenaussichten, als auch die strategische Ausrichtung der Gesellschaft werden sich weiterhin positiv auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

8.8.2.6 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2017 ist ein Jahresüberschuss vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 7,4 Mio. € geplant, der überwiegend durch das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung bestimmt wird. Die verhältnismäßig günstige Erlösschmälerungssituation der Gesellschaft wird sich in etwa auf dem guten Niveau des Geschäftsjahres 2016 bewegen.

Für das Geschäftsjahr 2017 sind Investitionen von rund 16,6 Mio. € geplant. Davon sind rund 8,3 Mio. € für die Instandhaltung der Bestände sowie 8,3 Mio. € für Neubau und Modernisierung vorgesehen.

8.8.2.7 Finanzinstrumente

Die Verbindlichkeiten haben sich im Geschäftsjahr 2016 um rd. 3,3 Mio. € auf rd. 92,2 Mio. € erhöht. Dabei sind langfristige Darlehen grundsätzlich über Grundpfandrechte gesichert. Im Rahmen der Finanzplanung werden mögliche Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken laufend überwacht und falls notwendig durch geeignete Maßnahmen angepasst.



8.9 Bilanz der Wohnbau Dinslaken GmbH

Aktivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
Anlagevermögen						
Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände	58.025,00	58.025,00	79.457,00	79.457,00	99.279,00	99.279,00
Sachanlagen						
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	110.831.942,29		109.719.163,85		110.472.362,72	
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	858.360,45		920.168,45		982.256,45	
Grundstücke ohne Bauten	509.672,44		803.667,66		655.519,81	
Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	930.591,98		1.010.800,06		1.074.827,68	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	335.254,10		289.247,00		343.036,00	
Anlagen im Bau	4.343.316,61		2.284.367,22		0,00	
Bauvorbereitungskosten	128.042,77		75.793,86		52.338,01	
Finanzanlagen						
Sonstige Ausleihungen		55.208,29		53.220,42		56.316,34
Anlagevermögen insgesamt		118.050.413,93		115.235.885,52		114.167.998,19
Umlaufvermögen						
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte						
Grundstücke ohne Bauten	1.231.400,09		1.231.400,09		1.231.400,09	
Unfertige Leistungen	11.437.480,99	12.668.881,08	11.500.117,39	12.731.517,48	10.843.461,40	12.737.554,92
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
Forderungen aus Vermietung	56.660,76		51.934,23		62.599,72	



Sonstige Vermögensgegenstände	202.068,57	258.729,33	422.718,62	474.652,85	993.528,59	1.056.128,31
Flüssige Mittel						
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		6.019.964,72		5.002.489,94		5.670.870,90
Rechnungsabgrenzungsposten						
Andere Rechnungsabgrenzungsposten		3.352,62		10.573,94		2.387,91
Bilanzsumme		137.001.341,68		133.455.119,73		133.783.827,77

Passivseite	31.12.2016 €		31.12.2015 €		31.12.2014 €	
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital		6.016.400,00		6.016.400,00		6.016.400,00
Gewinnrücklagen						
Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	3.008.200,00		3.008.200,00		3.008.200,00	
Bauerneuerungsrücklage	14.986.476,33		14.986.476,33		14.986.476,33	
Andere Gewinnrücklage	13.175.552,26		13.154.280,16		13.122.623,10	
		31.170.228,59		31.148.956,49		31.117.299,43
Bilanzgewinn						
Jahresüberschuss		6.886.719,49		6.458.820,10		6.348.877,06
Eigenkapital insgesamt		44.073.348,08		43.624.176,59		43.482.576,49
Rückstellungen						
Steuerrückstellungen	0,00		164.734,00		0,00	
Sonstige Rückstellungen	687.246,00	687.246,00	761.985,00	926.719,00		527.625,00
Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	65.392.966,12		61.038.330,75		60.821.763,48	
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	11.797.659,79		12.179.208,85		13.013.701,42	
Erhaltene Anzahlungen	13.538.534,45		13.247.023,04		13.713.413,58	
Verbindlichkeiten aus Vermietung	475.655,25		431.566,04		352.690,10	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.028.824,08		1.998.357,69 9.737,77 (6.737,77)	88.904.224,14	1.855.334,85	89.773.626,28
Sonstige Verbindlichkeiten, davon aus Steuern: 6.737,77 €	7.107,91		9.737,77		16.722,85	
Bilanzsumme		137.001.341,68		133.455.119,73		133.783.827,77



8.10 Gewinn- u. Verlustrechnung der Wohnbau Dinslaken GmbH

	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
Umsatzerlöse						
a) aus der Hausbewirtschaftung	37.232.564,10		36.190.266,06		35.735.127,73	
b) aus Verkauf von Grundstücken	0,00		1.924.312,20		500.230,00	
c) aus Betreuungstätigkeit	78.837,77		97.255,16		97.207,44	
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	49.952,65	37.361.354,52	0,00	38.211.833,42		36.332.565,17
Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Leistungen		-62.636,40		-6.037,44		-118.061,94
Andere aktivierte Eigenleistungen		163.100,00		96.900,00		141.000,00
Sonstige betriebliche Erträge		1.078.107,03		754.047,82		1.408.592,80
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen						
a) Hausbewirtschaftung	19.974.567,15		19.936.359,62		19.217.124,88	
b) Verkaufsgrundstücke	0,00	19.974.567,15	920.800,39	20.857.160,01	569.677,52	19.786.802,40
Rohergebnis		18.565.358,00		18.199.583,79		17.977.293,63
Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	2.215.020,00		2.207.403,67		2.215.354,12	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	544.103,60	2.759.123,60	554.186,20 (147.745,26)	2.761.589,87	549.832,85	2.765.186,97
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.806.423,24		4.913.470,94		4.843.264,33
Sonstige betriebliche Aufwendungen		899.267,69		844.597,57		885.543,11
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		192,02		1.471,38		14.137,74
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.434.470,55		1.452.967,87		1.570.534,98



	31.12.2016 €		31.12.2015 €		31.12.2014 €	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		630.615,70		681.061,74		655.227,85
Ergebnis nach Steuern		8.035.649,24		8.228.428,92		7.926.901,98
Sonstige Steuern		1.148.929,75		1.088.547,08		922.797,07
Jahresüberschuss / Bilanzgewinn		6.886.719,49		6.458.820,10		6.348.877,06



9. Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH, Hünxe

Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mit beschränkter Haftung

Schwarze Heide 35

46569 Hünxe

Telefon: 02858 390

Telefax: 02858 82510

E-Mail: flugplatz@schwarze-heide.com

Handelsregister: Amtsgericht Duisburg, HRB-Nr.: 10569

9.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Firma	Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH
Sitz	Hünxe (Kreis Wesel)
Handelsregistereintrag	Amtsgericht Duisburg HR B 10569
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 19. Dezember 1977

9.2 Unternehmensgegenstand der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

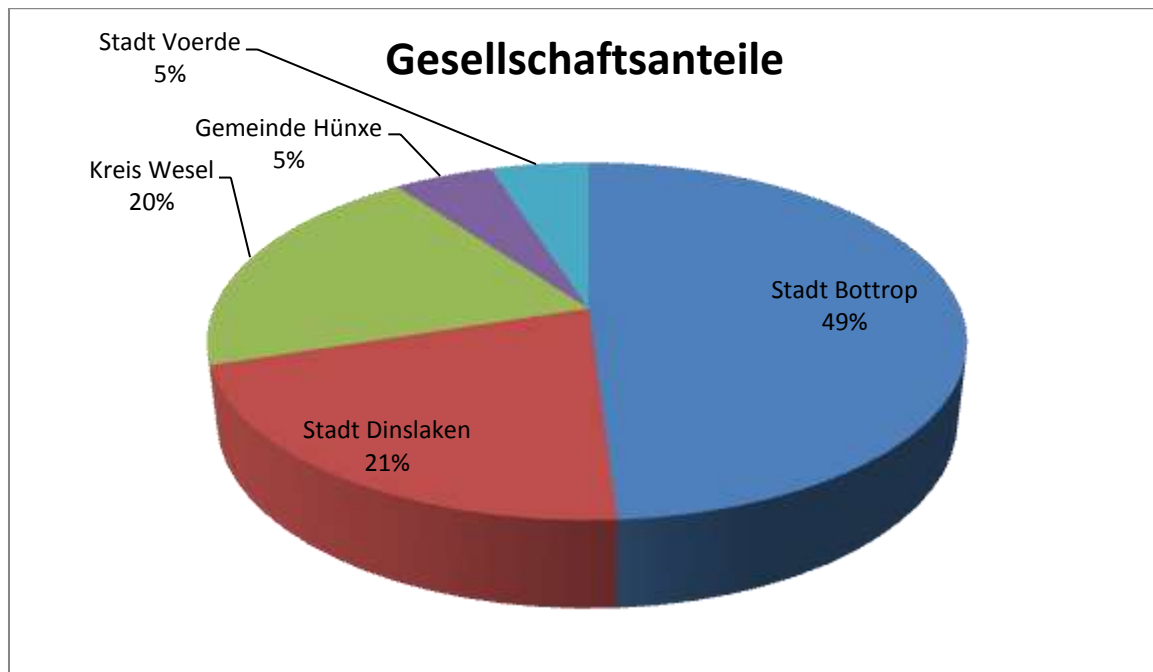
Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Gewährleistung des Flugports und der zivilen Luftfahrt durch den Betrieb und die Entwicklung des Flug- und Verkehrslandeplatzes Schwarze Heide als Verkehrslandeplatz und Segelfluggelände einschließlich der umliegenden Flächen.



9.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Stammkapital: 50.000,00 DM (Umrechnungskurs für den Jahresabschluss 1,95583 DM/€)

Gesellschafter	Anteil in DM	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Bottrop	24.500,00	12.526,65	49,0
Stadt Dinslaken	10.500,00	5.368,56	21,0
Kreis Wesel	10.000,00	5.112,92	20,0
Gemeinde Hünxe	2.500,00	1.278,23	5,0
Stadt Voerde	2.500,00	1.278,23	5,0





9.4 Organe der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

I. Geschäftsführung

Geschäftsführer	André Hümpel, Dipl.-Ingenieur
Prokurist	im Berichtsjahr keine Bestellung
Handlungsbevollmächtigter	im Berichtsjahr keine Bestellung

Gesamtbezüge der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat für das Geschäftsjahr T€ 83 (davon feste Bezüge: T€ 76, davon erfolgsbezogene Komponenten: T€ 7) erhalten.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Vorsitzender	Ratsmitglied Martin Meyer, Elektroniker, Gemeinde Hünxe	(ab 10/2004)
Stellvertr. Vorsitzender	Ratsmitglied Ludger Schnieder, Stadt Bottrop	(ab 07/2014)
	Ratsmitglied Michele La Torre, Stadt Dinslaken	(ab 07/2014)
	Ratsmitglied Reinhold Butzkies, Kreis Wesel	(ab 07/2014)
	Ratsmitglied Stefan Weltgen, Stadt Voerde	(ab 07/2014)
Als Vertreter	Ratsmitglied Michael Helmich, Gemeinde Hünxe	(ab 07/2014)
Als Vertreter	Ratsmitglied Pascal Kaminski, Stadt Bottrop	(ab 07/2014)
Als Vertreterin	Ratsmitglied Kristina Grafen, Stadt Dinslaken	(ab 07/2014)
Als Vertreter	Ratsmitglied Saban Entjes, Kreis Wesel	(ab 09/2015)



Als Vertreter Ratsmitglied Udo Wülbeck, (ab 10/2015)
Kreis Wesel

Als Vertreterin Ratsmitglied Elke Kleinschmidt, (ab 07/2014)
Stadt Voerde

Aufsichtsrat

Vorsitzender Norbert Höving (ab 07/2011
Technischer Beigeordneter bis 02/2016)
Stadt Bottrop

Paul Ketzer (ab 03/2016
Erster Beigeordneter bis 09/2016)
Stadt Bottrop

Klaus Müller (ab 09/2016)
Technischer Beigeordneter
Stadt Bottrop

Hans Nover (ab 11/2009)
Gemeinde Hünxe

Als Vertreter Ulrich Lordick (ab 07/2014)
Gemeinde Hünxe

Ratsmitglied Arnd Capell-Höpken (ab 07/2014)
Kreis Wesel

Als Vertreter Rainer Gardemann (ab 07/2014)
Kreis Wesel

Bürgermeister (ab 11/2009)
Dr. Michael Heidinger
Stadt Dinslaken

Ratsmitglied Jan Langenfurth (ab 07/2014)
Stadt Voerde

Als Vertreter Dominik Knipping (ab 07/2014
Stadt Voerde bis 12/2016)

Als Vertreter Heinrich Neukäter (ab 12/2016)
Stadt Voerde



9.5 Personal der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 6 Arbeitnehmer (Vorjahr: 6, ohne Aushilfen) beschäftigt. Durchschnittlich wurden 12 Aushilfen beschäftigt. Die Berechnung erfolgte methodisch nach § 267 Abs. 5 HGB.

9.6 Finanzielle Auswirkungen der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH auf den städtischen Haushalt

Im Rahmen der Beteiligung an der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH wurden folgende Zahlungen als Betriebskostenzuschuss bzw. Nachschuss aus dem städtischen Haushalt gezahlt:

Betriebskostenzuschuss für das Jahr	Betrag in €
2016	12.820,00
2015	13.367,50
2014	13.800,00

9.7 Auszug aus dem Lagebericht der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH ist Betreiberin eines Verkehrslandeplatzes für den qualifizierten Geschäftsreiseflugverkehr. Eine Kernaufgabe des Unternehmens ist die Bereitstellung der öffentlichen Luftverkehrsinfrastruktur mit den Flugbetriebsflächen, der Landebahn, Rollwegen und Abstellflächen. Gemäß der Satzung sind die Infrastruktureinrichtungen des Verkehrslandeplatzes für den Geschäftsreiseflugverkehr und für den Flugsport zur Verfügung zu stellen. Das Unternehmen stellt Flugbetriebsflächen mit Landebahn, Rollwegen und Abstellflächen sowie Flugzeughallen zur sicheren Unterbringung von Luftfahrzeugen bereit und betreibt eine Tankanlage für Flugbetriebskraftstoffe als Agenturbetrieb. Neben den Verkehrsflächen und einer Tankanlage werden Gewerbe- und Büroflächen für die ansässigen Unternehmen und Wohnungen bewirtschaftet. Des Weiteren ist die Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH auf der Grundlage des Luftverkehrsgesetzes und ihrer gültigen Betriebsgenehmigung für den Betrieb und die Sicherheit auf den öffentlichen Verkehrsflächen und auf dem sonstigen Flugplatzgelände zuständig. Die Flugplatzgesellschaft stellt sicher, dass der Flugbetrieb auf dem Platz ordnungsgemäß abläuft und die Luftfahrzeugführer durch die Bereit-



stellung eines Informationsdienstes bei der Durchführung ihres Flugvorhabens unterstützt werden. Dabei ist eine Kernaufgabe der Flugplatzgesellschaft die Bereitstellung des Feuerwehr- und Rettungsdienstes während der Betriebszeiten des Verkehrslandeplatzes. Weitere wichtige Aufgaben sind die ständige Unterhaltung des bestehenden Verkehrslandeplatzes und die Durchführung notwendiger Investitionen. Demgemäß hat die Flugplatzgesellschaft ihre satzungsgemäße öffentliche Zwecksetzung zu erfüllen.

Forschung und Entwicklung

Das Unternehmen unterhält keine Forschungs- und Entwicklungsabteilung.

Wirtschaftsbericht

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Branche verläuft anhaltend positiv. Wachstumsmotor an den deutschen Flughäfen war 2016 erneut der Europaverkehr mit einem Anstieg der Reisenden von +4,6%.

Die Gesamtbilanz 2016 der deutschen Flughäfen verzeichnet über 233 Mio. ein- und aussteigende Passagiere. In den letzten Jahren konnten die deutschen Flughäfen die Zahl ihrer Passagiere deutlich steigern. Diese Steigerungsraten bei Passagieren und Cargo gehen mit einem Wachstum der Starts und Landungen einher. Allein in NRW starteten und landeten über 40 Mio. Passagiere im Jahr 2016 an den sechs größten Flughäfen des Landes. Für die allgemeine Luftfahrt verändern europäische Harmonisierungen bei Zulassungs- und Sicherheitsauflagen die Rahmenbedingungen der Flugplätze und der Luftfahrt im Allgemeinen. Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen stellt fest, dass in einer international verflochtenen und auf Export orientierten Region wie Nordrhein-Westfalen ein vielfältiger Geschäftsreiseverkehr per Flugzeug zur wichtigen und unverzichtbaren Voraussetzung für die im Land ansässigen Unternehmen geworden ist.

Der mit kleineren Flugzeugen abgewickelte Mittelstreckenverkehr zu Zielen im europäischen Ausland findet mit den Schwerpunktlandeplätzen komfortable Luftverkehrs-Standorte in jeder Region des Landes. Der Wunsch nach Mobilität jedes Einzelnen und die internationale Vernetzung der Geschäftsbeziehungen lassen den Luftverkehr weiter wachsen. Die Bereitstellung eines Flugplatzes, als Knotenpunkt des Netzwerkes Luftverkehr, kommt diesen Wünschen entgegen und erhöht die Attraktivität des Luftverkehrs insgesamt und des Standortes in Besonderen.

Geschäftsverlauf

Die allgemeine konjunkturelle Entwicklungen, Sicherheitsauflagen, allgemeine technische Einflussgrößen aber auch großräumige Wetterlagen haben direkten Einfluss auf das Verkehrsaufkommen in der allgemeinen Luftfahrt.

Im Wirtschaftsjahr 2016 waren, im Gegensatz zum Vorjahr, in der ersten Jahreshälfte längere Schlechtwetterperioden zu registrieren, so dass diese Einflussgröße die Flugbewegungszahlen in den ersten beiden Quartalen negativ beeinflusst hat. In der zweiten Jahreshälfte wurden die Flugbewegungen über den Vergleichszeitraum des Vorjahres gesteigert. Dieser wetterbedingte Rückgang in



den ersten beiden Quartalen zeigte sich im Wesentlichen bei den Luftfahrzeugen im Sport- und Freizeitsektor (Ultralight und Segelflugzeuge), die konstruktionsbedingt von guten Wetterbedingungen abhängig sind. Die vorrangig gewerblich genutzten Luftfahrzeuge (Hubschrauber und F, G, I - Luftfahrzeuge) zeigen einen konstanten Nutzungsgrad bzw. eine leichte Steigerung auf, da diese wetterunabhängiger betrieben werden. Die Flugbewegungszahlen der Motorsegler, Hubschrauber und mehrmotorigen Luftfahrzeuge im Schulungsbetrieb konnten deutlich zulegen. Die Anzahl der Flugbewegungen mit Luftfahrzeugen der Klassen über 2 t Abfluggewicht (B, C, I, F) haben auch im Jahr 2016 weiter zugelegt und haben zum ersten Mal in der Geschichte des Verkehrslandeplatzes die 500er-Marke überschritten.

Wie im Vorjahr gelang es die Umsatzerlöse in diesem Geschäftsjahr über den Zielansatz des Wirtschaftsplans zu steigern. Die Steigerungen ergaben sich im Einzelnen durch die gute Auslastung der vorhandenen Flugzeughallen sowie durch die hohe Anzahl an Flugbewegungen mit hochwertigen Luftfahrzeugen, die jeweils höhere Einnahmen aus Landegebühren ermöglichen, und dem gestiegenen Treibstoffverkauf.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Gesellschaft beendet das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 241 T€ (im Vorjahr 251 T€), was gegenüber dem Vorjahr einer Erhöhung von TEUR 10 entspricht.

Im Wirtschaftsjahr 2016 stiegen die Umsatzerlöse aus Ab- und Unterstellungen von Luftfahrzeugen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 8,1. Die Zahl der Flugbewegungen mit Luftfahrzeugen (aller Klassen) ging insgesamt wetterbedingt leicht zurück und lag bei 48.008 Bewegungen. Die Erlöse aus Landegebühren stiegen insgesamt um TEUR 3,1. Die Flugbewegungen von Luftfahrzeugen mit einem Abfluggewicht über 2 t stieg auf 504 Flugbewegungen (Vorjahr: 484 Flugbewegungen Klassen C, I, F).

Die Provisionseinnahmen für den Verkauf von Flugbetriebsstoffen wurden um 2,1 TEUR gesteigert.

Durch die Umstellung der Umsatzerlöse nach dem Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz werden die Mieterlöse nun auch unter dem Posten Umsatzerlöse ausgewiesen. Unter Berücksichtigung der des neuen Begriffs der Umsatzerlöse haben sich diese von TEUR 452 (operativ TEUR 358, Vermietung TEUR 94) um TEUR 19 auf TEUR 471 (operativ TEUR 371, Vermietung TEUR 100) gesteigert.

Der Verbrauch von JET A1 stieg auch in diesem Wirtschaftsjahr deutlich an und lag um 23.490 Liter höher als im Vorjahr. Der Verbrauch von AVGAS stieg im Vergleich zum Vorjahr um 6.400 Liter an.

Die Rückstellung für den Rückbau hat sich um TEUR 35 (Vorjahr TEUR 21) auf TEUR 241 (TEUR 205) erhöht.



Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens ist hinsichtlich der laufenden Kosten derzeit stabil und durch die Bereitstellung des Betriebskostenzuschusses gesichert.

Finanzmanagement, Cash Flow Planung

Die Cash Flows des Unternehmens werden durch die Zuflüsse aus Umsatzerlösen und Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter gedeckt. Damit ist die Liquidität der Gesellschaft hinsichtlich der laufenden Kosten derzeit gesichert.

Vermögenslage

Die Gesellschafter stellten der Flugplatzgesellschaft 2016 einen Betriebskostenzuschuss von EUR 256.400 finanzwirksam zur Verfügung, der auf Basis der Gesellschafterbeschlüsse in die Kapitalrücklage eingestellt wurde.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzielle Leistungsindikatoren werden die Umsätze durch Landegebühren, Ab- und Unterstelleneinnahmen und Treibstoffprovisionen definiert.

Die Erlöse aus Landegebühren stiegen insgesamt um 3,1 T€. Die Provisionseinnahmen für den Verkauf von Flugbetriebsstoffen lag 2,1 T€ über dem Vorjahresniveau. Im Wirtschaftsjahr 2016 stiegen die Umsatzerlöse aus Ab- und Unterstellungen von Luftfahrzeugen gegenüber dem Vorjahr um 8,1 T€.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Prognosebericht

Die strategische Ausrichtung des Unternehmens zielt auf eine deutliche Verstärkung des Luftverkehrs sowohl mit Luftfahrzeugen der Klassen über 2 Tonnen Abfluggewicht als auch in den Klassen der leichteren Luftfahrzeuge. Dabei ist es ein Ziel, die Luftfahrzeuge am Standort anzusiedeln und in geeignete Flugzeughallen unterzubringen. Als geplante Alternative ist die Stationierung und Unterbringung von neuen Luftfahrzeugen auch in Flugzeughallen auf den Flächen des benachbarten Gewerbegebietes vorgesehen. Die positiven wirtschaftlichen Effekte durch die geplante Entwicklung im Gewerbegebiet werden den Standort und die Flugplatzgesellschaft weiter stärken. Die derzeitige Auskiesung und belastungsfähige Rückverfüllung der geplanten Gewerbeflächen verschieben diese Planungen zeitlich nach hinten.

Das Bauvorhaben eines privaten Investors, eine Flugzeughalle auf dem Flugplatzgelände zu errichten und dort mehrere Luftfahrzeuge inklusive eines Businessjets einzustellen soll im Jahr 2017 verwirklicht werden. Dieses Vorhaben wird die Flugbewegungszahlen in der Klasse der Flugzeuge über 2 t weiter steigern. Insgesamt stellt sich die Entwicklung in den Jahren 2017 und 2018 für das Unternehmen positiv dar. Die intensive Nutzung der Infrastruktur durch Luftfahrzeuge im privaten und



gewerblichen Sektor bestätigt die mit der Landebahnverlängerung eingeschlagene mittelfristige Unternehmensstrategie das Angebot für gewerbliche Flugzeugbetreiber attraktiv zu gestalten und damit die Grundlage für weitere positive Entwicklungen zu schaffen. Die Verzögerungen bei der Entwicklung des angrenzenden Gewerbegebietes werden die positive Entwicklung, besonders im Bereich der Ansiedlung von luftfahrtaffinem Gewerbe jedoch verlangsamen. Es wird für das Geschäftsjahr 2017 eine Erhöhung der Erlöse aufgrund des geplanten Neubaus einer weiteren Rundhalle und der Errichtung einer SuperPlus Tankstelle zur Treibstoffversorgung der Luftfahrzeuge der unteren Gewichtsklassen. Insgesamt sind operative Umsatzerlöse von TEUR 385 geplant. Daneben werden noch Mieterlöse in ähnlicher Höhe wie 2016 erwartet. Unter Berücksichtigung der geplanten Optimierungen wird ein Jahresergebnis von TEUR – 246 erwartet. Aufgrund der systembedingten Rahmenbedingungen, die der Betrieb eines Verkehrslandeplatzes mit sich bringt, kann die Gesellschaft keine konkreten Details zur voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens abgeben. Die Geschäftsführung weist bei zukunftsbezogenen Aussagen darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Für die zukünftige Entwicklung des Unternehmens sind keine bedeutsamen Risiken zu erkennen, sofern die Gesellschafterbeschlüsse zur weiteren Entwicklung des Verkehrslandeplatzes und seines Umfeldes umgesetzt werden. Dies betrifft insbesondere die Entwicklung im Gewerbegebiet der Stadt Bottrop sowie die Entwicklung von Hangarflächen auf dem Gebiet der Gemeinde Hünxe. Die Auskiesung der Bottroper Gewerbeflächen verschiebt den Beginn der Ansiedlung weiterer flugaffiner Unternehmen am Standort. Durch den Bau weiterer und größerer Flugzeughangars auf anderen Flächen kann die Gesellschaft neue Zielgruppen dauerhaft an den Flugplatz binden, um so Umsatzerlöse signifikant zu steigern. Für die zukünftige Entwicklung wird auch entscheidend sein, wie sich die finanzielle Situation der kommunalen Gesellschafter entwickeln wird. Der Handlungsspielraum für die Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH hängt unmittelbar vom Haushaltskonsolidierungsprozess der beteiligten Kommunen ab.

Der Handlungsspielraum für die Flugplatzgesellschaft ist aufgrund der dünnen Eigenkapitaldecke sehr eng. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der notwendigen Investitionen. Gleiches gilt dann, wenn die Dotierung der Kapitalrücklage durch die Gesellschafter nicht oder nicht in der notwendigen Höhe erbracht wird. Hieraus können sich entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken ergeben, die auch die Existenz des Unternehmens gefährden könnten. Daher ist es dringend notwendig, das Eigenkapital zu erhöhen.

Chancen

Nach dem Ausbau des Flugplatzes ist das Unternehmen im Wettbewerb gut positioniert. Regionale Wettbewerber mit vergleichbarer Leistungsfähigkeit oder Ausgangsposition werden aufgrund spezieller Reglementierungen oder örtlichen Besonderheiten in ihrer Entwicklung gehindert oder sollen gemäß politischer Beschlüsse vom Markt gehen. Die Ausstattung und die geographische Lage im Ballungsraum Ruhrgebiet zeichnen den Verkehrslandeplatz aus. Die beiden großen Flughäfen in der



Region bilden zusammen mit unserem Verkehrslandeplatz ein Dreieck, das den Großraum Ruhrgebiet umschließt. Der auf diesen Flughäfen abgewickelte Linienverkehr wird weiter wachsen und zu einer Verdrängung des Individualluftverkehrs zu dem Standort hin führen. Die Verkehrsinfrastruktur Straße wird in Zukunft über die Belastungsgrenze hinaus ausgelastet und Kunden, die auf Mobilität und Flexibilität angewiesen sind, werden verstärkt Angebote der Luftfahrt und damit den Standort nutzen.

Gesamtaussage

Die Konsolidierungsphase der Gesellschaft ist noch nicht abgeschlossen und wird auch in den nächsten Jahren weitergeführt. Das Unternehmen ist auf die Zukunft gut vorbereitet und wird für seine Kunden aus den Geschäftsfeldern des Privat- und Geschäftsreiseflugverkehrs ein attraktiver Partner sein können.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Gesellschaft arbeitet zum großen Teil mit langjährigen Kunden zusammen. Forderungsausfälle sind daher die Ausnahme. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele erfüllt. Im langfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über Darlehen bei Kreditinstituten sowie Gesellschafterdarlehen. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Das Unternehmen verfolgt eine konservative Risikopolitik. Die Liquidität wird regelmäßig geplant.



9.8 Bilanz der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

Aktiva	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Anlagevermögen						
I. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.862.467,04		4.124.514,54		4.121.595,20	
2. technische Anlagen und Maschinen	8.698,50		11.919,00		11.306,00	
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.356,50		10.727,50		13.383,50	
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00		0,00		175.632,24	
		3.880.552,04		4.147.161,04		4.321.916,94
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Fertige Erzeugnisse und Waren		5.607,65		4.720,50		9.225,88
2. geleistete Anzahlungen		4.587,50				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20.101,84		16.108,40		17.692,79	
2. sonstige Vermögensgegenstände	15.586,81		9.088,92		19.535,55	
		35.688,65		25.197,32		37.228,34
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		602.487,35		600.213,18		509.078,48
Bilanzsumme		4.528.893,19		4.777.292,04		4.877.449,64



Passiva	31.12.2016 €		31.12.2015 €		31.12.2014 €	
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		25.564,59		25.564,59		25.564,59
II. Kapitalrücklage		37.381,70		22.014,24		5.757,92
III. Gewinnrücklagen						
andere Gewinnrücklagen		195.900,00		195.900,00		195.900,00
IV. Bilanzverlust		-179.423,71		-179.423,71		-179.423,71
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil		1.593.063,76		1.710.628,69		1.828.358,41
C. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		214.305,98		229.986,90		245.667,82
D. Rückstellungen						
Sonstige Rückstellungen		297.647,64		260.721,89		234.521,16
E. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	233.121,57		248.070,56		109.997,01	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.340,32		30.443,27		128.618,13	
3. sonstige Verbindlichkeiten	2.090.991,34		2.233.385,61		2.282.488,31	
		2.344.453,23		2.511.899,44		2.521.103,45
Bilanzsumme		4.528.893,19		4.777.292,04		4.877.449,64



9.9 Gewinn- und Verlustrechnung der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
1. Umsatzerlöse	471.314,76		452.285,34		332.517,47	
2. sonstige betriebliche Erträge	152.429,12		144.299,02		263.118,83	
3. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	453,12		485,15		547,16	
4. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	309.643,32 88.131,69	397.775,01	300.945,78 85.288,67	386.234,45	306.388,47 81.698,73	388.087,20
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	268.695,98		269.175,84		263.240,75	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	142.884,93		142.435,90		186.299,80	
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge – davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen Euro 2.947,90 (Euro 3.473,00)	3.076,26		3.633,71		5.020,42	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 38.123,65 (Euro 36.960,35)	44.354,66		43.526,22		23.072,66	
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33,86		37,49		0,00	
10. Ergebnis nach Steuern		-227.377,42		-241.676,98		-260.590,85
11. sonstige Steuern	13.655,12		9.416,70		9.651,23	
12. Jahresfehlbetrag		241.032,54		251.093,68		270.242,08
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		179.423,71		179.423,71		179.423,71
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		241.032,54		251.093,68		270.242,08
15. Bilanzverlust		179.423,71		179.423,71		179.423,71



Es ergibt sich folgende **Kennziffernanalyse** zur Vermögenslage:

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
	T€ / Wert	T€ / Wert	T€ / Wert
Anlagenintensität	86 %	87 %	89 %
<u>Anlagevermögen * 100</u>	<u>3.881</u>	<u>4.147</u>	<u>4.322</u>
Gesamtvermögen	4.528	4.777	4.878
Anlagendeckung I	2 %	2 %	1 %
<u>Eigenkapital * 100</u>	<u>79</u>	<u>65</u>	<u>47</u>
Anlagevermögen am 31.12.	3.881	4.147	4.322
Anlagendeckung II	8 %	8 %	42 %
<u>(Eigen- + langfristiges Fremdkapital) * 100</u>	<u>312</u>	<u>313</u>	<u>157</u>
Anlagevermögen am 31.12.	3.881	4.147	4.322
Eigenkapitalquote	2 %	1 %	1 %
<u>Eigenkapital * 100</u>	<u>79</u>	<u>65</u>	<u>47</u>
Gesamtkapital	4.528	4.777	4.878
Verschuldungsgrad	5632 %	7249 %	10279 %
<u>Fremdkapital * 100</u>	<u>4.449</u>	<u>4.712</u>	<u>4.831</u>
Eigenkapital	79	65	47
Anspannungskoeffizient	98 %	99 %	99 %
<u>Fremdkapital * 100</u>	<u>4.449</u>	<u>4.712</u>	<u>4.831</u>
Gesamtkapital	4.528	4.777	4.878



Es ergibt sich folgende **Kennziffernanalyse** zur Ertragslage:

	2016	2015	2014
	T€ / Wert	T€ / Wert	T€ / Wert
Kennzahlen der Rentabilität			
Eigenkapitalrentabilität nach Steuern	-305 %	-386 %	-574 %
<u>Jahresfehlbetrag * 100</u>	-241	-251	-270
Eigenkapital –gesamt	79	65	47
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern	-386 %	-386 %	-574 %
Jahresfehlbetrag + Steuern vom			
<u>Einkommen und Ertrag * 100</u>	-241	-251	-270
Eigenkapital –gesamt	79	65	47
Umsatzrentabilität I	-51 %	-70 %	-81 %
<u>Jahresüberschuss * 100</u>	-241	-251	-270
Umsatzerlöse	471	358	333



10. DINKOMM GmbH

Dinslakener Telekommunikations-Gesellschaft mbH

Gerhard-Malina-Str. 1

46537 Dinslaken

Telefon: 02064 605 0

E-Mail: info@dinkomm.de

10.1 Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse der DINKOMM GmbH

Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Firma	DINKOMM GmbH
Sitz	Dinslaken
Gesellschaftsvertrag	vom 17. Juni 2002, zuletzt geändert am 06. Mai 2004
Handelsregistereintragung	Amtsgericht Duisburg-Hamborn, Abt. B Nr. 10381

Durch Gesellschafterbeschluss vom 29.04.2016 ist die DINKOMM GmbH mit Wirkung ab dem 01.01.2017 an die Stadtwerke Dinslaken GmbH veräußert worden.

10.2 Unternehmensgegenstand der DINKOMM GmbH

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung folgender Dienstleistungen: der Betrieb von Übertragungswegen, die für Telekommunikationsdienstleistungen genutzt werden, An- und Verkauf, Anmietung und Vermietung von Telekommunikationseinrichtungen, Planung und Realisierung von Telekommunikationsvorhaben, Betrieb eigener und fremder Telekommunikationseinrichtungen, Beratung und Unterstützung bei der Planung und Realisierung von Telekommunikationsvorhaben.



10.3 GmbH-Anteile und Gesellschafter der DINKOMM GmbH

Stammkapital:

322.000 €

Gesellschafter	Anteil in €	Anteil in %
Stadtwerke Dinslaken GmbH	184.200	57,2
Stadt Dinslaken	61.400	19,1
Niederrheinische Sparkasse RheinLippe	61.400	19,1
Stadt Voerde	15.000	4,6





10.4 Organe der DINKOMM GmbH

Die DINKOMM GmbH hat weder einen Aufsichtsrat noch einen Beirat.

Geschäftsführung

Michael Hörsken, Dinslaken (ab 01.01.2015)
Diplom Ingenieur

10.5 Finanzielle Auswirkungen der DINKOMM GmbH auf den städtischen Haushalt

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 196 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss 6 T€) ab.

10.6 Sonstiges

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Die technische und kaufmännische Betriebsführung wird vertragsgemäß von den Stadtwerken Dinslaken GmbH, Dinslaken, wahrgenommen.



10.7 Bilanz der DINKOMM GmbH

Aktivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
A. Anlagevermögen						
I. Sachanlagen						
1. technische Anlagen und Maschinen	0,00		350.475,00		390.383,00	
2. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	0,00	1.790,00	352.265,00	2.152,00	392.535,00
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	0,00	0,00	14.750,00	14.750,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00		2.688,30		1.635,29	
2. Forderungen gegen Gesellschafter	73.307,57		5.592,05		37,37	
3. sonstige Vermögensgegenstände	229,57	73.537,14	4.840,08	13.120,43	35,22	1.707,88
II. Guthaben bei Kreditinstituten		113.662,51		184.134,91	0,00	187.461,77
C. Rechnungsabgrenzungsposten			5.536,13	5.536,13		0,00
		187.199,65		569.806,47		581.704,65



Passivseite	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
	€		€		€	
Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	322.000,00		322.000,00		322.000,00	
II. Gewinnvortrag	21.481,57		15.391,01		26.390,41	
III. Jahresüberschuss	-195.630,85	147.850,72	6.090,56	343.481,57	-10.999,40	337.391,01
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		0,00		12.737,00		13.687,00
C. Rückstellungen						
1. sonstige Rückstellungen	4.165,65	4.165,65	6.043,64	6.043,64		4.000,00
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr (i. Vj. 23.591,33 €)	0,00		182.296,33		205.020,00	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr (i. Vj. 5.888,21 €)	2.030,57	2.030,57	5.888,21		3.656,94	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr (i. Vj. 19.267,77 €)	11.742,63	11.742,63	19.267,77		8.330,00	
4. sonstige Verbindlichkeiten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr (i. Vj. 91,95 €) - davon aus Steuern bis zu 1 Jahr (i. Vj. 0,00 €) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit (im Vorjahr 0,00 €)	21.410,08 21.410,08	21.410,08	91,95	207.544,26	9.619,70	226.626,64
		187.199,65		569.806,47		581.704,65



10.8 Gewinn- und Verlustrechnung der DINKOMM GmbH

	31.12.2016		31.12.2015		31.12.2014	
		€		€		€
1. Umsatzerlöse		254.648,32	265.383,24		280.506,84	
2. sonstige betriebliche Erträge		638,80	632,71	266.015,95	4.130,13	284.636,97
3. Material-aufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	16.866,75		0,00			
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	170.077,46	186.944,21	124.592,89	124.592,89	135.929,82	135.929,82
4. Rohergebnis		68.342,91		141.423,06		148.707,15
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	51.296,00	51.296,00		74.344,84	98.626,51	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		188.013,56		53.521,89	56.991,19	155.617,70
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		24.524,20		0,00		261,64
- davon an verbundene Unternehmen (im Vorjahr 0,00 €)	0,00					
- davon aus Aufzinsung (im Vorjahr 0,00 €)	279,47					
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00			-0,56	-3.888,93	
9. Ergebnis nach Steuern		-195.490,85		6.256,56		
11. sonstige Steuern		140,00		166,00	104,00	-3.784,93
12. Jahresfehlbetrag/ -überschuss		-195.630,85		6.090,56		-10.999,40



11. Zweckverbände

11.1 Sparkassenzweckverband Wesel – Dinslaken

Mitglieder des Sparkassenzweckverbandes sind die Städte

Wesel, Dinslaken, Hamminkeln und Voerde sowie die Gemeinden Schermbeck und Hünxe

An dem Verband sind die Mitglieder mit folgenden Quoten beteiligt:

Stadt Wesel	40,18 %
Stadt Dinslaken	23,36 %
Stadt Hamminkeln	13,56 %
Stadt Voerde	11,83 %
Gemeinde Schermbeck	6,26 %
Gemeinde Hünxe	4,81 %

Sitz des Zweckverbandes: Bismarckstr. 1
46483 Wesel

11.1.1 Organe des Zweckverbandes

Die Organe des Zweckverbandes sind

- die Verbandsversammlung und
- der Verbandsvorsteher.



11.1.2 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 50 Vertretern der Verbandsmitglieder.

Davon entsenden die Verbandsmitglieder:

- Stadt Wesel 14 Vertreter
- Stadt Hamminkeln 4 Vertreter
- Gemeinde Schermbeck 4 Vertreter
- Stadt Dinslaken 16 Vertreter
- Stadt Voerde 8 Vertreter sowie
- die Gemeinde Hünxe 4 Vertreter.

Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungen der Verbandsmitglieder für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte und aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder der von ihnen vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Verbandsmitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. In gleicherweise ist für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ein Stellvertreter zu wählen, der bei Verhinderung des Mitgliedes dessen Aufgabe wahrnimmt.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungen der Verbandsmitglieder den Vorsitzenden der Verbandsversammlung und dessen Stellvertreter. Sie dürfen nicht der Vertretung desselben Verbandsmitgliedes angehören.

11.1.3 Vertretung der Stadt Voerde in den Gremien des Zweckverbandes

Zweckverbandsversammlung

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter/in</u>
Bürgermeister Dirk Haarmann	Beigeordnete Simone Kaspar
Bastian Lemm	Uwe Goemann
Stefan Schmitz	Wolfgang Krieg
Hans-Peter Meulendyck	Ulrich Neßbach
Bernd Altmeppen	Hasan Gördü
Walter Seelig	Engin Aydin



Stefan Meiners

Gabriele Rohr

Jörg Thomas

Britta Dickmann

Verwaltungsrat

Uwe Goemann

Bastian Lemm

Hasan Gördü

Ingo Hülser

Stefan Meiners

Jörg Thomas

11.1.4 Gegenstand des Zweckverbandes

Der Verband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder. Der Verband ist Träger der „Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe“, die durch Aufnahme der Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe durch die Verbands-Sparkasse Wesel gemäß § 27 SpkG NRW entstanden ist. Die Sparkasse führt den Namen „Niederrheinische Sparkasse RheinLippe“.

11.1.5 Finanz- und Leistungsbeziehungen mit dem städtischen Haushalt

keine

12. Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

12.1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Niederrheinischen Sparkasse Rhein-Lippe

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Der Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken, dessen Mitglieder die Städte Wesel, Dinslaken, Hamminkeln und Voerde sowie die Gemeinden Schermbeck und Hünxe sind, ist Träger der Sparkasse.

Gemäß öffentlich-rechtlichem Vertrag vom 17.12.2015 zwischen dem Sparkassenzweckverband der Städte Wesel und Hamminkeln und der Gemeinde Schermbeck und dem Sparkassenzweckverband der Städte Dinslaken, Voerde und der Gemeinde Hünxe wurden die Sparkasse Dinslaken-Voerde-



Hünxe und die Verbands-Sparkasse Wesel (aufnehmendes Institut) mit Wirkung zum 1. Januar 2016 (Verschmelzungstichtag nach § 27 Abs. 3 Satz 3 SpkG Nordrhein-Westfalen) gemäß § 27 Abs. 1 SpkG Nordrhein-Westfalen zur Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe vereinigt. Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe hat ihren Sitz in Wesel.

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe definiert sich als Universalbank und bietet mit ihren Verbundpartnern alle Produkte und Serviceleistungen aus dem gesamten Finanzbereich an. Damit verfolgt die Sparkasse die geschäftspolitische Zielsetzung, die Versorgung der Bevölkerung mit kreditwirtschaftlichen Leistungen und die Förderung des mittelständischen Gewerbes sowie die Finanzierung wirtschafts- und strukturpolitischer Maßnahmen der Kommunen zu gewährleisten. Als wesentliche strategische Geschäftsfelder werden insbesondere die private Baufinanzierung, das gewerbliche Kreditgeschäft sowie das Versicherungs- und Wertpapiergeschäft definiert.

Die Sparkasse führt ihre Geschäfte nach wirtschaftlichen Grundsätzen, die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck ihres Geschäftsbetriebes. Durch die Nähe zu den Kunden und durch die Kenntnis der örtlichen Bedürfnisse soll eine vertrauensvolle und zukunftsorientierte Zusammenarbeit zum Wohle der gesamten Region gewährleistet werden.

Die Grundlagen der Geschäftstätigkeit ergeben sich, neben den für alle Kreditinstitute geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere aus dem Sparkassengesetz NRW. Hieraus ergibt sich auch aus §2 SpkG NRW der öffentliche Auftrag der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe. Des Weiteren verfolgt die Sparkasse das Regionalprinzip, welches in § 3 des SpkG NRW verankert ist. Eine weitere Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse ist die durch den Verwaltungsrat der Sparkasse erlassene Satzung.

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe ist über den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband in Düsseldorf Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V., Berlin. Die Hessische Landesbank (Helaba) hat für die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe die Funktion der Girozentrale.

Eine Verständigung zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland führte ab Mitte des Jahres 2005 zu einer Änderung der Haftungsgrundlagen der Sparkassen. Aufgrund der vereinbarten Übergangsregelung haftet für Verbindlichkeiten der Sparkasse, die bis zum 18. Juli 2005 gegründet wurden, neben dem Sparkassenvermögen der Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken betragsmäßig unbeschränkt. Für danach begründete Verbindlichkeiten haftet die Sparkasse – wie bisher auch – mit ihrem gesamten Vermögen.

Zum 3. Juli 2015 ist in Deutschland das Einlagensicherungssystem (EinSiG) in Kraft getreten. Das Gesetz setzt die entsprechende EU-Richtlinie um. Die Sparkassen-Finanzgruppe, zu der auch die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe zählt, hat ihr bestehendes Sicherungssystem nach den geänderten gesetzlichen Vorgaben neu ausgerichtet. Hierbei wird grundsätzlich das bewährte Prinzip der Institutssicherung für alle deutschen Sparkassen, Landesbank und Landesbausparkassen fortgesetzt. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe besteht aus 13 Sicherungseinrichtungen. Gemeinsam nehmen sie die Aufgaben wahr, die Solvenz und Liquidität der Mitgliedsinstitute bei drohenden oder bestehenden Schwierigkeiten zu sichern.



Das Sicherungssystem besteht im Einzelnen aus:

- den 11 Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände
- der Sicherungsreserve der Landesbanken / Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Der dezentrale Aufbau des Sicherungssystems sorgt dafür, dass die Mitgliedsinstitute eng begleitet werden können. Er verringert damit das Risiko wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Alle Sparkassen einer Region sind Mitglieder des zuständigen regionalen Sparkassenstützungsfonds. Sollte ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wird es vom jeweiligen Fonds gestützt. Dadurch wird zu jeder Zeit dessen Liquidität und Solvenz gewährleistet. Wenn bei einem regionalen Sparkassenstützungsfonds die Mittel für eine mögliche Stützung nicht ausreichen sollten, tritt ein überregionaler Ausgleich ein: Alle anderen Sparkassenstützungsfonds beteiligen sich dann gemeinsam an einer notwendigen Maßnahme zur Stützung eines Instituts. Darüber hinaus stehen bei Bedarf im Rahmen des systemweiten Ausgleichs

- alle Sparkassenstützungsfonds,
- die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie
- der Sicherungsfonds der Landesbausparkassen

gemeinschaftlich zusammen, falls die notwendigen Aufwendungen zur Stützung eines Instituts die vorhandenen Mittel der betroffenen Sicherungseinrichtung übersteigen. Durch diesen systemweiten Ausgleich stehen in einem Krisenfall sämtliche Mittel aller Sicherungseinrichtungen zusammen für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung. Die Ratingagentur Fitch Ratings hat weiterhin für die Sparkassen-Finanzgruppe das Gruppenrating von A+ für langfristige Verbindlichkeiten sowie F1+ für kurzfristige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

12.2 Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Bei der folgenden Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs setzen sich für Vergleichsmöglichkeiten die Vorjahreswerte aus den summierten Werten der seinerzeit noch eigenständigen Institute Verbands-Sparkasse Wesel und Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe zusammen. In der Bilanz zum 31. Dezember 2016 und in der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 werden ergänzend sowohl die zusammengefassten Vorjahreswerte der vereinigten Sparkassen als auch die Vorjahreswerte allein der Verbands-Sparkasse Wesel dargestellt.

Angesichts der Branchensituation, insbesondere gekennzeichnet durch die anhaltende Niedrigzinsphase und zunehmender Regulatorik, sind wir mit den Vertriebsleistungen und der gesamten Geschäftsentwicklung im Jahr 2016 zufrieden, auch wenn mit Blick auf die Prognoseberichterstattung für das Jahr 2016 die geplante moderate Ausweitung des Geschäftsvolumens nicht erreicht werden konnte.



12.3 Bilanzsumme

Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) ging um 6,7 % auf 2.980,6 Mio. EUR zurück. Die Bilanzsumme verringerte sich um 6,3 % auf 2.944,1 Mio. EUR.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen				
	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.944,1	3.142,9	-198,8	-6,3
Geschäftsvolumen (Bilanzsumme inkl. Eventualverbindlichkeiten)	2.980,6	3.194,0	-213,4	-6,7

12.4 Darstellung und Analyse der Lage

Ertragslage

Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Kreditwirtschaft ist das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe im Geschäftsjahr 2016 zufriedenstellend. Die Planwerte zum Zinsüberschuss und Provisionsüberschuss wurden allerdings um 1,44 Mio. EUR bzw. 1,38 Mio. EUR nicht erreicht. Beim Zinsüberschuss liegt die Ursache hierfür insbesondere darin begründet, dass zum einen die Entwicklung des Kreditgeschäfts hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist und zum anderen das Zinsniveau bis zum Ende des III. Quartals 2016 – entgegen der Planungsannahmen aus Ende 2015 – nochmals deutlich gesunken ist, mit entsprechenden spürbaren Auswirkungen auf den Zinsertrag. Die Unterschreitung des Planwertes im Provisionsüberschuss resultiert insbesondere aus der in 2016 im Rahmen der Fusion durchzuführenden Prozessharmonisierungen, welche – mehr als erwartet – auch Kapazitäten im Vertrieb gebunden haben. Der Verwaltungsaufwand in 2016 liegt um 2,3 Mio. EUR deutlich unter dem geplanten Wert. Sowohl der Planwert zum Sachaufwand als auch zum Personalaufwand konnten deutlich unterschritten werden. Im Sachaufwand konnten hier insbesondere die kurzfristig zu hebenden Synergieeffekte aus der Fusion weitestgehend umgesetzt werden. Abweichend von der Prognose im Rahmen der Lageberichterstattung des Vorjahres ist der Sachaufwand insofern nicht nur leicht sondern deutlich gesunken. Die Aufwendungen in der Bewertung des Kundenkreditgeschäfts liegen mit 1,1 Mio. EUR deutlich unter den geplanten Aufwendungen für 2016. Abweichend vom Ist-Ergebnis 2016 wurde im Lagebericht 2015 ein Bewertungsaufwand von 5,0 – 9,0 Mio. EUR prognostiziert. Für das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft ist abweichend von den ursprünglich prognostizierten Aufwendungen von 1,5 – 2,0 Mio. EUR ein Ertrag in Höhe von 0,5 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Sparkasse hat für die unbedingte und unwiderrufliche Verpflichtung zur Zahlung von planmäßigen Beiträgen in den Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes gemäß den Grundsätzen der risikoorientierten Beitragsbemessung des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe eine Rückstellung in Höhe von 1,9 Mio. EUR gebildet. Der Aufwand aus der Zuführung



zu dieser Rückstellung war in der Planung für das Jahr 2016 nicht enthalten. Nach Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 5,3 Mio. EUR beträgt das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit 7,7 Mio. EUR (10,5 Mio. EUR 2015). Nach Steuern beläuft sich der Jahresüberschuss für das Jahr 2016 auf 2,5 Mio. EUR (2,7 Mio. EUR 2015).

Der Zinsüberschuss – (einschließlich GuV Posten 3) – sank im Vergleich zu 2015 um 4,0 Mio. EUR (6,3 %) auf 59,8 Mio. EUR. Das Zinsgeschäft bleibt allerdings weiter die bedeutendste Ertragsquelle. Durch die erzielten Erträge aus Eigenanlagen sowie des Kundenkreditgeschäftes ist die Entwicklung des Zinsergebnisses vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus zufriedenstellend. Für die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe ergab sich auf der Grundlage der durchschnittlichen Bilanzsumme eine Zinsspanne von 1,89 % (1,90 % 2015), die leicht über dem Niveau der rheinischen Sparkassen mit 1,81 % (1,92 % 2015) liegt. Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe hat sowohl negative Zinsen erhalten als auch gezahlt, der Höhe nach allerdings nicht wesentlich für die Ertragslage.

Der Provisionsüberschuss sank leicht von 23,4 Mio. EUR in 2015 auf 23,2 Mio. EUR in 2016. Wesentliche Bestandteile des Provisionsergebnisses sind die Erträge aus den Vermittlungsgeschäften von Wertpapieren, Versicherungsleistungen und Immobilien sowie die Gebührenerträge aus dem Giroverkehr.

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe weist unter den sonstigen betrieblichen Erträgen unter anderem 1,2 Mio. EUR Ertrag aus der geänderten Abzinsungsvorschrift für Altersvorsorgeverpflichtungen aus. Die in den Vorjahren gebildete Rückstellung für einen Verpflichtungsüberschuss aus der imparitätischen Einzelbewertung von Derivaten, die die Voraussetzungen zur Einbeziehung in die verlustfreie Bankbuchbewertung nicht erfüllt haben, wird, vermindert um eine gleichmäßige, erfolgswirksame Auflösung ab dem Jahr 2016 über einen Zeitraum von zehn Jahren, fortgeführt. Der jährliche Auflösungsbetrag in Höhe von 0,4 Mio. EUR wird in den sonstigen betrieblichen Erträgen berücksichtigt.

Der Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 8 beträgt insgesamt 86,9 Mio. EUR nach 91,8 Mio. EUR im Vorjahr.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind um 2,2 % auf 63,5 Mio. EUR gesunken (2015 64,9 Mio. EUR). Die darin enthaltenen Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung beliefen sich auf 40,4 Mio. EUR (Vorjahr 41,5 Mio. EUR). Die anderen Verwaltungsaufwendungen sanken um 0,3 % auf 23,1 Mio. EUR (Vorjahr 23,4 Mio. EUR). In den anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten ist der Aufwand zur Dotierung einer Rückstellung für die unbedingte und unwiderrufliche Verpflichtung zur Zahlung von planmäßigen Beiträgen in den Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes gemäß den Grundsätzen der risikoorientierten Beitragsbemessung des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe in Höhe von 1,9 Mio. EUR. Die Rückstellung wird bis spätestens 2024 jährlich anteilig für planmäßige Beitragszahlungen bis zur Höhe der gesetzlichen und satzungsrechtlich festgelegten finanziellen Zielausstattung des Sparkassenstützungsfonds verwendet. Des Weiteren enthalten die anderen Verwaltungsaufwendungen 2,0 Mio. EUR Aufwendungen, welche in direktem Zusammenhang mit der Fusion stehen, insbesondere hier Beratungsdienstleistungen und Aufwendungen für die technische Umsetzung.



Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen 3,4 Mio. EUR (Vorjahr 3,0 Mio. EUR).

Die Aufwand/Ertrag-Relation (Cost-Income-Ratio), ermittelt nach den Regularien des Betriebsvergleiches des DSGV, die den Verwaltungsaufwand in Relation zu den Bruttoerträgen setzt, verbesserte sich in 2016 leicht auf 77,3 % (RSGV 71,2 %) von 77,8 % im Vorjahr (RSGV 69,2 %). Das Betriebsergebnis vor Bewertung in % zur Jahresdurchschnittsbilanzsumme erreicht in 2016 0,60 % (RSGV 0,71 %) nach 0,59 % (RSGV 0,79 %) im Vorjahr.

Für das Jahr 2016 wird ein Aufwand aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft – nach Verrechnung mit den Erträgen – in Höhe von insgesamt 0,9 Mio. EUR (Vorjahr Ertrag 17,0 Mio. EUR) ausgewiesen. Der Ertrag aus dem Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus einem Sondereffekt (Auflösung von Einzelwertberichtigungen) des Althaus der Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe in Höhe von 20,0 Mio. EUR. Mit Blick in die Vergangenheit konnte insofern der Bewertungsaufwand im Kundenkreditgeschäft in 2016 für die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe auf einem niedrigen Niveau stabilisiert werden. Der Ertrag aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere nach Verrechnung mit den Aufwendungen beträgt 0,2 Mio. EUR (2015 7,6 Mio. EUR). Das Vorjahr war bisher hier maßgeblich durch die Realisierung von Kursgewinnen aus Verbriefungstransaktionen in Höhe von 7,8 Mio. EUR aus dem Althaus Verbands-Sparkasse Wesel geprägt.

Im Zusammenhang mit der Erhebung des Jahresbeitrags 2015 zur EU-Bankenabgabe hat die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, einen Anteil des festgesetzten Jahresbeitrags in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen zu erbringen. Die Absicherung der Zahlungsansprüche erfolgt durch eine von der Sparkasse bei der FMSA hinterlegten Barsicherheit in Höhe von 0,2 Mio. EUR.

Im Rahmen des umstellungsbedingten Zuführungsbedarfs bei den Pensionsrückstellungen aufgrund der erstmaligen Anwendung der Bewertungsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes zum 01.01.2010 hat die Sparkasse bis 2015 von der Möglichkeit, Zuführungsbeträge zu Pensionsrückstellungen aus dem Übergang auf das BilMoG über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu verteilen (Art. 67 Abs. 1 EGHGB) Gebrauch gemacht. Im Jahr 2016 wurde allerdings der noch ausstehende Betrag von 1,9 Mio. EUR vollständig zugeführt. Der Betrag ist in dem GuV-Posten „außerordentliche Aufwendungen“ erfasst.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag inkl. sonstiger Steuern ergeben einen Aufwand von 3,3 Mio. EUR (2015 7,6 Mio. EUR). Der ausgewiesene Bilanzgewinn von 2,5 Mio. EUR (2015 2,6 Mio. EUR) soll in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden. Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2016 beträgt 0,09 %.



Finanzlage

Von den eingeräumten Kreditlinien bei der Hessischen Landesbank (Helaba) und der Deutschen Bundesbank wurde der Kredit bei der Helaba zeitweise in Anspruch genommen. Zur kurzfristigen Liquiditätssteuerung wurden insbesondere Geldaufnahmen bei anderen Kreditinstituten getätigt. Die in der Liquiditätsverordnung ermittelte Liquiditätskennzahl, die mindestens 1,0 betragen muss, weist zum Jahresende einen Wert von 2,08 (2,33 in 2015) aus. Die Bandbreite im laufenden Jahr erstreckt sich von 1,88 bis 2,19. Die Liquidity Coverage Ratio, die im Jahr 2016 mindestens 70 % betragen muss, liegt zum Jahresende bei 156 %.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr 2016 aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken wird auf den Risikobericht verwiesen.

Vermögenslage

Nach der Zuführung aus dem Jahresüberschuss 2016 beläuft sich die Sicherheitsrücklage auf 152,3 Mio. EUR (2015 149,7 Mio. EUR). Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weiteres Kernkapital nach § 340g HGB. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel beträgt in Prozent des 12,5fachen der Gesamtanrechnungsbeträge gemäß CRR i. V. m. den ergänzenden Vorschriften der SolvV 14,45 % per 31.12.2016 (2015: Verbands-Sparkasse Wesel 12,11 %, Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe 12,61 %) und überschreitet deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert inkl. Kapitalerhaltungspuffer von 8,625 % (ohne SREP-Zuschlag). Die Eigenmittelanforderungen bilden den Rahmen für unsere zukünftige Geschäftsausweitung. Der Mittelwert aller rheinischen Sparkassen liegt zum 31.12.2016 bei 17,11 % (Vorjahr 16,40 %).

Insgesamt sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe auf Basis der dargestellten Vermögens- und Finanzlage zusammen mit der unter den aktuellen Rahmenbedingungen dargestellten Ertragslage als solide anzusehen.

Personal- und Sozialbereich

Zum Stichtag 31.12.2016 waren bei der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe 691 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Davon sind 429 Vollzeitkräfte, 209 Teilzeitkräfte und 53 Auszubildende.

12 Auszubildende, die ihre Ausbildung im Jahr 2016 mit Erfolg beendeten, übernahm die Sparkasse in das Angestelltenverhältnis. Mit dem weiterhin hohen Anteil von 53 Auszubildenden stellen wir unser Engagement für unsere Region erneut unter Beweis.

Insbesondere der geschäftliche Erfolg der Sparkasse und der positive Umgang mit Veränderungen hängt auch von der fachlichen Qualifikation und dem persönlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Daher bildet deren gezielte Förderung und Entwicklung, gerade auch im Hinblick auf den Ausbau der ganzheitlichen Kundenberatung, technische Neuerungen und sich ändernde Rahmenbedingungen, einen Schwerpunkt der Personalarbeit.



Zusammenfassung der Risikolage

Durch das Risikomanagement der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe können vorhandene Risiken frühzeitig erkannt und gesteuert werden. Zugleich dient das Risikomanagement zur Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, das Gesamtbankrisiko ist ausreichend abgesichert. Die höchste Bedeutung haben weiterhin die Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft. Im Rahmen des Risikocontrollings legt die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe daher ein besonderes Augenmerk auf diesen Bereich.

Unter Berücksichtigung der Ertragsprognosen für den Planungszeitraum bis Ende 2017 sowie der derzeitigen Risikosituation im Kundengeschäft und Eigenhandelsgeschäft gehen wir von einer gleichbleibenden Entwicklung für die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe aus. Sofern die Niedrigzinsphase weiter anhält, sind jedoch operative Ergebnisrückgänge durch Belastungen der Zinsspanne vorgezeichnet. Diesen Belastungen gilt es durch weitere Kostenreduzierungen und den Ausbau des Provisionsgeschäftes entgegenzuwirken. Eine Korrektur der bisherigen Geschäftspolitik wird für nicht erforderlich gehalten. Insgesamt steuert die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe ihre Risiken in einer Weise, die dem Geschäftsumfang und der Geschäftskomplexität angemessen ist.



12.5 Jahresbilanz am 31.12.2016

Aktivseite		Niederrheinische Sparkasse RheinLippe				
		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016				
		Euro	Euro	Euro	31.12.2015 Tsd. EUR	31.12.2015 Tsd. EUR
1.	Barmreserve				31.732	16.068
a)	Kassenbestand		33.730.085,80		31.732	16.068
b)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		77.519.088,68		37.680	23.273
				111.249.174,48	69.411	39.342
2.	Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a)	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen					
b)	Wechsel					
3.	Forderungen an Kreditinstitute				177.449	109.534
a)	täglich fällig		44.727.630,05		1.005	34
b)	andere Forderungen		780.650,40		178.459	109.628
				45.508.280,45	179.464	109.628
4.	Forderungen an Kunden			2.223.670.917,87	2.260.415	1.263.022
	darunter:					
	durch Grundpfandrechte gesichert	1.213.236.170,50 Euro			(1.262.551)	(659.569)
	Kommunikalkredite	48.500.595,92 Euro			(36.335)	(22.783)
5.	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a)	Geldmarktpapiere					
aa)	von öffentlichen Emittenten					
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank					
	ab) von anderen Emittenten					
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank					
b)	Anleihen und Schuldverschreibungen				81.378	20.033
ba)	von öffentlichen Emittenten		85.298.171,93			
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		85.298.171,93 Euro		(81.378)	(20.033)
bb)	von anderen Emittenten		234.824.567,18		271.202	100.096
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		233.310.375,58 Euro		(269.886)	(100.096)
c)	eigene Schuldverschreibungen			320.122.739,11	352.590	120.129
	Nennbetrag	2.094.000,00 Euro		2.237.940,99	9.955	9.955
				322.360.680,10	(5.985)	(5.985)
6.	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			157.583.407,42	163.724	91.359
6a.	Handelsbestand					
7.	Beteiligungen			45.047.444,68	45.256	29.282
	darunter:					
	an Kreditinstituten					
	an Finanzdienstleistungsinstituten					
8.	Anteile an verbundenen Unternehmen			135.000,00	135	110
	darunter:					
	an Kreditinstituten					
	an Finanzdienstleistungsinstituten					
9.	Treuhandvermögen			1.453.776,00	2.189	478
	darunter:					
	Treuhandkredite	1.453.776,00 Euro			(2.189)	(478)
10.	Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
11.	Immaterielle Anlagewerte					
a)	Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte					
b)	entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		13.292,00		36	15
c)	Geschäfts- oder Firmenwert					
d)	geleistete Anzahlungen					
				13.292,00	36	15
12.	Sachanlagen			35.634.811,64	37.206	13.844
13.	Sonstige Vermögensgegenstände			1.231.718,74	3.045	1.844
14.	Rechnungsabgrenzungsposten			211.217,24	533	259
15.	Aktive latente Steuern					
16.	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung					
Summe der Aktiva				2.944.099.724,63	3.142.944	1.670.266

*1 kumulierte Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel und der Sparkassen Dinslaken-Voerde-Hünxe
 *2 Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel



Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2015 ¹ Tsd. EUR	31.12.2015 ² Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		33.509.312,89		23.512	21.483
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		430.941.947,97		733.333	419.744
			464.451.260,86	756.845	441.228
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Sparkonten					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	962.780.086,05			944.676	512.400
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	37.187.777,12	999.967.863,17		60.071	28.733
b) andere Verbindlichkeiten				1.004.746	541.133
ba) täglich fällig	1.061.161.187,84			821.736	432.530
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	84.609.284,26			1.200.625	67.267
		1.145.770.472,10	2.145.738.335,27	1.042.361	499.798
				2.047.107	1.040.930
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) beliebige Schuldverschreibungen		4.000.177,97		14.223	14.223
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten					
darunter:					
Geldmarktpapiere	---			(-)	(-)
eigene Akzepte und				(-)	(-)
Schlechtswechsel im Umlauf	---		4.000.177,97	14.223	14.223
3a. Handelsbestand					
4. Treuhandverbindlichkeiten			1.453.776,00	2.189	478
darunter:					
Treuhandkredite	1.453.776,00 Euro			(2.189)	(478)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.412.413,18	4.444
					2.943
6. Rechnungsabgrenzungsposten				1.540.256,88	2.381
					962
6a. Passive latente Steuern					
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		21.863.645,00		18.938	10.503
b) Steuerrückstellungen		4.849.213,00		7.034	5.251
c) andere Rückstellungen		14.492.968,99		14.806	9.323
			41.005.826,99	40.778	24.077
8. Sonderposten mit Rücklageanteil					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				33.398.905,56	33.396
10. Genussrechtkapital				500.840,00	824
darunter:					
vor Ablauf von					
zwei Jahren fällig	500.840,00 Euro			(626)	(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				99.326.416,01	91.028
					68.548
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
b) Kapitalrücklage					
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage	149.731.199,92			147.111	74.820
cb) andere Rücklagen					
		149.731.199,92		147.111	74.820
d) Bilanzgewinn		2.540.717,00		2.621	2.062
			152.271.916,92	149.731	76.881
Summe der Passiva			2.944.099.724,63	3.142.944	1.670.286
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		36.520.949,73		51.102	25.521
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten					
			36.520.949,73	51.102	25.521
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften					
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		95.409.819,70		99.378	61.605
			95.409.819,70	99.378	61.605

*1 Kumulierte Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel und der Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe
 *2 Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel



12.6 Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016		Niederheinische Sparkasse RheinLippe			
		11-31 2015		12	
	Euro	Euro	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	83.517.361,89		95.859	49.385	
darunter:					
aus der Abzinsung von Rückstellungen	---		(-)	(-)	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	3.290.307,53	88.777.669,22	4.350	1.021	
		32.164.405,15	100.208	50.406	
2. Zinsaufwendungen			41.231	18.863	
darunter:					
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	31.687,94 Euro		(72)	(36)	
			54.613.264,07	31.543	
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.181.995,21	3.602	2.172	
b) Beteiligungen		991.130,99	1.230	488	
c) Anteile an verbundenen Unternehmen		---			
			5.183.129,20	2.690	
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					
			24.289	11.383	
5. Provisionserträge		23.919.440,34	843	513	
6. Provisionsaufwendungen		674.798,01	23.446	16.870	
			23.244.642,33	4.553	
7. Nettoertrag des Handelsbestands				1.759	
8. Sonstige betriebliche Erträge					
darunter:					
aus der Fremdwährungs-umrechnung	---		(-)	(-)	
aus der Abzinsung von Rückstellungen	---		(-)	(-)	
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil					
			86.942.088,30	91.805	
				46.832	
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	31.436.117,93		32.166	15.457	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.968.785,33		9.375	4.574	
darunter: für Altersversorgung	3.871.875,77 Euro		(3.913)	(2.304)	
		40.404.903,26	41.540	20.031	
b) andere Verwaltungsaufwendungen		23.140.027,30	23.368	11.576	
			63.544.930,56	31.607	
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.405.724,47	2.974	
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			6.186.360,42	7.851	
darunter:					
aus der Fremdwährungs-umrechnung	---		(-)	(-)	
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2.246.359,03 Euro		(2.553)	(1.544)	
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		933.951,96	534	534	
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		---	17.554	-	
			933.951,96	534	
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		---	109	-	
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		198.762,05	7.585	7.886	
			198.762,05	7.577	
			38.718,23	4	
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			5.300.000,00	30.134	
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			7.721.144,71	10.159	
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				7.744	
20. Außerordentliche Erträge					
darunter:					
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	---		(-)	(-)	
21. Außerordentliche Aufwendungen		1.886.903,00	222	121	
darunter:					
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	1.886.903,00 Euro		(222)	(121)	
22. Außerordentliches Ergebnis			1.886.903,00	222	
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.180.524,38	7.456	5.335	
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		113.000,33	109	26	
			3.293.524,71	5.561	
25. Jahresüberschuss			2.540.717,00	2.745	
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				2.082	
			2.540.717,00	2.745	
27. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals				125	
28. Bilanzgewinn			2.540.717,00	2.870	

*1 kumulierte Vorjahreswerte der Verbands-Sparkasse Wesel und der Sparkasse Dinslaken-Voerde-Hünxe



12.7 Angaben zu Organmitgliedern

Vorstand

ab 01.01.2016

Vorsitzender

Friedrich-Wilhelm Häfemeier

Mitglied

Rolf Wagner

Stellv. Mitglied

Ingo Ritter

Verwaltungsrat

ab 01.01.2016

Vorsitzendes Mitglied

Jürgen Linz
Kommunalbeamter

Stellvertreter des vorsitzenden Mitgliedes

1. Jürgen Buchmann
Rentner
(ab 01.08.2016)

1. Dr. Michael Heidinger
Bürgermeister
(bis 31.07.2016)

2. Ludger Hovest
Rentner

Bürgerschaftliche Mitglieder

Stellvertreter

Franz Bothen
Rentner

Wolfgang Lingk
Rentner

Jürgen Buchmann
Rentner

Peter Steinbeißer
Planungsingenieur

Stefan Franzke
Dipl.-Ing.

Michael Fastring
Kommunalbeamter

Ruth Freßmann
Rentnerin

Helmut Trittmacher
Kommunalbeamter

Uwe Jan Goemann
Geschäftsführer Stiftung

Bastian Lemm
Referent Geschäftsführung



Hasan Gördü Energieanlagenelektroniker	Ingo Hülser Maschinenbautechniker
Thomas Groß Diplomsozialarbeiter	Karl-Heinz Dasbach Rechtsanwalt und Notar
Dr. Michael Heidinger Bürgermeister (bis 31.07.2016)	
Marie-Luise Hillefeld Rentnerin	Axel Paulik Betriebswirt
Ludger Hovest Rentner	Ulrich Marose kaufm. Angestellter
Uwe Karla kaufm. Angestellter, Dipl.-Kfm.	Klaus Schetter Dipl.-Ing.
Volker Kobelt Betriebsratsvorsitzender	Gerrit Diekmann Rentner
Stefan Meiners Verwaltungsbeamter	Jörg Thomas Justizvollzugsbeamter
Horst Miltenberger Selbständiger Projektberater	Thomas Beerwerth Diplomingenieur
Bernd Reuther Abt.leiter Industrieunternehmen	Christoph Sebastian Hense Gymnasiallehrer, Dipl. Mathematiker
Herbert Tekaat Kommunalbeamter	Martin Wente städt. Angestellter, Dipl.-Kfm.
Lieselotte Wallerich Rentnerin	Thomas Koch Betriebsleiter Diakonieverein
Dr. Michael Wefelberg Arzt	Stefan Barske Dipl.-Ing.



Dr. Dieter Wigger
Rechtsanwalt

Roswitha Bannert-Schlabes
Personalcoach / Beraterin

Eyüp Yildiz
Sozialberater
(ab 01.08.2016)

Patrick Binder
Bürokaufmann
(ab 01.08.2016)

Personalvertreter

Stellvertreter

Frank Gossen
Sparkassenangestellter

Carolin Pergande
Sparkassenangestellte

Maik Hanke
Sparkassenangestellter

Patrick Becker
Sparkassenangestellter

Stefanie Hinz
Sparkassenangestellte

Ralf Oostendorp
Sparkassenangestellter

Melanie Hövel
Sparkassenangestellte

Thorsten Schroer
Sparkassenangestellter

Uwe Kisters
Sparkassenangestellter

Tina Schmidt
Sparkassenangestellte

Frank Lehmkuhl
Sparkassenangestellter

Willi Päseler
Sparkassenangestellter

Thomas Messner
Sparkassenangestellter

Andrea Drees
Sparkassenangestellte

Birgit Reuyß
Sparkassenangestellte

Erdal Dasdan
Sparkassenangestellter

Ralf Schmalfuß
Sparkassenangestellter

Henning Rockhoff
Sparkassenangestellter

Bernhard Zimmermann
Sparkassenangestellter

Anke Metz
Sparkassenangestellte

Beanstandungsbeamter

Stellvertreter

Dirk Haarmann
Bürgermeister Voerde

Bernd Romanski
Bürgermeister Hamminkeln



Beratende Mitglieder

Dirk Buschmann (Bürgermeister Hünxe)
 Dr. Michael Heidinger ab 01.08.2016 (Bürgermeister Dinslaken)
 Mike Rexforth (Bürgermeister Schermbeck)
 Bernd Romanski (Bürgermeister Hamminkeln)
 Ulrike Westkamp (Bürgermeisterin Wesel)

Berichterstattung über die Bezüge und andere Leistungen der Mitglieder des Vorstandes sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkasse- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstands erhalten ausschließlich einen Grundbetrag sowie eine allgemeine Zulage von 15 % des Grundbetrags. Erfolgsbezogene Vergütungsbestandteile sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung werden nicht gewährt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet. Darüber hinaus steigt der Grundbetrag des Vorstandsmitglieds ebenfalls um 2 %, wobei die Tarifierhöhungen angerechnet werden. Der jährliche Grundbetrag des stellvertretenden Vorstandsmitglieds steigt zusätzlich zu den Tarifierhöhungen jeweils vom 01.06. eines jeden Jahres um 4.351 EUR.

Vorstand	2016			
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage (erfolgsunabhängig) Tsd. EUR	Leistungszulage (erfolgsabhängig) Tsd. EUR	Sonstige Vergütung Tsd. EUR	Gesamtvergütung Tsd. EUR
Häfemeier, Friedrich-Wilhelm Vorsitzender	352,9	--	8,3	361,2
Wagner, Rolf Mitglied	316,2	--	11,3	327,5
Ritter, Ingo Stellv. Mitglied	282,4	--	8,6	291,0
Summe:	951,5	--	28,2	979,7



Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen, die gemäß den Regelungen des EStG nach der 1 %-Methode ermittelt werden.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Hauptausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 328 EUR (bis 12.05.2016) bzw. 350 EUR (ab 13.05.2016) je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag, die stellv. Vorsitzenden erhalten das 1,5fache Sitzungsgeld. Außerdem erhalten die ordentlichen und beratend teilnehmenden Mitglieder des Verwaltungsrats einen Pauschalbetrag von 1.900 €[®] p. a. Bei Bedarf erfolgte die Zahlung zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer. In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und –teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2016 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder in EUR:

Bannert-Schlabes, Roswitha	350,00	Kobelt, Volker	5.334,00
Barske, Stephan	700,00	Lehmkuhl, Frank	4.634,00
Becker, Patrick	328,00	Linz, Jürgen	9.424,00
Bothen, Franz	3.934,00	Meiners, Stefan	3.934,00
Buchmann, Jürgen	5.334,00	Messner, Thomas	5.990,00
Buschmann, Dirk	6.690,00	Metz, Anke	328,00
Dasbach, Karl-Heinz	700,00	Miltenberger, Horst	4.984,00
Dieckmann, Gerrit	328,00	Pergande, Carolin	328,00
Franzke, Stefan	6.340,00	Reuther, Bernd	4.284,00
Freßmann, Ruth	6.012,00	Reuyß, Birgit	3.584,00
Goemann, Uwe	10.017,42	Rexforth, Mike	6.384,00
Gördü, Hasan	3.934,00	Romanski, Bernd	8.377,60
Gossen, Frank	3.606,00	Schmalfuß, Ralf	3.934,00
Groß, Thomas	4.962,00	Tekaath, Herbert	4.656,00
Haarmann, Dirk	5.990,00	Trittmacher, Helmut	328,00
Hanke, Maik	3.956,00	Wallerich, Lieselotte	3.934,00
Heidinger, Dr. Michael	7.707,00	Wefelnberg, Dr. Michael	5.990,00
Hense, Christoph Sebastian	350,00	Wente, Martin	328,00
Hillefeld, Marie-Luise	3.934,00	Westkamp, Ulrike	6.362,00
Hinz, Stefanie	3.934,00	Wigger, Dr. Dieter	5.312,00
Hövel, Melanie	3.934,00	Yildiz, Eyüp	1.650,00
Hovest, Ludger	13.075,72	Zimmermann	3.278,00
Karla, Uwe	4.634,00		
Kisters, Uwe	3.934,00	insgesamt	198.041,74



Sonstiges

Angabe der Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften, die durch den Vorstand oder andere Mitarbeiter der Sparkasse wahrgenommen werden

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse ist Mitglied in dem gesetzlich zu bildenden Aufsichtsrat folgender Gesellschaften:

Friedrich-Wilhelm Häfemeier	-	Evangelisches Krankenhaus Wesel GmbH
	-	LBS West

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.



13. Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe

Sitz der Volkshochschule: Friedrich-Ebert-Str. 84
46535 Dinslaken

13.1 Aufgaben der Volkshochschule

Gemäß der Zweckverbandssatzung übernimmt der Zweckverband als Aufgabe den Betrieb einer Volkshochschule (VHS). Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung gemäß § 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2 und § 10 des Weiterbildungsgesetzes.

Die Volkshochschule dient der Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen nach Beendigung einer ersten Bildungsphase.

Die Arbeit der Volkshochschule ist sowohl auf die Vertiefung und Ergänzung vorhandener Qualifikationen als auch auf den Erwerb von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten und Verhaltensweisen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen gerichtet. Zu diesem Zweck kann die Volkshochschule entsprechend dem Bedarf Lehrveranstaltungen (Vorträge und Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u.a.m.) gemäß § 3, § 4 Abs. 1 sowie § 11 Abs. 1 und 2 des Weiterbildungsgesetzes anbieten.

Die Mitglieder des Zweckverbandes, die Stadt Dinslaken, die Stadt Voerde und die Gemeinde Hünxe, können dem Zweckverband neben dem Betrieb einer Volkshochschule die Wahrnehmung weiterer Aufgaben aus den Bereichen der Weiterbildung, des öffentlichen Kulturangebotes und des Bibliothekenwesens übertragen.

13.2 Mitglieder und Organe des Zweckverbandes

Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Dinslaken und Voerde sowie die Gemeinde Hünxe.

Organe des Zweckverbandes sind

- die Verbandsversammlung,
- der Verbandsvorsteher/die Verbandsvorsteherin.



13.3 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung verfügt über 24 Stimmen, die sich wie folgt verteilen:

- Stadt Dinslaken 12 Stimmen
- Stadt Voerde 8 Stimmen
- Gemeinde Hünxe 4 Stimmen.

13.4 Vertretung der Stadt Voerde in den Gremien des Zweckverbandes

Mitglied	Stellvertreter
Bürgermeister Dirk Haarmann	Lothar Mertens
Schwarz, Ulrike	Lemm, Bastian
Marzin, Gisela	Buhren-Goch, Gisela
Wagner, Ursula (s.B.)	Meulendyck, Hans-Peter
Altmeppen, Bernd	Aydin, Engin
Seelig, Walter	Neukäter, Heinrich
Rohr, Gabriele	Beine, Cornelia (s.B.) (bis 13.12.2016) Jürgen Leibfried (s.B.) (ab 13.12.2016)
Hassmann, Ingrid	Meiners, Stefan

Übersicht zum Berichtsjahr 2016

Für die 117.900 (2015: 116.848) Einwohner des Verbandsgebietes führte die Volkshochschule im Jahr 2016 insgesamt 954 (2015: 924) Lehrveranstaltungen durch, die 29.337 (2014: 22.539) Unterrichtsstunden umfassten und von 12.930 (2015: 12.148) Teilnehmern besucht wurden. In diesen Gesamtzahlen sind 102 (2015: 77) Einzelveranstaltungen mit 312 (2015: 170) Unterrichtsstunden und 1.946 (2015: 1.469) Teilnehmern, 23 Fahrten mit 134 Unterrichtsstunden und 727 Teilnehmern (2015: 25 F, 156 UStden, 846 TN) enthalten. Es wurde im Jahr 2016 keine Studienreise durchgeführt. Die Zahl der geplanten Lehrveranstaltungen (ohne Einzelveranstaltungen, Reisen, Fahrten) erreichte 1.040 Kurse (2015: 1.053) mit 32.082 Unterrichtsstunden (2015: 25.872).



Die für die Auswertung maßgeblich durchgeführten Kurse und Seminare (d.h. Lehrveranstaltungen mit mind. 4 Unterrichtsstunden) erreichten folgenden Umfang:

Lehrveranstaltungen: 829

Unterrichtsstunden: 28.891

Teilnehmer: 10.257

Personal

Organisiert wurde dieser Veranstaltungsumfang von vier ProgrammbereichsleiterInnen (HPM), der im Schulabschlussbereich tätigen Weiterbildungslehrerin, neun Verwaltungsmitarbeiterinnen sowie 289 nebenberuflichen pädagogischen MitarbeiterInnen (KursleiterInnen und ReferentenInnen).

Entwicklung im Verbandsgebiet

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Belegungszahlen (von 9.833 in 2015 auf 10.257 in 2016 um 4,3 %) und die Zahl der durchgeführten Lehrveranstaltungen (von 822 in 2015 auf 829 in 2016 um 0,9 %). Die Zahl der Unterrichtsstunden stieg beachtlich in diesem Berichtsraum von 22.213 im Jahr 2015 um 6.678 Std. (+ 30,1 %) auf 28.891. Grund dafür ist die erhebliche Kapazitätsausweitung im Bereich Integrations- und Sprachmaßnahmen.

Das Bildungsangebot – gerechnet in Unterrichtsstunden je 1000 Einwohner – erhöhte sich auf Verbandsebene von 191 Unterrichtsstunden / 1000 Einwohner (2015) auf 245 UStd. 2016, was einem Plus von 28,3 % entspricht. Die Bildungsakzeptanz – die Annahme des VHS-Angebotes in Prozent der Einwohner – stieg gegenüber dem Vorjahr von 8,4 % auf nun 8,7 % um 0,3 Prozentpunkte. Es bestätigt sich auch in diesem Jahr: "Fast jeder elfte Einwohner des Verbandsgebietes nimmt an einer Veranstaltung der VHS teil".

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtteilnehmerzahl gestiegen, die durchschnittliche Belegung je Lehrveranstaltung allerdings von 12,1% (2015) auf 11,9 % (2016) gesunken. Der langjährige Wert von 13 Teilnehmern je Kursveranstaltung ist zur Zeit nicht mehr erreichbar. Die Einrichtung von kostenneutralen Kleingruppen ist deshalb von der VHS praktiziert worden. Dies kommt auch besonders dem Lernbedürfnis der Teilnehmenden sehr entgegen.

Veranstaltungsausfall

Die Ausfallquoten sind bei den Lehrveranstaltungen mit 20,3 % (2015: 21,9 %) und bei den Unterrichtsstunden auf 9,9 % (2015: 14,1 %) gesunken; im Planungsraum Dinslaken erreichten die Werte bei den Unterrichtsstunden 11 % (2015: 13,1 %), bei den Lehrveranstaltungen 22 % (2015: 20,9 %). In Voerde fielen 15 % (2015: 23 %) und in Hünxe 13,2 % (2015: 30,7 %) der Veranstaltungen aus. Somit sank in allen Veranstaltungsorten erfreulicherweise die Ausfallquote. Bei den Unterrichtsstunden für Voerde ist ein Ausfall von 7,5 % (2015: 18,1 %), für Hünxe ein Ausfall von 5,6 % (2015: 19,7 %) zu verzeichnen. Es wurden insgesamt im Vergleich zum Vorjahr mit 1.040 (2015: 1.053) weniger Lehrveranstaltungen angeboten, dafür fanden aber auch mit 829 (2015: 822) mehr Veranstaltungen tatsächlich statt.



Innerhalb der Programmbereiche ist die höchste Ausfallquote der Unterrichtsstunden mit -56,8 % im PB 1 – Politik-Gesellschaft–Umwelt und ebenfalls bei Lehrveranstaltungen mit -58,3 % zu verzeichnen, während der Bereich 2 – Kultur – die geringsten Ausfälle aufweist; bei den Unterrichtsstunden betragen diese -4,2 %, bei den Lehrveranstaltungen -19,3 %.

Entwicklung der Planungsräume

Dinslaken

Vom Gesamtangebot der VHS wurden 21.041 (2015: 18.016) Unterrichtsstunden und 619 (2015: 626) Lehrveranstaltungen in Dinslaken durchgeführt. Besucht wurden diese Angebote von 7.669 (2015: 7.483) Teilnehmenden. Der Dinslakener Anteil ist bei den Unterrichtsstunden mit nun 72,8 % (2015: 81,8 %) um rund 1,4 Prozentpunkte gesunken. Auch die anteiligen Lehrveranstaltungen sind mit -1,5 Prozentpunkten auf 74,7 % (2015: 76,2 %) sowie die anteiligen Teilnehmerzahlen mit - 1,3 Prozentpunkten auf 74,8 % (2015: 76,1 %) rückgängig.

Diese durchschnittlichen Werte entsprechen nur teilweise den Planungen und dem Bestreben der VHS, im gesamten Verbandsgebiet eine möglichst ausgewogene Veranstaltungsstruktur vorzuhalten. Dass dies den Bevölkerungsanteilen entsprechend nicht zu erreichen ist, ergibt sich schon aus der Konzentration der Drittmittelmaßnahmen und Schulabschlusslehrgänge in Dinslaken. Auch aufgrund der Siedlungs- und Verkehrsstruktur ergibt sich in Dinslaken eine deutlich geringere Ausfallquote als in den Planungsräumen Voerde und Hünxe.

Abgesehen von den Drittmittel- und schulischen Lehrgängen weist der Programmbereich 4 - Sprachen – mit 84,1 % eine sehr hohe Konzentration des Angebotes in Dinslaken auf, während im Bereich 1 – Politik, Gesellschaft, Umwelt– das Angebot mit 66,7 % etwas unter dem Durchschnitt des Dinslakener Anteiles liegt und damit in etwa dem Bevölkerungsanteil entspricht.

Voerde

In Voerde wurden 6.104 (2015: 3.397) Unterrichtsstunden und 164 (2015: 144) Lehrveranstaltungen durchgeführt. Besucht wurden diese Angebote von 2.067 (2015: 1.689) Teilnehmern. Der Voerder Anteil ist bei den Unterrichtsstunden mit nun 21,1 % (2015: 15,3 %) um 5,8 Prozentpunkte gestiegen.

Bei den anteiligen Lehrveranstaltungen steigt der positive Wert auf 21,1 % (2015: 15,3 %) und die anteiligen Teilnehmerzahlen erhöhen sich auf 20,2 % (2015: 17,2 %).

Diese besonders positiven Ergebnisse sind auf die Durchführung von 23 Integrationskurs-Modulen (je 100 UStd. pro Modul) zurückzuführen, die das Gesamtangebot im Planungsbereich Voerde vergrößert haben.

Bezogen auf die durchschnittliche Angebotsverteilung weist der Programmbereich 3 – Gesundheit – mit 50,4 % und der Programmbereich – Integration – mit 54,8 % eine verhältnismäßig hohe Angebotsdichte in Voerde auf. Der Programmbereich 5 – Arbeit/ Beruf – mit 12,1 % sowie der Bereich 2 – Kultur – mit 17,7 % liegen in Voerde etwas über dem durchschnittlichen Bereich.



Hünxe

Eine recht positive Entwicklung ist auch im Planungsraum Hünxe bei den anteiligen Unterrichtsstunden mit 1.746 (2015: 800) zu verzeichnen. Die Anzahl der Kurse und Seminare mit 46 (2015: 52) und die Teilnehmerzahl mit 521 (2015: 661) sind allerdings gesunken. Sehr erfolgreich wurden in Hünxe vier Kurse "Deutsch für Flüchtlinge" im Jahr 2016 realisiert. In den Programmbereichen 1, 2 und 4 mussten 7 Kurse mangels Teilnehmer abgesagt werden. Das in Hünxe ein stabiles Weiterbildungsinteresse besteht, zeigt die Bereitschaft von 423 Bürgern aus Hünxe an Veranstaltungen, z.B. in Dinslaken, teilzunehmen.

Insgesamt gesehen ist für den Planungsraum Hünxe festzustellen, dass sich der Anteil an anteiligen Unterrichtsstunden mit 6,0 % (Vorjahr: 3,6 %) fast verdoppelt hat. Die Lehrveranstaltungen mit 5,5 % (Vorjahr: 6,3 %) und die Teilnehmerzahlen mit 5,1 % (Vorjahr: 6,7 %) haben sich verringert.

Bezogen auf die durchschnittliche Angebotsverteilung weisen die Programmbereiche 3 – Gesundheit – mit 52,4 % und 2 - Kultur, Gestalten - mit 21,4 % sehr hohe Angebotsdichten auf, während der Bereich 5 – Arbeit/Beruf – in Hünxe nicht vertreten ist.

Finanzsituation

Die Gesamtausgaben der Volkshochschule sind in 2016 mit 2,04 (2015: 1,65) Mio. EUR im Vergleich des Vorjahresvolumens gestiegen. Die Deckung dieser Ausgaben erfolgte zu 25,17 % (2015: 33,7 %) über die Verbandsumlage, zu 14,71 % (2015: 18,7 %) durch Landesmittel, zu 22,36 % (2015: 31,8 %) durch Gebühreneinnahmen, 37,76 % (2015: 15,4 %) der Einnahmen entfielen auf Drittmittel und kleinere Einnahmepositionen.

Die größten Ausgaben entstanden mit 38,37 % (Vorjahr: 45,05 %) für Personalaufwendungen und zusätzlich 1,31 % (Vorjahr: 0,54 %) für Versorgungsaufwendungen ehemaliger Beamter. Honorare für die nebenamtlichen Dozenten und Referenten schlugen mit 37,42 % (2015: 30,11 %) zu Buche.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind mit 13,48 % (Vorjahr: 14,24 %) leicht gesunken.

Die sonstigen Ausgaben lagen bei 8,63 % der Gesamtausgaben (Vorjahr: 9,83 %). Für Investitionen wurden 0,78 % (Vorjahr: 0,23 %) aufgewendet.

Die Kosten einer Unterrichtsstunde belief sich auf 69,75 EUR (Grundlage: Aufwendungen in 2016: 2.046.300,00 EUR; durchgeführte UStunden: 29.337); sie liegt damit um 3,51 EUR unter dem Vergleichswert des Vorjahres (2015: 73,26 EUR).

Die durchschnittlichen Honorarkosten einer Unterrichtsstunde lagen bei 26,10 EUR (2015: 22,06 EUR). Dieser Anstieg ist durch die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geforderte Honorarerhöhung im Integrationsbereich begründet.

Das 2016 erfreuliche finanzielle Ergebnis wird durch zahlreiche positive Ausnahmefaktoren verursacht und ist zum großen Teil auf die Flüchtlingskurse der Bundesagentur für Arbeit (BA) und auf die Erweiterung der Integrationskurse zurückzuführen. Die Einnahmen durch die Drittmittel haben sich von 15,4 % auf 37,76 % mehr als verdoppelt. Damit ist die zukünftige Einnahmeposition im Drittmittelbereich entscheidend vom Umfang und dem Zuschnitt der Förderkulisse vom BAMF oder der BA abhängig.



Verbandsumlage

Nach der Satzung des VHS-Zweckverbandes ist die von den drei Verbandsmitgliedern gezahlte Verbandsumlage nach dem Verhältnis der Teilnehmerzahlen aus dem Bereich der Mitglieder zu erheben. Nicht im Verbandsgebiet ansässige TeilnehmerInnen werden nicht berücksichtigt. Ohne diese ergibt sich für die Verbandsumlage von insgesamt 551.500,00 EUR eine maßgebliche Teilnehmerzahl von 8.408 mit nachstehenden Anteilen der einzelnen Verbandsmitglieder:

Dinslaken 5.624 = 66,9 %

Voerde 1.911 = 22,7 %

Hünxe 873 = 10,4 %

Gegenüber dem Vorjahr (Gesamtzahl: 7.982, davon Dinslaken: 5.563 gleich 69,7 %, Voerde: 1.697 gleich 21,3 %, Hünxe: 722 gleich 9 %) sind die absoluten Werte in den Planungsräumen Voerde und Hünxe leicht gestiegen und in Dinslaken um 2,8 Prozentpunkte gesunken.

Vorbehaltlich des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 08.06.2017 wird die zukünftige Umlageverteilung nach den ermittelten durchschnittlichen Teilnehmerzahlen der letzten 3 Jahre erhoben.



7.1 Kurzübersicht:

Entwicklung der Volkshochschule 2016

- im Vergleich zum Vorjahr 2015 -
(nur durchgeführte Veranstaltungen)

	2016	2015	Veränderung				
			absolut	in %			
Durchgeführte Lehrveranstaltungen, davon	954	924	30	3,2%			
- Kurse / Seminare	829	822	7	0,9%			
- Einzelveranstaltungen	102	77	25	32,5%			
- Fahrten / Reisen	23	25	-2	-8,0%			
Durchgeführte Unterrichtsstunden, davon	29.337	22.539	6.798	30,2%			
- Kurse / Seminare	28891	22213	6.678	30,1%			
- Einzelveranstaltungen	312	170	142	83,5%			
- Fahrten / Reisen	134	156	-22	-14,1%			
- Unterrichtsstunden je Veranstaltung (Kurse/Seminare)	34,9	27,0	7,90	29,3%			
Teilnehmer, davon	12.930	12.148	782	6,4%			
- Kurse / Seminare	10257	9833	424	4,3%			
- Einzelveranstaltungen	1946	1469	477	32,5%			
- Fahrten / Reisen	727	846	-119	-14,1%			
- Teilnehmer je Lehrveranstaltung (Kurse/Seminare)	12,04	12,04	0,00	0,0%			
Entwicklung in Dinslaken							
- Lehrveranstaltungen (ohne Fahrten/Reisen)	619	626	-7	-1,1%			
- Unterrichtsstunden (ohne Fahrten/Reisen)	21.041	18.016	3.025	16,8%			
- Teilnehmer (ohne Fahrten/Reisen)	7.669	7.483	186	2,5%			
Entwicklung in Voerde							
- Lehrveranstaltungen (ohne Fahrten/Reisen)	164	144	20	13,9%			
- Unterrichtsstunden (ohne Fahrten/Reisen)	6.104	3.397	2.707	79,7%			
- Teilnehmer (ohne Fahrten/Reisen)	2.067	1.689	378	22,4%			
Entwicklung in Hünxe							
- Lehrveranstaltungen (ohne Fahrten/Reisen)	46	52	-6	-11,5%			
- Unterrichtsstunden (ohne Fahrten/Reisen)	1.746	800	946	118,3%			
- Teilnehmer (ohne Fahrten/Reisen)	521	661	-140	-21,2%			
Bildungsangebot je 1.000 Einwohner (in USt) gesamt	245	191	54,0	28,3%			
- Dinslaken * (ohne Fahrten/Reisen)	312	269	43,0	16,0%			
- Voerde * (ohne Fahrten/Reisen)	166	94	72,0	76,6%			
- Hünxe * (ohne Fahrten/Reisen)	127	59,2	67,8	114,5%			
Teilnehmer in Prozent der Einwohner gesamt	8,7%	8,4%	0,3	3,3%			
- Dinslaken * (ohne Fahrten/Reisen)	11,4%	11,2%	0,2	1,3%			
- Voerde * (ohne Fahrten/Reisen)	5,6%	4,7%	0,9	19,8%			
- Hünxe * (ohne Fahrten/Reisen)	3,8%	4,9%	-1,1	-22,9%			
* = Einwohnerzahl vom 31.12.2015 (it.nrw)							
Dinslaken ->	67.452	Voerde ->	36.675	Hünxe ->	13.771	Verband ->	117898

Abschaltbericht 2016 Seite 7



14. Volksbank Rhein-Lippe eG

Gründung	1881
Sitz der Gesellschaft	Großer Markt 1 46483 Wesel
Genossenschaftsregister	Amtsgericht Duisburg, Nr.: 234
Vorstand	Gerd Hüskens Ulf Lange Gerhard Wölki

14.1 Beteiligungsverhältnis

Die Stadt Voerde ist an der Volksbank Rhein-Lippe eG mit einem Anteil in Höhe von 260 € beteiligt.

14.2 Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Genossenschaft

- Immobiliengesellschaft der Volksbank Rhein-Lippe und Volksbank Dinslaken mbH zu 50 %
- weitere Beteiligungen im genossenschaftlichen Finanzverbund

14.3 Organe der Genossenschaft

Die Organe der Genossenschaft sind

- die Vertreterversammlung
- der Aufsichtsrat
- der Vorstand



14.4 Zusammensetzung der Organe

Die Vertreterversammlung besteht aus den gewählten Vertreter/innen.

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die von der Vertreterversammlung gewählt werden.

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern.

14.5 Vertretung der Stadt in den Gremien der Genossenschaft

Die Stadtkämmerin Frau Simone Kaspar wird als Gast in die Vertreterversammlung eingeladen.

14.6 Genossenschaftszweck und Gegenstand

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften.

14.7 Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Volksbank Rhein-Lippe eG wird dieser eingehalten.

14.8 Finanz- und Leistungsbeziehungen mit dem Stadthaushalt

Die Volksbank Rhein-Lippe eG hat der Stadt für das Geschäftsjahr 2016 eine Dividende von 10,95 € überwiesen.

Aufgrund der Geringfügigkeit der Beteiligung wird auf die Abbildung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen verzichtet.

Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH

§ 3 - Stammkapital, Gesellschafter und Stammeinlage (unverändert)

Absatz 2:

Von diesem Stammkapital übernehmen die Gesellschafter folgende Stammeinlagen:

b) Stadt Bottrop EUR 11.248,42 = 44 %

f) Dr. Klaus Lesker EUR 1.278,23 = 5 %

§ 4 Veräußerung von Geschäftsanteilen

(1) Die Aufteilung, die Veräußerung und die Abtretung von Geschäftsanteilen oder von Teilen davon bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

(2) Im Falle einer Veräußerung des Anteils eines privaten Gesellschafters ist der Gesellschafter, der seinerzeit seinen Anteil an den privaten Dritten veräußert hat, verpflichtet, den Anteil zu übernehmen, soweit kein Mitgesellschafter die Bereitschaft zur Übernahme erklärt. Diesem Gesellschafter ist der Anteil zu dem beim Verkauf gezahlten Kaufpreis anzubieten, den Mitgesellschaftern der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide mbH zum Nominalwert.

Mit der Übernahme übernimmt der kommunale Gesellschafter auch alle bestehenden Pflichten aus diesem Geschäftsanteil, so dass den anderen Gesellschaftern keine Verpflichtungen aus der Rückabwicklung der Anteilsveräußerung erwachsen.

§ 6 - Gesellschafterversammlung

Absatz 3

Die **kommunalen** Mitglieder der Gesellschafterversammlung sind durch Entscheidungen ihrer kommunalrechtlichen gewählten Organe weisungsgebunden (§ 113 GO, § 26 KrO).

§ 9 - Aufsichtsrat

Absatz 1 Satz 2

Der Aufsichtsrat besteht aus **6** Personen.

Absatz 1 Satz 4

Beschlüsse des Aufsichtsrates werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Sie kommen mit 2/3 Mehrheit der an der Beschlussfassung teilnehmenden Mitglieder zustande.

Absatz 3

Die **kommunalen** Mitglieder des Aufsichtsrates unterliegen dem Weisungsrecht nach § 113 GO bzw. § 26 KrO.

Anlage zur Drucksache Nr. 16/648

Gesellschaftsvertrag Marketinggesellschaft - Entwurf

1 Rechtsform, Firma, Sitz

- 1.1. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und führt die Firma DeltaPort Niederrheinhäfen GmbH
- 1.2. Sitz der Gesellschaft ist Wesel.

2 Gegenstand der Gesellschaft

- 2.1. Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung und Durchführung von Marketingmaßnahmen und Werbung, Verkaufsförderung und Öffentlichkeitsarbeit für Hafenstandorte der an der Gesellschaft beteiligten Unternehmen.
- 2.2. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar dienen.

3 Stammkapital und Geschäftsanteile

- 3.1. Das Stammkapital beträgt 30.000 Euro.
- 3.2. Von dem Stammkapital übernehmen die DeltaPort GmbH & Co. KG die Geschäftsanteile Nr. 1 bis 20 zu je 500 €, die Port Emmerich GmbH die Geschäftsanteile Nr. 21 bis 40 zu je 500 € und die NIAG Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG die Geschäftsanteile Nr. 41 bis 60 zu je 500 €.
- 3.3. Die Einlagen sind in Geld zu leisten und in voller Höhe sofort zur Zahlung fällig.

4. Verfügung über Geschäftsanteile

Verfügungen über die Geschäftsanteile bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Gesellschaft. Über die Erteilung der Zustimmung beschließt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

5. Kündigung der Gesellschaft

- 5.1. Jeder Gesellschafter kann durch Kündigung seinen Austritt aus der Gesellschaft erklären.
- 5.2. Die Kündigung hat unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Geschäftsjahres zu erfolgen. Die Kündigung ist erstmals zum 31.12.2020 zulässig. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- 5.3. Die Kündigung hat schriftlich durch Einwurfeinschreiben zu erfolgen. Die Kündigung ist gegenüber der Gesellschaft zu erklären. Für die Rechtzeitigkeit der Kündigung ist der Zugang bei der Gesellschaft maßgebend. Die Geschäftsführung hat alle Gesellschafter unverzüglich über die Kündigung zu informieren.
- 5.4. Im Falle der wirksamen Kündigung wird die Gesellschaft unter den verbleibenden Gesellschaftern fortgesetzt. Der kündigende Gesellschafter erhält eine Abfindung nach Maßgabe dieser Satzung.

6. Abfindung

Für die beim Ausscheiden eines Gesellschafters zu zahlende Abfindung ist der Buchwert der Beteiligung des ausscheidenden Gesellschafters maßgeblich.

7. Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. die Geschäftsführung
2. die Gesellschafterversammlung.

8. Geschäftsführung und Vertretung

- 8.1. Die Geschäftsführung besteht aus zwei Personen.
- 8.2. Die Geschäftsführung ist zur Beachtung der Weisungen der Gesellschafter verpflichtet und darf die von den Gesellschaftern als zustimmungspflichtig bezeichneten Geschäfte nur mit deren Zustimmung vornehmen.
- 8.3. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in bestellt, vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei

Geschäftsführer/innen gemeinschaftlich oder durch eine/n Geschäftsführer/in in Gemeinschaft mit einem Prokuristen/einer Prokuristin vertreten.

- 8.4. Die Gesellschafter können Geschäftsführer/innen durch Beschluss zur Einzelvertretung ermächtigen und allgemein oder im Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.
- 8.5 Jede/r Geschäftsführer/in ist berechtigt und verpflichtet, den Gesellschaftern auch über § 51 a GmbHG hinaus jede Auskunft über jegliche Vorgänge der Gesellschaft zu erteilen. Die Auskunft hat grundsätzlich in Textform zu erfolgen.

Nimmt der/die Geschäftsführer/in zur Informationserteilung an Gremiensitzungen der Gesellschafter teil, ist er/sie zur Auskunftserteilung im vorgenannten Umfang berechtigt und verpflichtet. Die Auskunft kann hier auch mündlich erfolgen.

9. Gesellschafterversammlung

- 9.1. Jeder Gesellschafter benennt ein Mitglied der Gesellschafterversammlung.
- 9.2 Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft oder an einem anderen Ort, dem alle Gesellschafter zustimmen, statt.
- 9.3. Die Gesellschafterversammlung wird von der Geschäftsführung schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung und Übersendung der dazugehörigen Unterlagen einberufen. Zwischen dem Tag des Zugangs der Ladung und dem Tag der Sitzung muss mindestens eine Frist von zwei Wochen liegen. In dringenden Fällen kann die Geschäftsführung eine andere Form der Einladung und eine kürzere Frist wählen, wenn keiner der Gesellschafter widerspricht.
- 9.4. Die Vertreter/innen der Gesellschafter bestimmen aus ihrer Mitte den/die Vorsitzende/n der Gesellschafterversammlung. Der/Die Vorsitzende leitet die Versammlung und bestimmt die Reihenfolge der Gegenstände der Tagesordnung. Die Geschäftsführung nimmt an der Gesellschafterversammlung teil, sofern die Gesellschafterversammlung im Einzelfall nicht etwas anderes bestimmt.
- 9.5. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung zwei Drittel des gesamten Stammkapitals vertreten sind. Im Fall der Beschlussunfähigkeit ist unverzüglich mit einer Frist von zwei Wochen eine neue Sitzung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Diese Ge-

sellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf das vertretene Kapital beschlussfähig. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen.

- 9.6. Jeder Geschäftsanteil gewährt eine Stimme. Die Stimmverhältnisse in der Gesellschafterversammlung ergeben sich aus der Verteilung der Stammkapitalanteile.
- 9.7. Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung hat die Geschäftsführung eine Niederschrift anzufertigen. In der Niederschrift sind Ort und Tag der Sitzung, Dauer der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Verlauf und die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung im Wortlaut sowie das Abstimmungsergebnis (Anzahl der abgegebenen Stimmen, davon Befürwortungen, Gegenstimmen, Stimmenthaltungen) anzugeben. Die Urschrift der Niederschrift ist von dem/der Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung sowie dem/r Protokollführer/in zu unterzeichnen und zu den Akten der Gesellschaft zu nehmen.
- 9.8. Die Bestellung und Abberufung sowie die Festlegung der Anstellungsbedingungen der Geschäftsführung ist Aufgabe der Gesellschafterversammlung. Die Anstellungsverträge vollzieht der/die Vorsitzende der Gesellschafterversammlung. Die Anstellungsverträge sind so zu formulieren, dass den Anforderungen aus Ziffer 10.2 dieses Gesellschaftsvertrages Rechnung getragen werden kann.
- 9.9. Die Bestellung eines/r Prokuristen/in ist Aufgabe der Gesellschafterversammlung.
- 9.10. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung findet spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt.

10. Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr und Bekanntmachungen

- 10.1. Die DeltaPort Niederrheinhäfen GmbH ist auf Dauer angelegt.
- 10.2. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- 10.3. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger.

11. Wirtschaftsplan, Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung und Offenlegung

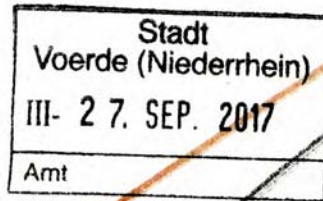
- 11.1. Für die Gesellschaft gelten die Vorschriften des 11. Teils der Gemeindeordnung NRW, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.
- 11.2. Insbesondere sind § 108 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 9 GO NRW bei der Erstellung des Jahresabschlusses, § 108 Abs. 3 GO NRW bei der Wirtschaftsplanung sowie § 112 GO NRW hinsichtlich der Prüfung zu beachten.
- 11.3. Die Gesellschafterversammlung hat spätestens bis zum Ablauf der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung zu beschließen.

12. Sonstige Vereinbarung

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages und seiner Anlagen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, sofern nicht gesetzlich eine strengere Form vorgeschrieben ist. Auf das Erfordernis kann nur durch schriftliche Erklärung verzichtet werden.

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages nichtig sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. Entsprechendes gilt für die Undurchführbarkeit einer Bestimmung.

Die Parteien haben eine Regelung zu treffen, die dem wirtschaftlichen Gehalt der zu ersetzenden Bestimmung am Nächsten kommt.



Tischvorlage zur Drucksache Nr. 635

Regionalverband Ruhr, Postfach 10 32 64, 45032 Essen

Stadt Voerde (Niederrhein)
Postfach 10 11 52
46549 Voerde
über
Kreis Wesel
Reeser Landstraße 31
46483 Wesel

Referat 15 Regionalplanungsbehörde

Regionalverband Ruhr

Die Regionaldirektorin
Kronprinzenstraße 35
D-45128 Essen
Fon +49 (0)201 2069-0
Fax +49 (0)201 2069-500
www.metropol Ruhr.de

Datum	26.09.2017	Name	Claudia Schablowski	Ihr Zeichen	6.1 Bh-Wa	Fon	2069 - 6356
		E-Mail	schablowski@rvr-online.de	Unser Zeichen	15_VOE_BP	Fax	2069 - 369

Anpassung der kommunalen Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gem. § 34 Abs. 5 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) hier: Bebauungsplan Nr. 134 „Wohnquartier Pestalozzischule“

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 13.07.2017, bei der Regionalplanungsbehörde eingegangen am 2.08.2017, bitten Sie gem. § 34 Abs. 5 LPIG um unsere Stellungnahme zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 134 „Wohnquartier Pestalozzischule“.

Der Bebauungsplan dient der Überplanung des nicht mehr benötigten Schulstandortes der ehemaligen Pestalozzischule und der Umnutzung zu städtebaulich integriert liegenden Wohnbauflächen, die der Innenverdichtung dienen.

In unserer Stellungnahme gem. § 34 Abs. 1 LPIG vom 22.09.2016 hatten wir festgestellt, dass der Änderungsbereich im Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) festgelegt ist und die Planung somit den zeichnerischen Zielen der Raumordnung und Landesplanung entspricht.

Weiterhin hatten wir festgestellt, dass in Voerde gemäß RuhrFIS ein deutlicher Überhang an Wohnbauflächen besteht und die Entwicklung zusätzlicher Wohnbauflächen in Voerde daher nicht bedarfsgerecht ist.

Nach Kapitel 1.1, Ziel 2-1 des Regionalplans sollen die Kommunen zusätzlich dargestellte Siedlungsbereiche erst in Anspruch nehmen, wenn die Möglichkeiten

- der Stadtinnenentwicklung,
- der Wiedernutzung von Flächen sowie
- des Flächentausches

keinen genügenden Handlungsspielraum mehr lassen, die weitere Siedlungstätigkeit vorausschauend zu planen und zu steuern. Die Erläuterung hierzu sieht vor, dass die geplante Inan-

spruchnahme der über die Flächennutzungspläne hinausgehenden Siedlungsbereiche zu begründen ist. Ohne den Nachweis des Bedarfs ist die zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen jedoch kaum begründbar.

Auch gemäß Ziel 6.1-1 des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht auszurichten. Demnach sind bisher in Regional- oder Flächennutzungsplänen für Siedlungszwecke vorgehaltene Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht, wieder dem Freiraum zuzuführen, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind. Sofern im Regionalplan bereits bedarfsgerecht Siedlungsraum dargestellt, darf auch ein Flächentausch durchgeführt werden.

Die Planung entspricht aufgrund der integrierten Lage im Stadtgefüge und der fußläufigen Anbindung zum Bahnhof Voerde sowie zur Innenstadt Voerde in besonderem Maße den Grundsätzen 6.1-3 (Leitbild „dezentrale Konzentration“), 6.1-5 (Leitbild „nachhaltige europäische Stadt“), 6.1-6 (Vorrang der Innenentwicklung) und 6.1-8 (Wiedernutzung von Brachflächen).

Grundsatz 6.2-3 sieht vor, dass eine bedarfsgerechte Rücknahme von Bauflächen im Flächennutzungsplan vorrangig außerhalb der zentralörtlich bedeutsamen ASB realisiert werden soll.

Vor diesem Hintergrund ist zeitgleich zur Neudarstellung der Wohnbaufläche eine Rücknahme im Flächennutzungsplan dargestellter und noch nicht in Anspruch genommener Wohnbauflächen erforderlich. Diese Rücknahme von Wohnbauflächen soll in der 72. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Voerde erfolgen.

Per E-Mail vom 20.09.2017 hat uns die Stadt Voerde einen Abgrenzungsvorschlag zur Rücknahme von Wohnbauflächen im Bereich Stockum/Schafstege in einer Größenordnung von ca. 11 ha unterbreitet, die als Tauschflächen für neue Wohnbauflächendarstellungen mit einer Gesamtfläche von ca. 5,1 ha dienen sollen (siehe Anlage). Im Einzelnen handelt es sich um die geplanten neuen Wohnbauflächen Bereich Pestalozzischule, Bereich Sportplatz Heidestraße und Bereich Parkschule, die ebenfalls der Innenentwicklung dienen.

Mit Schreiben vom 17.09.2013 zur 44. Änderung des Flächennutzungsplans – Teil C – hatten wir die Stadt Voerde darauf hingewiesen, dass zukünftig nicht an die Ziele der Raumordnung angepasste Flächen im Flächennutzungsplan nicht mehr als Tauschflächen akzeptiert werden. Die nun vorgeschlagenen Tauschflächen liegen zwar erneut im nicht an die zeichnerische Festlegung des Regionalplans GEP 99 Bereich Stockum/Schafstege. Vor dem Hintergrund, dass

- der Flächentausch einer integrierten Stadtentwicklung dient,
- aufgrund des Tauschverhältnisses von ca. 2:1 eine deutliche Annäherung an eine ausgeglichene Wohnbauflächenbilanz im erreicht wird und
- eine Anpassung im Bereich Stockum/Schafstege an den Regionalplan GEP 99 erfolgt,

sehen wir die Voraussetzungen für einen Flächentausch im Sinne von Ziel 6.1-1 des LEP NRW als erfüllt an.

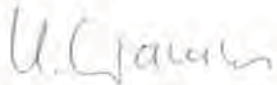
In diesem Sinne bestätigen wir die Anpassung des Bebauungsplans Nr. 134 an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung unter der Voraussetzung, dass der in der E-Mail vom

Seite 3, 26.09.2017

20.09.2017 vorgelegte Abgrenzungsvorschlag zur Rücknahme von Wohnbauflächen im Bereich Stockum/Schafstege in der 72. FNP-Änderung bauleitplanerisch umgesetzt wird.

Die vorstehende Entscheidung bezieht sich ausschließlich auf § 34 Landesplanungsgesetz. Weitere Genehmigungen oder Entscheidungen nach anderen gesetzlichen Vorschriften bleiben hiervon unberührt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Ulrike Cramm
- Stellv. Leiterin Referat Regionalplanung -

Anlage

